

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Vorkaufabonnement: 3.50 Mk. pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Post-Zeitungs-Verzeichn. für 1894 unter Nr. 4919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfmalige Wochenschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 11. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die neueste Justizreform.

Ueber die Einführung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern bringen Nachrichten in die Öffentlichkeit, welche gerechtfertigtes Mißtrauen gegen den Werth der geplanten Maßregel hervorrufen müssen. Offizielle Blätter berichten folgendes:

Die Zulassung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter sollen eine Revision der Bestimmungen über das Wiederaufnahme-Verfahren ermöglichen, und zwar dahin, daß die Voraussetzungen, unter welchen eine Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet werden darf, schärfer gefaßt werden. Endlich handelt es sich noch um eine größere Anzahl von Einzeländerungen des bestehenden Gerichtsverfassungs- und Strafprozeßrechts, Änderungen, die überwiegend den Zweck verfolgen, eine größere Beschleunigung und Energie in der Leitung und Durchführung des Strafverfahrens, namentlich für solche Fälle herbeizuführen, in denen nach der Natur der Vergehen eine rasche und kräftige Sühne seitens des Richters bisher oft vermißt worden ist. Die Langsamkeit des Vorverfahrens, die endlosen Verschleppungen, die übermäßige Erhebung verhältnismäßig unwesentlicher Beweise haben im Gegensatz zur Rechtsprechung anderer Länder, namentlich Frankreichs und Belgiens, unser Strafverfahren als ein dringend der Besserung bedürftiges erkennen lassen.

Wenn man diese Ankündigungen aus dem Offiziösen ins Deutsche übersezt, ergibt sich folgender Sinn: Die Wiederaufnahme des Verfahrens zu gunsten eines rechtskräftig verurtheilten Angeklagten soll noch mehr erschwert werden, als sie heut schon ist, was praktisch auf ihre gänzliche Ausschließung hinausläuft. Mit welchen Schwierigkeiten schon heute die Wiederaufnahme verknüpft ist, beweist der vielbesprochene Fall des Dr. Moll. Die meisten Sachkundigen waren der Ueberzeugung, daß das Schwurgericht sich geirrt habe oder mindestens, daß sein Spruch auf sehr anscheinbaren Grundlagen beruhte. Die vom Landgericht angeordneten weiteren Ermittlungen fielen so günstig aus, daß ein neues Verfahren beschloffen wurde. Nach allem, was man von gut unterrichteter Seite hört, hat auch der Strafsenat des Kammergerichts sich keineswegs gegen die Bedeutung der für Moll sprechenden Thatumstände verschließen wollen, dies Gericht hat vielmehr geglaubt, die Wiederaufnahme aus einem zwingenden formalen Grunde ablehnen zu müssen. Dieser Fall mit seinem traurigen Ausgange sollte also für eine Erleichterung, nicht für eine noch weitere Verschärfung des Wiederaufnahmeverfahrens sprechen.

Die Möglichkeit, ein rechtskräftiges Strafurtheil im Wege der Wiederaufnahme nochmals zu revidiren, ist für das Rechtsbewußtsein des Volkes ein notwendiges Erforderniß einer gesunden Rechtspflege. Irrthümer und Verurtheilungen Unschuldiger werden immer vorkommen können, auch die Berufung vermag daran nichts zu ändern. Die Aussagen meinediger Zeugen können auch den tüchtigsten Richter unter Umständen täuschen und unglückliche Zufälle

können auch einen Unschuldigen zeitweilig seiner Entlastungsbeweise berauben, während sich später seine Unschuld herausstellt. Der gesunde Verstand vermag nicht einzusehen, weshalb in solchen Fällen formelle Vorschriften es erschweren sollen, ein geschickenes Unrecht wieder gut zu machen. Hinter der Abneigung der Fachjuristen gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens scheint uns in erster Reihe etwas juristischer Unschickbarkeitsdünkel zu stecken. Die Fälle, in denen sich nachträglich die Unschuld eines Verurtheilten herausstellt, sind zwar im Vergleich mit der Gesamtzahl der Verurtheilungen gering, aber sie erregen jedes Mal gerechtes Aufsehen, und das möchte man gern abschneiden. Der frühere Justizminister Dr. Friedberg erklärte ja einmal im Reichstag in einer gewissen inaximigen Stimmung, er glaube überhaupt nicht an das Märchen von den unschuldig Verurtheilten. Wer im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen werde, dem habe sich einfach nach längerer Zeit seine Schuld nicht mehr beweisen lassen.

Wie weit bei der nun geplanten Verschärfung der Wiederaufnahme des Verfahrens die Rücksicht auf die gleichzeitig beabsichtigte Entschädigung unschuldig Verurtheilter mitwirkt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls wird der Werth der Entschädigung gleich Null, wenn durch eine Verschärfung der Wiederaufnahme es so gut wie unmöglich gemacht wird, daß jemand den Nachweis führt, er sei unschuldig verurtheilt worden. Thatsächlich kommt diese Einschränkung der Wiederaufnahme direkt dem Fiskus zu gute.

Aber viel schlimmer sind noch die anderen in Aussicht genommenen Änderungen, die auf größere Energie und Beschleunigung der Strafverfolgung hinauslaufen, und zwar für Fälle, die eine rasche und kräftige Sühne erheischen.

Wir hätten nichts dagegen, wenn das Strafverfahren im Allgemeinen schneller ginge. Gerade sozialdemokratische Versammlungsredner, in deren Worten irgend eine Gefahr für den Staat erblickt worden ist, haben regelmäßig darunter zu leiden, daß bis zur Verhandlung viele Monate vergehen, sodas kein Entlastungszeuge sich mehr des Wortlauts oder Sinns recht zu erinnern vermag, während die Polizeibeamten ihre Notizen über ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Worte vorlegen und auf grund dieser eine positive Bestundung abzugeben im stande sind. Aber daß darin Wandel geschaffen werden sollte, meint der Offiziosus nicht. Es liegt auch gar nicht an Mängeln des Verfahrens, wenn heute die Strafprozesse so endlose Zeit brauchen, sondern an der völlig unzureichenden Zahl der Richter und Staatsanwälte und der Ueberlastung dieser Beamten mit Arbeit. Wenn hier abgeholfen werden sollte, wäre einfach ein tüchtiger Griff in den Geldbeutel nötig, dazu wird sich aber die Regierung nicht entschließen können, denn das Geld muß für den Militärretat verwendet werden. Die Andeutungen der offiziellen Blätter verrathen vielmehr offenbar die Absicht, bei besonderen Anlässen, und das sind

immer die politisch gefärbten, etwa bei Streiks, Krawallen und dergl., die Gerichte zu nöthigen, mit Hochdruck zu arbeiten. Schon bei den Berliner Februar-Krawallen wurden auf besondere höhere Veranlassung die Anklagen mit außerordentlich Beschleunigung betrieben. Mag das damals den Angeklagten insofern zu gute gekommen sein, als es auch ihre Untersuchungshaft abkürzte, so kann man andererseits nie wissen, wie weit sich die augenblickliche Aufregung der Richter bei einer solchen Sache in einem außerordentlichen Strafmaße äußert. Ruhiges Blut und möglichst gleichmäßige sorgfältige Bearbeitung aller Sachen ist die Vorbedingung gerechter Rechtsprechung. Die Befugniß der vorgelegten Behörden, außerordentliche Behandlung gewisser Anklagen durchzusetzen, kann nur schädlich wirken.

Und dabei haben die Staatsanwaltschaft und die Gerichte jezt thatsächlich schon die unbeschränkte Möglichkeit, einzelne Sachen besonders zu beschleunigen. Es bedürfte hierzu keiner Aenderung des Gesetzes, also ist offenbar noch eine andere Absicht vorhanden, und wohin diese geht, erräth man aus der offiziellen Bemerkung, das heutige Vorverfahren litte an der "Erhebung völlig überflüssiger Beweise". Also auf eine noch weitere Verschlechterung des Vorverfahrens, d. h. der Vorbereitung der Anklage und Verteidigung läuft es hinaus! — Heute schon leidet das Vorverfahren nicht an der Erhebung zu vieler, sondern zu weniger Beweise, oder, was dasselbe ist, an zu ungenauer und unzuverlässiger Beweiserhebung. Nur in den allerwenigsten Fällen findet wirklich eine gerichtliche Voruntersuchung statt, bei weitem in den meisten wird die Anklage gestützt auf polizeiliche Vernehmungen und Ermittlungen von höchst zweifelhaftem Werthe. Unzählige Anklagen würden gar nicht erst erhoben werden, wenn jeder eine Voruntersuchung mit richterlicher Vernehmung aller Zeugen vorhergehen müßte, und wenn die Oeffentlichkeit der Voruntersuchung, wie sie in England besteht, den Angeklagten in die Lage versetzte, rechtzeitig für seine Entlastung Sorge tragen zu können. Eine Verbesserung des Vorverfahrens wäre deshalb auch viel mehr werth, als die Einführung der Berufung, aber eine Verschlechterung des Vorverfahrens wäre ein Unglück, das durch die Zulassung der Berufung nie gut gemacht werden könnte.

Die Einführung der Berufung gegen Strafkammer-Urtheile ist eine sehr populäre Forderung. Deshalb müssen wir aber doppelt sorgfältig prüfen, ob man sie uns nicht unter Bedingungen bietet, mit denen wir sie nicht annehmen können. Man vergesse folgendes nicht: Die Strafprozeß-Ordnung, wie wir sie haben, ist nicht viel werth, aber sie stammt immer aus einer Zeit, da die Mehrzahl der Beamten und die Majorität der herrschenden Klasse mit heute verglichen liberal war. Wenn heut Bureaucratie und Bourgeoisie an dem Strafverfahren etwas ändern wollen, so kann man hundert gegen eins wetten, daß eine reaktionäre Maßregel mindestens als Beigabe beabsichtigt ist.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(Alle Rechte vorbehalten.)

### Helene.

113

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

"Ich werde ja sehen, wie lange ich mich als Herr Tempels, Studirender der Medizin, zu behaupten vermag."

Er hatte seinen Hut bei Seite geworfen und strich mit der Hand die rothblonden Haare zurück, die ihm in die Stirne gefallen waren. Es war eine fein aristokratische Hand, mit der seine Gestalt nicht ganz in Uebereinstimmung war. Lazar Alexandrowitsch Dobuloff war nicht über Mittelgröße, gedrungen und muskulös. Auf dem weißen kräftigen Halse saß ein ausdrucksvoller Kopf, der durch das dicke Haar vielleicht gar zu mächtig wirkte.

Es lockte sich an der Stirne: am Hinterkopf war es kurz geschritten und kräufelte sich trotzdem tief in den Nacken hinab. Auch sein Bart, den noch kein Messer in seiner jugendlichen Ueberwucherung gestört hatte, war gelockt, Alles an ihm strotzend von Kraft und Gesundheit.

Er hielt noch immer die Tasche in der Linken, während die rasch umhersehrenden Augen die Umgebung mit der Genauigkeit eines Polizeispions musterten.

"Da wohnen Mutter und ich", erklärte Konrad, "und hier ist Deine Stube — wenn es Dir gefällig wäre —"

Die Weiben begaben sich in dieselbe. Als sie wieder heraus traten, waren sie in ein lebhaftes Gespräch verwickelt.

Lazar sprach das Deutsch korrekt und fließend, wenn auch mit weichem slawischem Akzent.

Mit der Lebendigkeit eines Südländers erzählte er von seiner nordischen Heimath und wie jeder von ihnen doch nur daran denke, baldmöglichst dahin zurückzukehren.

"Wär's auch nur, um uns dort hängen zu lassen", sehte er mit einem Lächeln hinzu.

Er sprach von der Emigration und erwähnte Lawrow's, des bedeutenden Publizisten, der in Paris lebe. Er stehe mit ihm in regelmäßiger Korrespondenz. Lawrow würde seine Briefe nun hierher adressiren.

In ungezwungener Weise hatte er sich an das Fenster gesetzt und schlürfte mit sichtlichem Behagen den Duft der Rosen und Levkojen, den die wehende Luft über ihn hinströmte.

Eine Bewegung, die auf der Straße entstanden war, lenkte seine raschen Augen dahin.

Die daselbst aufgestellten Wagen begannen der Reihe nach vorzufahren.

Ein junges Mädchen, ganz in Weiß gekleidet, mit Myrthen im Haar, war am Arme eines sehr distinguirten aussehenden jungen Mannes aus dem Hausthor getreten und wartete, bis eine ältere Dame vor ihr in den Wagen stieg.

"Ihr habt eine Hochzeit im Hause?" fragte Lazar, "aber diese Braut ist der leibhaftige Frühling — wirklich reizend — wer ist das Mädchen?"

"Fräulein Röder," sagte Konrad, bemüht, seiner Stimme einige Festigkeit zu geben.

"Wie? Röder's Tochter? Und das sagst Du mir erst jezt?"

"Sie heirathet einen Bourgeois," stieß Konrad zwischen den Zähnen hervor.

Lazar wandte sich um. Der junge Arbeiter stand aufrecht hinter ihm, blaß, mit gerunzelten Brauen, den Kopf wie in Erschöpfung gegen das Fenster gelehnt, ohne hinaus zu schauen. In dem Augenblick hörte man das Geräusch der Wagen, die im raschesten Tempo die Straße hinabfuhren, sie nahmen den Weg zur Kirche.

Lazar errieth Alles. Er schloß die Augen zur Hälfte

und jener melancholische Zug, der den Russen im Exil eigenenthümlich ist, trat in sein Gesicht, dann sagte er leise, wie zu sich selbst:

"Alle zarten und zärtlichen Gefühle sind nichts für uns, sie werden zu Fesseln."

Konrad hatte eine Bewegung der Ungebuld.

Es ärgerte ihn, sich durchschaut zu wissen.

Lazar legte ihm, gleichsam beschwichtigend, die Hand auf die Schulter:

"Weißt Du was Netschajew sagt: Je mehr ein Revolutionär einem Klose gleicht, um so näher der Vollkommenheit."

"Und Du glaubst, daß man sich mit 25 Jahren zu einer solchen Vollkommenheit emporschwingen könne?" gab Konrad gereizt zurück.

Lazar zuckte die Achseln. "Man muß eben suchen, rasch älter zu werden."

Seine Lippen kräufelten sich und wie in Selbstver-spottung sagte er hinzu: "Sieh, es erscheint mir als etwas Längstvergangenes und ist doch erst ein Jahr, daß auch ich mit meiner Braut zur Kirche gefahren bin."

Konrad starzte ihn an. Dann sich gewaltsam dem wühlenden Schmerz entziehend und zu anderen Gedanken zwingend, sehte er sich dem Freunde gegenüber: "Du bist verheirathet?"

"Ja."

"Und wo lebt Deine Frau?"

"In Moskau. Sie studirt Medizin."

"Eine Studentin?"

"Zugleich eines der thätigsten Mitglieder unserer Propaganda — ein wackeres Mädchen."

"Ein Mädchen nennst Du sie?"

"Ich kann sie auch eine muthige Frau nennen, eine treue Gesinnungsgenossin — weiter ist sie mir nichts gewesen."

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Januar.

**Aus dem Reichstag.** Der heutige Tag brachte die Fortsetzung der Debatte über die Anträge des Zentrums und der Konservativen auf Abänderung des Alters- und Invalidengesetzes.

Die Anträge standen bereits am 9. Dezember v. J. auf der Tagesordnung, die Debatte mußte aber abgebrochen werden.

Die Verhandlungen nahmen heute einen recht schleppenden Verlauf. Von den gewaltigen Tiraden gegen das „Ablegegesetz“, wie man sie in konservativen Versammlungen zu hören bekommt, ist im Reichstage nichts zu spüren gewesen. Die Herren Agrarier haben zwar starke Neigung, die Kosten für die Versicherung ihrer Arbeiter von sich ab und auf die übrigen Steuerzahler zu wälzen, aber vorläufig ist keine Aussicht, diesen neuen Plan durchzuführen.

Da auf Seiten der Regierung nicht die geringste Neigung besteht, zur Zeit an eine Abänderung des Gesetzes heranzutreten, von den Antragstellern selbst aber keiner weiß, was er will, so mußte die ganze Debatte schließlich auf ein allgemeines Durcheinander hinauskommen.

Den Standpunkt unserer Partei vertreten die Abgeordneten Singer und Ulrich in sehr energischer Weise.

Die gestellten Anträge wurden schließlich bei äußerst schwach besetztem Hause — es mochten noch etwa 40 Mann anwesend sein — angenommen.

**Bundesrath.** In der am 9. d. M. unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde der Deklaration vom 30. Dezember vor. J., betreffend das Handelsprovisorium mit Spanien, nachträglich die Zustimmung erteilt, und eine Abänderung des Regulativs der Kommission für Arbeiterstatistik genehmigt. Von dem Bericht der Borsen-Enquete-Kommission über das Ergebnis ihrer Thätigkeit wurde Kenntniß genommen. Endlich wurden Eingaben vorgelegt.

Als „nützige Erfindungen“ bezeichnet heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Nachrichten von einem Entlassungsgesuch des Reichskanzlers; die „Berliner Zeitung“ behauptet aber, daß ihr von sonst gut unterrichteter Seite die Nachricht von einer Reichskanzlerkrisis zur Zeit der Jahresende bestätigt wird.

In der Abendausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ findet sich endlich die folgende durch den gesperrten Satz als offiziell gekennzeichnete Notiz:

In den letzten Wochen sind allerlei Krisengerüchte bald da, bald dort durch die Blätter zu verbreiten versucht worden. Das eine Mal wurden aus einer längeren Sitzung des preussischen Staatsministeriums rein willkürliche Schlüsse gezogen, das andere Mal wurde ein Konflikt wegen der Finanzvorlagen erdichtet, welche die verbündeten Regierungen dem Reichstage gemacht haben, und endlich wurde „zuverlässig“ und „von gut unterrichteter Seite“ ein absolut erfundenes, angeblich mit den Kolonialverhältnissen zusammenhängendes Entlassungsgesuch des Reichskanzlers aufgebracht. Haben einzelne Rätthe der Krone mit einander oder nach einander Vorträge bei Sr. Majestät, so fehlt es nicht an Reichsministern, die darin ein Symptom für unsichere Zustände in der Regierung erkennen wollen. In diesem ebenso thöricht als verwerflichen Treiben waren nicht nur untergeordnete Geister der Journalistik theilhaftig, auch ganz ernsthafte Blätter ließen sich in die Lächerung verwickeln. Ob das Motiv der Urheber für die Fabrication von Krisengerüchten mehr in Eitelkeit oder in niedriger Sensationslust besteht, bleibe dahingestellt. Wer die Presse des Auslandes, und leider auch des uns befreundeten, verfolgt, kann über die Wirkung nicht im Unklaren sein. Um so mehr erscheint der Rath zur Vorsicht gegenüber derartigen leichtfertigen Ausstreunungen am Platze.

**Angewählte Neuherung Miquel's über die Lage.** Das Depesch-Bureau Gerold versandte heute Morgen folgende Notiz:

Berlin, 9. Januar. Beim Finanzminister Dr. Miquel fand heute Abend ein großes Diner statt, an welchem der Reichskanzler, die Staatsminister und die obersten Reichs-

beamten theilnahmen. — Im Verlaufe eines Gesprächs äußerte sich Dr. Miquel dahin, daß mit dem gegenwärtigen Reichstage auf die Dauer nicht auszukommen sein werde. Der Finanzminister bezweifelt, daß der russische Handelsvertrag im Reichstage eine Mehrheit finden werde. Wenn der Reichstag den Wein und das Bier nicht besteuern wolle, so solle man doch den Branntwein heranziehen. Von der Inkeratensteuer und der Besteuerung des Kunstweins hält Dr. Miquel nichts, denn die ausgiebige Besteuerung des Kunstweins läme einer Unterdrückung der Kunstweinfabrikation gleich und über die Inkeratensteuer würden die Zeitungen eine derartige Propaganda einleiten, daß die Steuer gewiß nicht durchgehen würde. Gegen eine Besteuerung der Tabake nach dem Gewicht sprach sich der Minister energisch aus, indem dies den Ruin der Tabakbauern bedeute. Bessere könnten sich schon jetzt kaum erhalten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beantwortete diese Meldung mit folgender hochoffiziöser Neuherung:

Das Depesch-Bureau „Gerold“ verbreitet unterem Gestrigen eine Nachricht über ein beim Finanzminister stattgefundenes Diner und läßt Herrn Dr. Miquel Neuherungen über die Ausfichten des russischen Handelsvertrages im Reichstage thun, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen. Wir sind in der Lage, zu versichern, daß ebenso die Angaben des genannten Bureau's über die Theilnahme an dem Diner als auch seine Mittheilungen über das, was der Herr Finanzminister gesagt haben soll, total falsch sind.

Hierauf erwidert das Bureau Gerold:

Berlin, 10. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt heute Abend in offiziösem Druck ein Dementi unserer gestrigen Mittheilung über ein Gespräch des Finanzministers Dr. Miquel. Demgegenüber müssen wir unsere Mittheilung als absolut authentisch aufrecht halten und können heute noch ergänzend hinzufügen, daß der Herr Finanzminister das Gespräch über die Schwierigkeiten mit dem Reichstage betreffend der Dedungsfrage damit schloß, daß er sagte: „Zeit heißt es eben: Taa res agitur!“ (Am Dein [des Reichstages] Schicksal handelt es sich.)

Es ist nicht ausgeschlossen, daß das in der letzten Zeit öfters zur Verbreitung offiziöser Nachrichten gebrauchte Gerold-Bureau richtig berichtet hat, und daß nachher in Miquel gedungen wurde, seine Neuherungen in Abrede stellen zu lassen. Beruht die Meldung des „Gerold“-Bureau's auf Wahrheit, so ist es ein charakteristisches Zeichen für die Unsicherheit der inneren Lage.

**Das Zentrum und die Steuervorlagen.** Die „Deutsche Reichs-Zeitung“ schreibt:

Es ist eigenthümlich, daß eine ganze Anzahl Zeitungen in mehr oder weniger langer Ausföhrung die Notiz bringt, die „Deutsche Reichs-Zeitung“ habe die Nachricht mitgetheilt, daß die Mehrheit des Zentrums für die Miquel'schen Steuerpläne stimmen werde. U. a. wird diese Notiz verbreitet von der „Breslauer Zeitung“, „Saale-Zeitung“ in Halle, „Elberfelder Zeitung“, „Berliner Börsen-Zeitung“ und „Vorwärts“. Wir müssen diesen Zeitungen gegenüber noch einmal betonen, daß wir von einer Mehrheit des Zentrums nie gesprochen haben. Wir haben nur von einem Theile des Zentrums geredet, der für die Miquel'schen Steuerpläne mit Verbesserung zu haben sei. Und dabei bleiben wir auch heute noch.

Wir aber wiederholen unsere Aufforderung an die Zentrumswähler, sich direkt an die Abgeordneten zu wenden. Man wird dann wenigstens erkennen, welche Kreise ein ungerechtes Steuergesetz verwerfen, selbst dann, wenn der betreffende Kreis aus diesem ungerechten Steuergesetz einen Keinen Vortheil ziehen zu können glaubt.

Das „Vaterland“ bringt eine Sammlung von Stimmen der Zentrumspresse über die Haltung der ultramontanen Partei zu den Reichs-Steuervorlagen; wir theilen einen Theil dieser Notizen hier mit:

Der „Wad. Prob.“ schreibt: „Wir wollen und können es nicht glauben, daß die Zentrumsfraction oder auch nur ein erheblicher Bruchtheil derselben sich dazu versteht, den verhassten und unheilvollen Steuerprojekten zur Annahme zu verhelfen. Damit hätte sie ein für allemal den Anspruch, als eine wahrhaftige Volkspartei zu gelten, verwirkt und weite Wählerkreise würden sich, wenn die Fraction feierlich gegebene Versprechungen so leichtem Herzens zu brechen sich entschließen könnte, sofort vom Zentrum abzuwenden, und zwar mit vollem Recht.“ Letzteres ist auch unsere Ansicht; daß aber der heute schon unfaßliche „Bruchtheil“ sich durch diese Rücksicht vom Unfall abhalten lassen werde, glauben wir die nächsten 14 Tage noch nicht. Im Gegentheil! Hat doch z. B. die „Donau-Zig.“ des

Auch hier ist einem Menschen über einen anderen eine ungeheure, unnatürliche Machtfülle verliehen, die geradeaus zum Wahnsinn führt. So Einer will Gebieter sein über jeden Gedanken, über jede Regung des Herzens, und Nerven-ämpferungen, über die wir selbst keine Macht haben, sollen noch seiner Disziplin unterliegen.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre! Sofia Alexandrowna, meine Frau,“ fügte er erläuternd mit einem feinen Lächeln hinzu, „war die Tochter eines kleinrussischen Edelmannes. Im Kreise seiner Bekannten galt er als ein beschränkter Kopf, über den man sich lustig machte; im Hause war sein Wille das oberste Gesetz.“

Er hatte seiner Tochter Lehrer und Gouvernanten gehalten, nicht damit sie etwas lerne, ein solcher Ehrgeiz lag ihm ferne, sondern aus Eitelkeit und weil es so Mode war.

Aus demselben Grunde schickte er sie nach Petersburg, nachdem ihre Mutter gestorben war; sie sollte in eine höhere Bildungsanstalt eintreten.

Es war die Zeit, wo die hervorragendsten Gelehrten und die angesehensten Adelsfamilien sich für das Frauenstudium interessirten, und es regnete Petitionen an den Caren, wegen Errichtung einer Frauen-Universität für Medizin.“

„Und das zurückgebliebene, autokratische Rußland hat sie bewilligt,“ warf Konrad lebhaft ein, „es bleibt etwas Unerklärliches.“ Lazar suchte die Achseln.

„Du dürftest in Rußland leicht Unerklärlicheres finden, mein Freund. Die Regierung war zu diesem Fortschritt gezwungen, wie sie zu jedem Fortschritt gezwungen wird durch eine absolute Nothwendigkeit.“

Der Gesundheitszustand in Rußland war schlecht und es fehlte an Ärzten. Selbst in den Städten waren sie nicht hinreichend vertreten, das Landvolf aber erbehrte jeder medizinischen Hilfe. Wollten sich die Frauen dieser mühsamen Pflicht unterziehen und zu den Bauern auf die Dörfer gehen, um so besser.

Dieses Samariteramt, und nur als solches haben sie es in ihrer Beschränktheit aufgefaßt, konnte dem Staate sehr nützlich, aber niemals gefährlich werden.

Auch Sofia Alexandrowna hatte die väterliche Erlaubniß erhalten, die Universität zu besuchen.

(Fortsetzung folgt.)

Abg. Pichler den Unfall bereit in sichere Aussicht gestellt und von vornherein zu entschuldigen gesucht, ganz abgesehen davon, daß es beim Centrum Usus ist, daß immer der nöthige „Bruchtheil“ so stimmt, wie es die Regierung wünscht und braucht. Ist dann die Kuh aus dem Stall wie gewöhnlich, so ist das Centrum um den Schwindel nie verlegen, den es braucht, um den — gutmüthigen Wählern den nöthigen blauen Dunst vorzumachen, daß sie sich vom Centrum nicht „abwenden“, sondern den schmähligen Unfall für „entschuldigbar“ halten, wie es immer gewesen.

Einest ist sicher, daß auf die Zentrumstimmen absolut kein Verlaß ist, daß sie leicht von der Regierung gewonnen werden können. Das Centrum gehört zu den unverläßlichsten Parteien, denen ein momentanes Interesse höher steht, als der unzweideutig ausgedrückte Wille des Volkes. Die Führer des Zentrums schaukeln rüstig an ihrem Grabe, sie haben nicht erkaunt zu sein, wenn ihre Bedeutung bald große Einbuße an Sitzen und Einfluß erleiden wird.

**Tödtliche Soldatenmishandlung.** Wie der Militarismus überall, wo er herrscht, zu Soldatenmishandlungen führt, ergiebt der folgende in einer wissenschaftlichen Zeitschrift, der „Zeitschrift für Ohrenheilkunde“, Bd. XXIV S. 178, von einem Warschauer Arzt, Dr. Th. Heimann mitgetheilte Fall.

Ein 23-jähriger, bisher völlig gesunder Soldat erhält von seinem Hauptmann (!) mehrere Ohrschlägen. Unmittelbar nach den Schlägen fließt etwas Blut aus dem Ohr — Trommelfellzerreißung — und es stellt sich leichter Schwindel ein. Nach 36 Stunden blutig-eitriges, später eitriges Ausfluß, schwerer Schwindel, kleiner Puls, später Erbrechen. Am 8. Tage ist der Soldat eine Leiche!

D welche Lust, Soldat zu sein! —

**Der „Klimbin“-Hauptmann!** Im vorigen Jahr erreichte ein geheimes Zirkular, das wir veröffentlichten, den Gipfel des Lächerlichen, von dem auch ein Abglanz auf den kühnen Helden fiel, der den Kriegsruf gegen unsere Parteigenossen losgelassen hatte. Ein Hauptmann a. D. Strack hatte seinen Parteikollegen empfohlen, bei den Reichstagswahlen die Kriegervereine zur Agitation zu benutzen, indem dieselben mit Muth in die Dörfer ziehen sollten und dann bei patriotischen Neben und ähnlichem „Klimbin“-Stimmung für „patriotische“ Wahlen gemacht werden soll. Derselbe Hauptmann a. D. Strack ist es auch, der das von rücksichtsloser Verfolgung! sozialdemokratischer Arbeiter zugehende Zirkular verfaßt hat, das Genosse Singer in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags zur Verlesung brachte. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

Vertraulich. Grube Ifa, den 7. Juli 1893.

An Herrn . . .

Unbed. überende ich Ihnen ganz ergebenst ein Verzeichniß der sämtlichen, von den Betrieben der Umgegend um Senftenberg wegen sozialistischer Umtriebe entlassenen Arbeiter zur gefälligen Kenntnissnahme unter dem gleichzeitigen Bemerkten, daß die Kündigung der Arbeiter (Sde. Nr. 11, 12, 18 und 22 (R. . . . . P. . . . . B. . . . . und F. . . . .)) zwar auf ihr inständiges Bitten zurückgenommen worden ist, daß dieselben aber verdinglich bleiben, wenn sie in den nächsten Monaten zur Entlassung kommen sollten, weshalb ich sie in der Biste belieh. Gleichzeitig bitte ich, zur Vermeidung von Verwechselungen künftighin bei solchen Angaben stets den Geburtstag und -Ort der Entlassenen mit anzuführen zu wollen.

Ferner theile ich Ihnen noch mit, daß die Formulare zu den laut Absatz 4 des Protokolles vom 19. Juni cr. zu ertheilenden Führungszugnissen Ihnen in den nächsten Tagen zugehen werden. Bei fernem Bedarf wollen Sie sich an Herrn Buchdruckereibes. Heimann in Senftenberg wenden, welcher die erste Auflage herstellt.

Diejenigen Herren, welche noch mit Mittheilungen über entlassene Sozialdemokraten im Rückstande sind, bitte ich, dieselben bald bewirken zu wollen, ebenso mir zur Mittheilung an die übrigen Herren von nachträglich erfolgten Entlassungen baldigst Kunde zu geben. Noch erinnere ich an den Beschluß, daß niemand, der auf einem Werke hiesiger Gegend um Arbeit nachfragt, anzunehmen ist, ohne daß er ein Zeugniß bringt, respektive ohne daß bei seinem früheren Werke über seine etwaige Theilnahme an sozialdemokratischen Agitationen angefragt ist. Die Beachtung dessen erscheint nöthig, weil nicht alle Werke in der Lage sind, über Vervielfältigungs-Apparate zu verfügen, also den übrigen genügend schnell Mittheilung zu machen.

Zur Orientirung bemerke ich noch, daß die im hiesigen Amtsbezirk erfolgten Entlassungen unter der Arbeiterschaft der Ifa und der Grube Victoria einen durchschlagenden Erfolg gehabt haben. Die Besorgschaften sind, nachdem sie Ernst sehen, willfährigst und vermeiden offenbar ängstlich alles, was zu Ladel Veranlassung geben könnte. Es sind sogar mehrlach von tüchtigen alten Arbeitern vom Werk selbst nicht gleich erkantete Agitatoren angegeben worden.

Gehächend!

Strack, Hauptmann a. D.

Das Zirkular wird seine volle Wirkung erst jetzt äußern, wo wir es aus der geheimen kapitalistischen Gistfische in die große Oeffentlichkeit bringen. Die Arbeiter aller Orts werden dafür sorgen, daß diese infame schwarze Liste gebührend an den Pranger gestellt wird. Unsere Partei wird große Massen neuer Anhänger gewinnen! —

**Anarchie und Anarchismus.** Die nationalliberale Dummziantensippe hat ausgeschneifelt, daß Sozialdemokraten sich wiederholt für „Anarchie“ erklärt haben. Ei gewiß! Hundert- und tausendmal. Wenn nämlich das Wort in dem wörtlichen Sinne genommen wird, d. h. Abwesenheit der Herrschaft, Herrschaftslosigkeit, so ist jeder Sozialdemokrat für „Anarchie“, denn wir wollen keine Herren und Knechte, also keine Herrschaft. Die Herrschaftslosigkeit in diesem Sinn, die Abschaffung jeder Regierung, soweit diese eine selbständige Macht gegenüber dem Volk bildet, und Erziehung der Regierung durch eine bloße Verwaltung ist beiläufig das Ziel jeder Demokratie, auch der bürgerlichen, soweit eine solche noch möglich. In Amerika ist dieses Ziel bereits erreicht, nur daß an die Stelle einer despotisch-bureaucratischen Regierung nach europäischem Muster die brutalste Klassenherrschaft getreten ist.

Aus dem Haß gegen das despotisch-bureaucratische Regierungssystem, das in Frankreich unter allen Staatsformen auf die Spitze getrieben worden ist, entwickelte sich der Anarchismus Broudhon's, der sich ursprünglich nur gegen die Polizei- und Präfectenverhinderung mit ihrer Einmischung in alles und ihrer den Lammfrommsten erbitternden Maßregel und Schuhriegel richtete. So verrückt und — trotz revolutionärer Um-

hüllung — so kleinbürgerlich beschränkt die Schlussfolgerungen sind, die Brondhon zieht, so glänzend, wahrhaft klassisch ist seine Kritik des französischen Regierungssystems und des vielregierischen Polizeistaates überhaupt.

Die nationalliberalen Demagogen wissen aber sehr wohl, daß diese „Anarchie“ und das, was man heutzutage unter „Anarchie“ und „Anarchismus“ versteht, nichts mit einander gemein haben, und indem sie beides zusammenwerfen, machen sie sich einer bewußten Fälschung, und indem sie durch diese Verwechslung eine politische Partei mit Spitzbuben und Mördern erklären, einer niederträchtigen Denunziation schuldig. —

Aus dem Ruhrkohlen-Revier wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Bei allen Bergarbeiter-Ausständen des hiesigen Bergbaubezirks lebte die Forderung auf Beseitigung der sogenannten Ueberhöhen, d. h. der Ueberarbeit, regelmäßig wieder und immer suchten dann die Organe der Grubenbesitzer das Unnötige dieser Forderung geltend zu machen; es sei ja, so führten sie aus, kein Bergmann gezwungen, Ueberhöhen zu verfaben. Dies mag ja insofern richtig sein, als ein direkter Zwang thatsächlich nicht ausgeübt wird, wie man aber indirekt die Bergleute zwingt, den Wünschen der Betriebsleiter nach Ueberhöhen nachzukommen, zeigt eine Notiz des „Allgemeinen Beobachters“. Dieses Blatt schreibt über die Jette „Vereinigter Hüttenarbeiter“: „Trotz des vielen Müßens angeblich wegen untrüger Arbeit, trotz der großen Wagen, die, genau angemessen, über 12 1/2 Schefel fassen, werden dem Bergmann auch noch 8 pEt. für Füllhöfen abgehoben. Allem die Krone steht jedoch ein für allemal erfolgter Anschlag auf. Da wurde den Bergleuten die Mittheilung gemacht, daß diejenigen Arbeiter, die in der Nacht vom 21. zum 22. November, also in der Nacht vor dem Fuß- und Betttag, sowie diejenigen, die in der Nacht vom 2. bis zum 3. Dezember, also in der Nacht vor dem Sonntag gefeiert, bei event. eintretendem Arbeitsmangel zuerst entlassen werden würden.“ In beiden Nächten wurde sogenannte Ueberhöhen, also Arbeit geleistet, zu welcher die Bergleute kontraktlich nicht verpflichtet sind, und die Bergleute, die sich weigerten, diese Mehrarbeit zu leisten, sind nun der Gefahr ausgesetzt, über kurz oder lang entlassen zu werden. Jeder sucht diese Gefahr zu vermeiden und unterlegt infolge dessen unverkennbar einem Zwange. Zutreffend demerit das Verbandsorgan der Bergarbeiter: Ein Recht, Ueberhöhen zu verlangen, hat man nicht, aber ein Recht, Entlassungen vorzunehmen, wann und wo man will. —

**Bourgeois-Geuchelei.** „Kein Mensch verkennt oder bestreitet mehr die unerträgliche Lage der niedersten Klassen Siziliens“, so leitartikelte heute die „Vossische Zeitung“, um hinterher gleich dem ärgsten Buttlerischen Reptil gegen die Sozialisten und die italienischen Arbeiterbünde zu behen. Das Schlimmste, was sie gegen die Forderungen der Arbeiterbünde zu sagen weiß, besteht darin, daß diese Forderungen den „Widerstand der bürgerlichen Welt herausfordern“, derselben bürgerlichen Welt, die eben die „unerträgliche“ Lage der sizilianischen Bevölkerung geschaffen hat. Die bürgerliche Gesellschaft muß mit der „Vossischen Zig.“ ihren Bankrott selbst eingestehen und jetzt rechnet das Bourgeoisblatt es den Arbeiterbünden zum Verbrechen an, daß sie dieser bankrotteten bürgerlichen Gesellschaft nicht die Liquidation der Konkursmasse anvertrauen, sondern sie selbst in die Hand nehmen wollen. Die schamlose Geuchelei dieser Bourgeois-Entrüstung wird nur von ihrer Dummheit übertrieben. Die Gründe für die Gewaltthaten des Generals Morra di Capriano gegen die Vorstandsmitglieder der Arbeiterbünde, welche er verhaften ließ, erklärt die „Vossische Zeitung“ nicht zu kennen, aber sie billigt sie. Welch edles Bourgeois-Gemüth! —

**Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten.** Bei der fortgesetzten Verathung des Etats des Ministeriums des Innern erklärte der Minister des Innern, Freiherr v. Feilisch auf eine Anfrage des Abg. Grillenbergers, die bayerische Regierung sehe kein Bedürfnis zum Erlass eines Reichs-Geuchengesetzes; sie habe Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf und werde im Bundesrathe Modifikationen beantragen. —

**In Prag kam es bei der Verabigung eines Soldaten,** welcher von einem Polizisten erstochen worden war, zu größeren Ausschreitungen. Die aufgeregte Menge hatte es offenbar auf das deutsche Kasino abgesehen, vor welchem die nach Tausenden zählende Volksmenge ganz besonders lärmt. Die in bedeutender Verstärkung erschienene Polizei trieb aber das Volk wiederholt auseinander. Auf dem Wenzelsplatze schritt die Polizeiwache ganz energisch ein und drängte die Volksmassen mit blanker Waffe in die Seitengassen. Die Wache begegnete hier dem größten Widerstande seitens der Menge und mußte viele Personen arretriren, welche wiederholt der Wache wieder entrißen wurden. Nur mit größter Mühe, und nachdem die Polizei erhebliche Verstärkungen erhalten, gelang es schließlich, die Ruhe wieder herzustellen. Auch eine Frucht des Belagerungszustandes! —

Vaillant wurde, wie das Bureau „Herold“ meldet, in der heutigen Schwurgerichtssitzung zum Tode verurtheilt. Die Telegramme über den Gang der Verhandlung finden die Leser unter „Depeschen“.

**Zu den französischen Senatswahlen.** Aus Paris wird uns unterm 8. Januar geschrieben: Gestern fanden in 34 Departements die Wahlen zum Senat statt, der sich alle drei Jahre zu einem Drittel erneuert und ein wahres Versorgungshaus invalider gemordener Politiker ist, die sich zum Hört Frankreich anwerfen, aber nur der Hört der kapitalistischen Reaktion sind. Wenn in irgend einem Industriestaate Europas die Arbeiterschub-Gesetzgebung fast alles zu wünschen übrig läßt, so ist es sicherlich Frankreich; und forscht man nach der Ursache, dann stößt man auf den Senat, der jedes von der Kammer volltöte Gesetz, das nur halbwegs arbeiterschublich ist, entweder ganz zurückweist, oder es nach jahrelangen Verschleppungen so verhungert, daß es alles, nur keinen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet und bloß die Hartnäckigkeit bekundet, mit welcher der Senat selbst die wurmfischig gewordenen Privilegien aufrecht zu erhalten sucht. Aus einem äußerst beschränkten Wahlrecht hervorgehend, ist dies auch nicht anders denkbar. Wähler sind nämlich nur die Delegirten der Gemeinderäthe, die sich gewöhnlich gegenseitig selber wählen, die General- und Bezirksräthe, sowie die Abgeordneten der betreffenden Departements. Da die Abgeordneten, Gemeinderäthe zc. aus dem allgemeinen direkten Wahlrecht hervorgehen, nennt man darum auch das Wahlrecht zum Senat ein indirektes, was aber unseres Erachtens ganz falsch ist, weil in diesem Falle die Abgeordneten, Gemeinderäthe zc. direkt bloß zu dem Zwecke der Senatswahlen gewählt werden müßten, was aber durchaus nicht der Fall ist wie denn auch bei Wahlen zu Ge-

meinde-, General- oder Bezirksräthen kaum je von den Senatswahlen gesprochen wird, die überdies nicht selten ein Jahr und noch später nach den stattgehabten Abgeordneten-, Gemeinderaths- Wahlen zc. stattfinden. Doch gleichgiltig, ob man dieses Wahlrecht als ein äußerst beschränktes oder ein indirektes bezeichnet, in jedem Falle ist es ein antidemokratisches und kann somit nur der Reaktion dienen. Wenn sich die Sozialisten nun dennoch an den gestrigen Wahlen betheiligten, indem sie in drei Departements Kandidaten aufstellten, so war dies natürlich alles, nur keine, auch nicht indirekte Anerkennung des Senats. Nachdem sie bereits von einem Theil der Stadthäuser Besitz ergriffen haben und in einer nicht unbedeutenden Zahl in die Kammer eingebrungen sind, wollen sie nämlich nun auch in den Senat, in diese Hochburg der kapitalistischen Reaktion, Breche schießen, um sie desto leichter zu Falle zu bringen. Ist ihnen dies auch gestern noch nicht gelungen, so ist der Kampf damit noch keineswegs aufgegeben. Wenn die Sozialisten nur dort den Kampf aufnehmen würden, wo sie des Erfolges sicher sind, oder gleich beim ersten zurückgeschlagenen Ansturm den Kampf aufgeben wollten, dann bildeten sie keine revolutionäre Partei. Uebrigens war der Kampf kein ganz vergeblicher, weil dadurch zum erstenmal von Sozialismus und sozialistischen Forderungen bei Senatswahlen gesprochen wurde, die Presse davon Notiz zu nehmen hatte und dadurch, soweit sie kapitalistisch ist, wider Willen sozialistische Propaganda machte. Die Bourgeoispresse hat darum durchaus keine Ursache, sich über den Ausgang der gestrigen Wahlen, der ja voraussehen war, gar so sehr zu freuen und daß sie dazu das nächstmal noch weniger Ursache findet, dafür werden sicher die Sozialisten sorgen.

**Eine Bestie in Menschengestalt.** Wir erzählten neulich die Heldenthat, durch welche der neuernannte Divisionsgeneral Garcin sich den Dank der besitzenden Klassen erworben hat. Wir haben unseren damaligen Bericht in einem Punkt zu ergänzen. Der „boshafte Jäger“ Thiers hat, wie wir mittheilten, den Befehl zur summarischen Erschießung Millière's gegeben. Thiers wurde hierzu — und das ist es, was nicht unerwähnt bleiben darf — wesentlich durch Jules Favre, seinen Kollegen in der provisorischen Regierung, gedrängt. Gegen diesen „sentimentalen Schuft“, wie einer seiner ehemaligen Freunde ihn genannt hat, war von Millière in der „Marfaislaife“ — vor der Kommune — eine Reihe von Artikeln veröffentlicht worden, die, an der Hand unwiderleglicher Beweismittel, Jules Favre als einen gemeinen Lump und Verbrecher kennzeichneten, der ebendrei in den schmutzigsten Familienverhältnissen lebte. Diese Artikel würden Jules Favre auch in der bürgerlichen Welt unmöglich gemacht haben, wenn nicht die Kommune-Exhebung gekommen wäre, und in der gemeinsamen Angst vor dem Proletariat alle Sünden der Gesellschaft-Stützen und Netter begraben hätte. Jules Favre aber faßte einen glühenden Haß gegen den Mann, der ihm die Fendelmaske vom Antlitz gerissen; Thiers, der ebenfalls von Millière hat angegriffen war, half ihm, und am 26. Mai 1871 hatten sie ihre Rache.

Gelegentlich werden wir uns mit den von Millière ans Tageslicht gezogenen Schurkereien Jules Favre's beschäftigen, und unseren Lesern zeigen, wie ein Hauptvertreter der moralischen Bourgeois-Gesellschaft aussieht. —

**Volbers' Freisprechung** ward von uns schon telegraphisch gemeldet. Jetzt liegt der sehr interessante Prozeßbericht vor. Die Anklage war auf Grund eines Leitartikels erfolgt, in welchem Volbers erklärt hatte, daß die kapitalistische Gesellschaft „mit allen Mitteln“ beseitigt werden müsse. Da der Artikel 8 Tage nach der Pariser Kammerexplosion erschien und der Anarchistenrecht den Herren Bourgeois in den Knochen lag, witterte die Regierung unter den „allen Mitteln“ auch Dynamit und sonstige Sprengstoffe. Und mit der fliegenden Hast, die wir beschrieben haben, wurde die Anklage gegen Volbers beschlossen, der den Artikel nicht bloß geschrieben, sondern sich auch dem Gericht gegenüber direkt als Verfasser bekannt hatte. Die Gerichtsverhandlung (vorgestern) gestaltete sich zu einem Triumph für unseren Freund, dessen außerordentliche Popularität nicht bloß bei den Arbeitern, sondern bis tief in die Bourgeois-Klasse hinein bei dieser Gelegenheit sich glänzend bekundete. Er erhielt seitens vieler Zeugen, zum Theil angesehenen bürgerlichen Stellungen, den denkbar günstigsten, sein ganzes Vorleben umfassenden Leumund, und der Präsident des Schwurgerichts bezeugte ihm mit einer fast ritterlichen Hochachtung, die von dem trivialen Tone des Schablonen-Staatsanwalts, — ward dafür übrigens nach Verdienst gerächtigt —, vortheilhafter abfiel. Volbers legte in einer musterhaften Rede die Grundzüge und die Taktik der Sozialdemokratie dar, und zeigte klar den prinzipiellen Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus, die nichts mit einander gemein haben und in bezug auf die ganze Auffassung, auf Mittel und Ziel vollständige Gegensätze sind. Die Plaidoyers des Staatsanwalts und der drei Vertheidiger fielen den Nachmittag. Die Geschworenen sprachen nach kurzer Verathung das Nichtschuldig und unter dem Jubel des Publikums im Saal, und der Zehntausende auf der Straße begab unser Freund an die Arme seiner Frau und in Begleitung seiner Kinder sich nach Hause. Abends wurde ein Fest im „Volkshause“ improvisirt.

Auch die gegnerische Presse gesteht, daß dieser Prozeß, der einen der bravsten Vorkämpfer der Sozialdemokratie vernichten, wenigstens auf längere Zeit dem politischen Leben entreißen sollte, zu einem großen Sieg der Sozialdemokratie geworden ist. —

**Ueber den Kongreß der holländischen Sozialdemokraten** bringt die Londoner „Justice“ eine aus dem Grunde sehr lesenswerthe Korrespondenz, weil sie aus der Feder von Nieuwenhuis' getreuem Adolatus flammend, ein bezeichnendes Licht wirft auf die Wandlung des aus dem internationalen Kongresse als Apokalypse der Toleranz auftretenden Nieuwenhuis und seiner Freunde. Der Groninger Kongreß hat bekanntlich mit 47 gegen 40 Stimmen und 14 Enthaltungen beschlossen, unter keinen Umständen, auch nicht zu agitatorischen Zwecken, an Wahlen theilzunehmen. Will man wissen, warum die Führer diese Resolution ausbedenken? Cornelissen plaudert es offen aus. „Es sind vor allem“, schreibt er, „die Agitationen einiger parlamentarischer Sozialisten, welche die Majorität der in Groningen vertretenen Sektionen zur Annahme dieser Resolution veranlaßt hat. Es wird gewünscht, die kleinbürgerlichen Sozialisten zum Austritt aus der Partei zu zwingen, und wenn die Urabstimmung diese Resolutionen angenommen, werden sich wahrscheinlich einige wenige Sektionen von der Partei trennen, und von anderen in denselben Lokalitäten ersetzt werden.“

Das heißt mit anderen Worten, man ist zu feige, die unangenehme

Opposition, die man als kleinbürgerlich titulirt, weil sie die Wandlungen des Nieuwenhuis nicht mitgemacht, auszuschießen und nimmt darum lieber eine Resolution an, von deren Falschheit man im Innern selbst überzeugt ist. Wäre dies letztere nicht der Fall, so hätte die ganze Bemerkung des Cornelissen keinen Sinn. Die Redaktion der „Justice“, die bisher mit der Nieuwenhuis'schen hierbei gute Freundschaft gehalten, kann denn auch nicht umhin, in einer Fußnote ganz trocken ihre Bedauern über diesen und die gleichartigen Beschlüsse der Nieuwenhuis'schen Mehrheit auszusprechen. „Justice“ ist eben schließlich ein sozialdemokratisches Blatt. —

**Stadstone** muß sich sehr schwach fühlen — er ist in seinen alten Tagen Chauvinist, oder wie man es in England nennt „Jingo“, geworden, und hat, um die Opposition zu entwerfen, in eine kolossale Verstärkung der Marine gewilligt. Das englische Flottenbudget soll das vorjährige, im Betrage von 14 1/2 Millionen Pfund Sterling — d. i. 285 Millionen Mark — noch beträchtlich übersteigen, und außerdem sollen für die nächsten 5 Jahre jährlich 90 Millionen Mark, also zusammen 450 Millionen Mark für den außerordentlichen Neubau von Schiffen veranschlagt werden. Zweck dieser riesigen Mehrbelastung ist, daß die englische Flotte stärker sein soll, als die französische und russische zusammen genommen. Also der Caprivische „Phantom-Krieg mit zwei Fronten“ — zur See. —

**In Italien** steht es sehr kritisch für Crispi und die herrschende Ordnung der Dinge. Nicht nur dauert der Aufstand auf Sizilien fort, es ist auch an verschiedenen Punkten des italienischen Festlandes zu Aufstandsversuchen gekommen, welche den Zusammenhang mit den Vorkommnissen auf Sizilien beweisen. Da die von der Regierung gesendeten Telegramme die zunehmende Erregung eingestehen, so müssen wir die Möglichkeit annehmen, daß die vereinzelten Ausbrüche der letzten Tage die Vorläufer einer allgemeinen Erhebung sind. Die Regierung selbst hält die Lage für äußerst gefährlich. Das erbost aus der Eimberufung eines neuen Truppenjahrgangs und die Mobilisirung eines Theiles der Armee. Die 60 000 Mann, die nach Sizilien geschickt wurden, reichen nicht aus, und auf dem italienischen Festland werden überall Truppen gebraucht. So muß die Armee zur Hälfte auf den Kriegsfuß gebracht werden — eine Maßregel, die unter der Bevölkerung eine Panik hervorgerufen hat, weil man daraus auf einen solchen, wenn auch nur theilweise Mobilmachung! Alle Berechnungen des Ministeriums Crispi behufs Deckung des Defizits sind dadurch über den Haufen gestürzt, und die italienischen Finanzen zerrütteter als je.

Bemerkenswerth ist, daß die gesammte Crispi'sche Presse — und der Theil der deutschen Presse, die mit ihr in ein Horn bläst, z. B. die „Vossische Zeitung“ — die Schuld des Aufstandes auf die sizilianischen Arbeiterorganisationen wälzen will. Es zeigt sich da der ganze Haß der Bourgeoisie gegen alle Bestrebungen der Arbeiter, sich eine Klassenorganisation zu geben. Es wird ausgesprengt, die „Fabel“ hätten einen förmlichen Insurrektionsplan entworfen, und diesem gemäß die Tumulte und Zusammenstöße der letzten Wochen künstlich hervorgerufen und in Szene gesetzt. Das ist infam gelogen; Herr Crispi ist eben am Ende seines Vateins, und gleich anderen Leuten, die politisch bankrott sind, flüchtet er sich hinter das rothe Gespenst. —

**Ein Mittel gegen die Beschlußunfähigkeit der Parlamente** hat man in Amerika entdeckt. Das Präsidium des Repräsentantenhauses in Washington hat vierzig schwänzende Abgeordnete, die durch ihre Abwesenheit eine Beschlußfassung unmöglich machen wollten, einfach verhaften und zwangsweise zwar nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen, aber doch in den Saal schafften lassen. Eine Kur ist's — aber eine Pferdekur. Wir bemerken übrigens, daß im Gegensahe zum Deutschen Reichstage in nordamerikanischen Repräsentantenhaus die Stützen und zwar sehr hohe gezählt werden, was diese Zwangsmaßregeln in anderem Lichte erscheinen läßt. —

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Paris, 10. Januar.** Zur heutigen Verhandlung gegen Vaillant vor dem Schwurgericht waren sowohl außerhalb als auch innerhalb des Justizpalastes die umfassendsten Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die Thüren zu dem Geschworenenaal wurden strengstens überwacht. In den Wandelgängen waren nur wenige Personen zugegen, in dem Saal war dagegen der Jubel der Publikum ziemlich heftig. Gustav v. Nothschild, einer der Geschworenen, fehlte. Vaillant gab bei seinem Eintritt in den Saal einem der Anwesenden ein Zeichen; seine Haltung war energisch und entschlossen. Der Verleser der Anklage hörte Vaillant aufmerksam zu. Bei dem Verhör durch den Präsidenten antwortete er in seltenem Tone.

Geräuschweise verlautet, es sei in dem Eingang des Justizpalastes eine Bombe gefunden worden, deren Fäden erloschen gewesen sei.

**Paris, 10. Januar.** Prozeß Vaillant. Vaillant leugnet, Geld zur Vorbereitung seines Attentates erhalten zu haben. Madame Paul Réclus habe ihm 20 Frank's gegeben, aber einzig und allein nur, um ihm anzuhelfen; seine Absicht sei nicht gewesen, die Zuschauer auf der Tribüne, sondern die Deputirten zu treffen, weil er letztere für die Hauptverheber des sozialen Elends halte. Vaillant leugnet alsdann, daß er nach dem Attentat habe fliehen wollen und leugnet ferner überhaupt die Absicht, jemand zu tödten, denn sonst hätte er die Bombe nicht mit Nägeln, sondern mit Patronen gefüllt. Als der Präsident Vaillant entgegenhielt, daß er so spreche, um sein Leben zu retten, protestirte derselbe energisch dagegen. Hierauf wurde das Verhör abgebrochen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

**Venedig, 10. Januar.** Wie heutige Meldungen aus Pugliese besagen, sind die Unruhen daselbst von tieferer politischer Bedeutung, als man offiziell anerkennen will. Zwischen der Menge und der Polizeibehörde fanden sehr ernste Gezehe statt. Man stürmte die Gefängnisse, zerstörte die Telegraphenleitungen und warf Brandfackeln in die Wohnungen päpstlicher Beamten. Die Aufregung ist eine ungeheure.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. D. S.** Die Debatte ist unseres Erachtens mit ihren Forderungen formell im Recht. — Werden Sie sich in der zweiten Frage an Herrn Dr. Jabel, Innenstr. 46. In der Stadtverordneten-Versammlung sind 17 Sozialdemokraten. Ja. 1877 wurde Frische gewählt.

**H. W. G.** Soweit uns bekannt, nein.

**Zwei Streikende.** In Rabna besteht eine Hundezüchterei.

**H. G.** Eignet sich nicht für uns.

Für den Inhalt des Anzeigens übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 11. Januar. Opernhaus. Margarethe. Schauspielhaus. Ein Sommernachts- Traum. Deutsches Theater. Der Herr Senator. Berliner Theater. Julius Caesar. Fessing-Theater. Der ungläubige Thomas. Ein Millionär a. D. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmsbäd. Theater. Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater. Der Mustergatte. Neues Theater. Sappho. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexandrplatz - Theater. Die lustigen Weiber von Berlin. National-Theater. Der Teufel in Berlin. Theater Unter den Linden. Salon Pichelberger. Hierauf: Brahma. American-Theater. Die Gründung Roms in der Mödernerstraße, oder: Die Rache des Gänserichs. Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung. Reichshafen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192. Sensationelle Novität! Der Teufel in Berlin. Kurleske Posse in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Novitäten! Zum ersten Male: Charley's Tante. Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz. Vorher: Der Teufel in Berlin. Große Posse in 3 Akten von Prudens.

### Central-Theater.

Alte Jakobstraße 90. Zum 6. Male: Ein toller Einfall. Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf zum 19. Male: Berlin 1893. Revue in 2 Akten von L. Leipziger. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, der Revue 9 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### American-Theater.

Täglich: Große Vorstellung. Wieder-Auftreten des urkomischen Bendix. Neu!! Auftreten des Neu!! besten Bauchredners d. Jetztzeit H. Blank.

Die Gründung Roms oder: Die Rache des Gänserichs. Auftr. sämtl. Spezialitäten. In Vorbereitung: Die Obdachlosen, oder: Lumpen-Summe. Parod.-real. Traumstück von Oscar Wagner. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

### Gratweil'sche Bierhallen

Neues Programm. Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree. National-Konzert D. Obenlander in National-Tracht und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Mr. Kauning, Concertmaler. Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verkauft wird. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

### Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich: Spezialitäten - Vorstellung und Konzert. Neu! Neu! Neu! Ein Stiergeßst in Cadix. Große Ausstattung-Parodie. Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater- Personal. Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr, Entree Wochentags 50 Pf.

Passage-Panopticum. Der Deutsche Mann mit dem Steinkopf. Ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

### Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pahrenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

### Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.) Täglich: Taxameter 208 oder: Der Weißlächerte. Lokalscherz von Max Larsen. (Größter Lacherfolg der Saison). Grosses Variété - Programm. Spree-Nixen. Entree 15 Pf. R. Winkler.

### Pränscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schußkanal durch fünf Körper. Gladiatoren-Kampf. Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren. Dienstag und Freitag: Pamentag.

### Circus Renz.

(Karlstraße.) Donnerstag, den 11. Januar 1894. Abends 7 1/2 Uhr: Gr. equestre. Gala-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Monströ-Tableau von 60 der edelsten Freizeitspferde, vorgeführt v. Herrn R. Renz. Vorher: Blondel, ostpreussischer Hengst, Original-Dressur, Die Post mit 12 Pferden (Fische), geritten von Mr. Gustav. Great Hurdle-Race, geritten von Damen und Herren mit 20 Vollblut-Springpferden. Maestoso, oft-preussischer Rapphengst, in allen Gangarten der hohen Schule geritten von Fr. Oceana Renz. Hierauf der Steiger Alop, diese Dressur ist bis jetzt noch in keinem andern Circus zur Ausführung gebracht worden. Mr. Ybbs, musikal. Imitations-Klöner. Mr. Frankoni, Saltomortale-Reiter. Auftreten des Klowns und August, Mr. Lavater Lea. Mr. Toni Nelson, Equilibrist.

### Ein Künstlerfest.

Vollständig neue und glänzende Ausstattung und Einlagen mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Ballet von 100 Damen. Kinderorchester. Großer Blumen-Korso. L'Espagnola, getanzt von Signorina Varotti, der kleinste Solotänzerin der Welt. Morgen, Freitag, Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest. Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) und Abend 7 1/2 Uhr. Der Circus ist gut geholt. Fr. Renz, Direktor. Schlittschuhe, geb., von 20 Pf. an Kottbuserstr. 18.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innig geliebte Frau Amalie Poschag, geb. Henning, im 28. Lebensjahre nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., Nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause in Rixdorf, Prinz Handjerystraße 42, aus statt. Dies zeigt an der trauernde Gatte Paul Poschag.

### Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse d. Berliner Hausdiener.

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege August Heise am Dienstag, den 9. Januar 1894 an Lungenkatarrh verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittags 2 Uhr auf dem Andreas-Kirchhof (Wilhelmsberg) statt. 11806 Der Vorstand.

### Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Fritz Scheidner am Dienstag am Herzschlag plötzlich gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause in Rixdorf, Bergstraße 141, aus statt. 470/5 Der Vorstand.

Danksagung. Allen Freunden und Verwandten meines lieben Mannes, insbesondere seinen Kollegen von der Firma Aktien-Gesellschaft H. F. Gertz für die erwiesene Theilnahme bei der Beerdigung meinen tiefgefühltesten Dank. Die trauernde Wittwe Frau Friederike Werkmann, geb. Scherf. 1183b

Danksagung. Für die vielen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter, sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, dem Personal der Fabrik von Pearree u. Co., sowie den Sängern meinen tiefgefühltesten Dank. 1178b P. Kowald nebst Kindern.

### „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a.

Jeden Sonntag und Donnerstag: Stettiner Sänger. Anf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Neu! Berlin's Lieblinge. Große Instrumentalkasse. Freitag: Viktoria-Brauererei.

### W. Noack's

Concert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstrasse No. 16. Täglich: Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag und Donnerstag Nach der Vorstellung: Tanz-Kränzchen. Avis! Empfehle meine hochdeleganten Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und Privatfestlichkeiten zu den kulant. Bed.

### Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Donnerstag, den 11. Januar ev., Abends 7 1/2 Uhr: Große Gala- und Sports-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Grand Quadrille Noblesse, geritten mit zwölf Schulpferden von 6 Damen u. 6 Herren, arrangirt von Herrn Max Schumann. Batons americais, Salto- u. Doppel-Saltomortales über eine Anzahl Pferde. Pas de deux, Fr. Emma Rohde und Herr Ad. Schumann. Promenade des fleurs, ger. v. Fr. Lecusson. Rom. Entree des beliebten Klowns Little Fred. Doppelt hohe Schule, ohne Jügel und Zaum, ger. v. Fr. Eugene Lecusson. Fidibus, Springpferd vorgeführt vom Direktor. Original-Klown William Olschansky, mit seinen dreif. Ratten und Katzen. Pontpourry mit 6 Pferden u. die 4 Sonnenstrahlen. Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Musikalisches Entree der rühmlichst bekannten Klowns Paul und William.

### Cancon vor Gericht.

Ballet-Burleske in 2 Acten. 1. Act: Ein Maskenball im Bal mabile. 2. Act: Vor Gericht. Serpentinanz von 4 Damen. Morgen: Große Vorstellung. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

### Bund der ges. Arbeitervereine Berlins und Umg. Versammlung

am Sonntag, den 21. Januar, Vormittags pünktlich 10 Uhr, bei Ehrenberg (Sonnensüdliches Klubhaus), Annenstraße 16. 1. Vortrag des Gen. Köster über: „Astronomie“. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten und Fragelasten. 172/19 Das 3. Stiftungsfest des Bundes findet Sonnabend, 14. April, statt.

### Freie Vereinigung der Lohgerber und Lederjurichter Berlins. Versammlung

am Sonntag, den 14. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1893, 2. Wahl eines 2. Vorsitzenden, 3. Abrechnung vom Wiener Streik, 4. Abrechnung von den stattgehabten Sammlungen, 5. Geschäftliches. Der Vorstand.

### Achtung! Maurer und Putzer. Große öffentliche Versammlung

am Freitag, den 12. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Joël, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Erste Lehren der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Referent Reichstags-Abgeordneter C. Frohme. 2. Die haltlosen Zustände im Gewerbe. 3. Kollegen, da uns die Natur ein Halt im Kampfe um unser täglich Brot geboten, erwarten wir, daß Ihr recht zahlreich erscheinen werdet, um endlich Stellung zu nehmen gegen die miserablen Zustände im Gewerbe. Alle Bauhandwerker sind zu dieser Versammlung eingeladen. 445/5 Die Vertrauensmänner: H. Schiegiolski, Schwedterstr. 27. F. Gräscheke, Staligerstr. 54.

### Achtung! Schöneberg. Achtung! Sonntag, den 14. Januar 1894, Vormittags 11 Uhr, in Jacob's Salon, Brunenwaldstraße 110:

Gr. öffentl. Studateur-Versammlung für Schöneberg und Umgeg. Tages-Ordnung: 1. Die offene Kalkford-Prage und mit welchen Mitteln beseitigen wir dieselbe. Referent Regierungs-Baumeister a. D. Kessler. 2. Diskussion. 3. Die wirtschaftliche Lage in unserem Beruf. 4. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten Entree 10 Pf. Sämtliche Bauhandwerker sind zu der Versammlung eingeladen. 436/9 Der Vertrauensmann der Stuckateure Schönebergs: R. Eichhorn.

Buchhandlung des „Vorwärts“ 2. Beuth-Strasse. Berlin SW. Beuth-Strasse 2. Soeben ist erschienen: Zweite vermehrte und verbesserte Auflage Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung von Dr. S. Lux. Preis 20 Pfennig. Nach außerhalb gegen Einsendung des Betrages von 25 Pfg. franko. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz größte Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark anlie ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

### Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w. Vertikale Verwaltung Berlin C. Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 11. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5/7. Tagesordnung: 1. Stichwahl zur Generalversammlung zwischen Krüger und Sparfeld. 2. Verschiedenes. 802/7 Die Ortsverwaltung.

### Concordia-Festsäle

C. Saeger, 64. Andreasstraße 64. Heute, den 11. Januar 1894: Grosse Soirée der Norddeutsch. Sänger. Ausserwähltes Programm. Nachdem: Familien-Kränzchen. Familien-Billet und Passapartouts behalten Gültigkeit. Anfang 8 Uhr. 65/6 C. Saeger.

Den Mitgliedern der Krankenkassen mit freier Arztwahl zur Nachricht, daß meine Wohnung sich nicht, wie in den Verzeichnissen steht, Oranienstraße 51, sondern Oranienstrasse 55 befindet. 54912 Zahnarzt Semmel. Epr. 8-6. Sonntags 9-1.

Die am 12. Oktober Herrn Gahmann gegenüber ausgeprochene Beleidigung nehme ich zurück. Ohrt.

### Erbsen, Bohnen, Linsen, vorzüglich im Kochen.

Cafel-Reis, hochfein, à Pfd. 20 Pf. Cadobst, türkisches Pflaumen-Rind, deutsch. Ringäpfel, gefülltes Vogel-futter, Ameisen-Eier, beste deutsche Waare, empfiehlt 54924

### die Mehl-Handlung von H. Matthées

vorm. A. Hensel, Nr. 70, Grüner Weg Nr. 70, nahe der Koppenstraße.

### Arbeitsmarkt.

Mamsell auf bessere Knabenanzüge verl. Stein, Alalberstr. 22. 60734

### Tüchtige Blätterinnen

für Stehfragen, Umlegfragen, Manschetten verl. Gebrüder Borchardt, 11176\* Neue Adnigstr. 19.

Auf Knaben-Stoffanzüge geübte Arbeiterinnen finden dauernd lohnende Arbeit. 67/18 G. Michaelis, Chausseestr. 123.

### Geschäftsführer

per bald oder später gesucht. Off. mit Gehaltsansprüchen unter Angabe näherer Verhältnisse sind an die Exped. d. „Vorwärts“ unter H. W. zu richten. 54168\*

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 10. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung der Anträge des Centrums (Nichtblicher u. Gen.) und der Deutschkonfessionen (v. Staudy u. Gen.) wegen Revision der Alters- und Invalidenversicherung. Die Berathung hat am 9. Dezember v. J. begonnen und ist, nachdem die Antragsteller Nichtblicher und v. Staudy, der Staatssekretär v. Bötticher und der bayerische Ministerialrath Landmann, ferner die Abgg. Sigl und Gamp gesprochen hatten, vertagt worden.

Abg. Singer: Wenn ich für meine politischen Freunde und für mich mit der Erklärung beginne, daß wir gegen Punkt 1 der Anträge Nichtblicher und Staudy stimmen werden, so soll das nicht bedeuten, daß wir mit dem jetzigen Alters- und Invaliditätsgesetz zufrieden sind. Wir haben, als dieses Gesetz zur Berathung stand, gegen das Gesetz gestimmt, weil es uns für die Arbeiterklasse viel zu wenig bot, weil wir der Meinung waren, daß dieses Gesetz, welches man damals mit dem stolzen Namen der „Reform der Sozialreform“ belegte, nichts weiter ist als eine Verchiebung der öffentlichen Armenpflege. Wir können nicht zugeben, daß die Bettelgelder, die man auf Grund dieses Gesetzes zahlt, den Ansprüchen, die man an ein solches Gesetz zu stellen hat, genügen. Wir sind der Meinung, daß die ganze Organisation des Gesetzes, namentlich auch die, nach welcher die Landes-Versicherungsanstalten eingerichtet sind, eine durchaus verkehrte ist. Wir wollen die Organisation der Versicherungsanstalten nur dem Reich übertragen, wie wir überhaupt der Meinung sind, daß das ganze Versicherungsgeschäft einer Zentralfstelle zu übertragen sei. Sowohl die gegen Krankheit als gegen Unfall, als gegen Alter und Invalidität Versicherungen sind nach unserer Meinung besser aufgehoben in den Händen einer vom Reiche ressortirenden Zentralfstelle. Wir haben gegen das Gesetz gestimmt, weil die ganze Organisation eine veraltete ist, die nach unserer Meinung keinen Vortheil für die Arbeiterklasse in sich birgt, abgesehen von den außerordentlich niedrigen Renten, die gegeben werden aus Mitteln, zu denen die Arbeiter selbst wesentlich beitragen müssen, und aus Reichszuschüssen, an denen die Arbeiter infolge der indirekten Besteuerung am stärksten theilhaftig sind. Die Umstände, die uns veranlassen haben, gegen das Gesetz zu stimmen, haben auch heute noch in vollem Maße Geltung. Es scheint mir wunderbar, daß die Klagen über das Gesetz aus Kreisen kommen, für die das Gesetz gar nicht geschaffen ist. Naturgemäß legt ein solches Gesetz in unseren Verhältnissen dem Unternehmertum Lasten auf. Das zeigt Klagen über das Gesetz namentlich aus dem industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmertum kommen, beweist deutlich, daß diese Kreise von dem Gedanken des Gesetzes noch nicht genügend durchdrungen sind. Durch die Klagen über die Belästigungen des Gesetzes zieht sich wie ein rother Faden die Beschwerde der Unternehmertreife, daß ihnen durch dieses Gesetz Lasten auferlegt sind, die Industrie und Landwirtschaft nicht zu tragen im Stande seien. Wenn abgesehen von den Rentenempfängern irgend eine Kategorie der Bevölkerung Nutzen aus dem Gesetz hat, ist es gerade die Landwirtschaft, weil die ländlichen Gemeinden in demselben Maße, wie auf Grund des Alters- und Invaliditätsgesetzes Renten gezahlt werden, in ihrer Armenpflege entlastet werden. Diejenigen Arbeiter, die auf Grund des Alters von 70 Jahren Rentenempfänger werden, sind vorwiegend zu finden in ländlichen Bezirken. Die Leistungen auf Grund des Alters- und Invaliditätsgesetzes sind vollkommen ungenügend. Weit entfernt davon, diese Leistungen irgendwie einschränken zu wollen, sind wir im Gegentheil der Meinung, daß es Pflicht des Reichstages ist, dafür zu sorgen, daß der Gedanke des Gesetzes, nämlich für denjenigen einzutreten, der auf dem Schlachtfelde der Industrie arbeits- und erwerbsunfähig geworden ist, der durch hohes Alter nicht mehr in der Lage ist, bei seiner abgenutzten Arbeitskraft für sich und die Seinigen den Lebensunterhalt zu erwerben, weiter ausgedehnt wird. Während die Abgeordneten Nichtblicher und Genossen den Kreis der Versicherten einschränken wollen, sind wir bestrebt, den Kreis der Versicherten zu erweitern und den Versicherten höhere Bezüge zu gewähren. Dieser Ansicht sind wir seit dem Bestehen des Gesetzes treu geblieben.

Abg. v. Staudy hat übrigens in seiner Rede vor den Ferien einen Gedanken ausgesprochen, dem ich nur zustimmen kann. Er wollte das Markenleben beseitigen und stellte den Grundgedanken auf, daß man von jedem, der erwerbsunfähig sei und ein hohes Alter erreicht habe, annehmen sollte, der Mann hätte im Laufe seines Lebens gearbeitet und sie infolge dessen berechtigt, Rente zu bekommen. Dem gegenüber sprach sich Abg. Gamp für Quittungsbücher an Stelle des Kartensystems aus. Das gäbe nach unserer Meinung zu ersten Bedenken Anlaß. Die Einführung von Quittungsbüchern gäbe es dem Unternehmertum in die Hand, den Einfluß, den die Herren jetzt schon in bezug auf die Anfertigung von schwarzen Listen und Verursicherungen haben, noch zu erweitern. Die Gefahren nach dieser Richtung hin sind durch Einführung der Quittungsbücher, wenn auch nicht gänzlich zu vermeiden, so doch sehr eingeschränkt, weil nach Verlauf einer bestimmten Zeit neue Quittungsbücher ausgestellt werden. Auch der Auffassung des Abg. Staudy, dem Unternehmertum und den Gemeindegewerkschaften große Arbeiten zu ersparen, kann man beistimmen, wenn sich dabei Vortheile für die Versicherten herausstellen. Der Staatssekretär des Innern hat freilich der Auffassung, daß man die Quittungsbücher abschaffen solle, widersprochen, indem er meinte, es sei notwendig, vor allem dafür zu sorgen, daß derjenige, der die Wohlthaten der Renten für sich in Anspruch nehme, den Beweis liefere, daß er sein Leben hindurch ein fleißiger Arbeiter gewesen sei; denn das Gesetz sei nicht gemacht, um faulen Arbeitern eine Sinecure zu schaffen, sondern dem fleißigen Arbeiter für die Erfüllung seiner Pflicht der Gesellschaft gegenüber zu belohnen. Dieser Grundgedanke schlägt den Thatfachen so sehr ins Gesicht, daß ich ihn nicht unwiderprochen lassen kann. Alle diejenigen, die nicht den Nachweis führen können, daß sie eine bestimmte Zeit gearbeitet haben, wirft er in das Sammelbecken der faulen Arbeiter, ohne zu überlegen, ob die „faulen Arbeiter“ bloß nicht arbeiten; weil sie arbeitslos sind und glauben nicht arbeiten zu brauchen, oder weil sie keine Arbeit finden können. Kraft der ökonomischen Verhältnisse und der technischen Erfindungen werden die „faulen Arbeiter“ zu Arbeitslosen; jede neue Maschine wirft eine Anzahl von Arbeitern auf die Straße. Diese Entwicklung ist dafür verantwortlich, daß so viele arbeitslos sind. Das ist ein Zustand, der auf dem Wege der Gesetzgebung nicht geändert werden kann, sondern nur auf dem Wege, den die Sozialdemokratie verlangt. Das Unternehmertum selbst, welches in bezug auf die Arbeitsbedingungen seinen kapitalistischen Interessen folgt, schafft diese Arbeitslosigkeit; so hat z. B. das Vorgehen der Bergbehörde in dem Bergarbeiter-Streik im Saarrevier Tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen. Ich brauche nur zu erinnern an den Verband der Metallindustriellen und an die Verhandlungen, die wir hier darüber geführt haben, in denen wir nachgewiesen haben, daß das

Polizeipräsidium von dem Vorsitzenden des Verbandes ein Geschenk angenommen hat für Gratifikationen an die Polizeibeamten, weil diese dafür gesorgt hatten, daß die Streikenden im Zaume gehalten wurden. Glauben Sie ferner nicht, daß die 50 bis 60 Tausend Arbeiter, welche durch die neue Tabak-Fabrikation brotlos werden, nicht auch die Reihen der „faulen Arbeiter“ vermehren werden? Was in bezug auf schwarze Listen und auf Verursicherungen seitens des Unternehmertums geschieht, davon habe ich wieder einmal einen deutlichen Beweis. Ich habe hier ein Schriftstück, durch welches viele Arbeiter brotlos gemacht werden, die ihre politische Ueberzeugung nicht gleichzeitig mit ihrer Arbeit haben verkaufen wollen. Dasselbe ist mit dem Vermerk „Vertraulich“ von dem Vorstand der Grube „Iffe“ unter dem 7. Juli 1893 erlassen in Senftenberg und Umgegend — es ist dies der Wahlkreis des Abg. v. Manteuffel. Der Grubendirektor macht an alle Unternehmer des dortigen Kreises die Mittheilung, daß 70 namentlich genannte Arbeiter wegen sozialdemokratischer Agitation entlassen worden seien. Zwei Arbeiter seien auf ihr dringendes Bitten hin noch behalten worden, aber auch sie seien verdächtig und würden beobachtet, um eventuell in den nächsten Monaten sofort entlassen zu werden. Den Namen des Direktors werde ich dem Reichstag natürlich nicht vorenthalten, denn er verdient es, vereinzelt zu werden. Dann bittet der Direktor noch zur Vermeidung von Verwechslungen bei künftigen Namensangaben auch Geburtsort und Geburtsort anzugeben. Also auch infolge von Verwechslungen sind Arbeiter auf die Straße geworfen worden. Ferner soll kein Arbeiter angenommen werden, bevor nicht bei seinem früheren Werke über seine Beteiligung an sozialdemokratischen Agitationen angefragt ist.

Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Sache. Abg. Singer: Ich habe nur noch eine Zeile zu lesen; ich will nachweisen, auf welche Weise Arbeiter nicht zum Rentenbezug kommen, weil nicht genügend Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Der Inhalt des Schriftstücks ist, daß der Direktor zur Orientirung bemerkt, daß die im Amtsbezirk erfolgten Entlassungen auf die Arbeiterschaft durchschlagend gewirkt haben. Die Belegschaft sei willfährig und unterlasse alles, was zum Tadel Veranlassung geben könnte.

Präsident v. Levetzow: Sind Sie nun mit der einen Zeile zu Ende? (Heiterkeit.)

Abg. Singer: Der Name dieses Menschenfreundes ist Strauß, und nebenbei ist er noch Hauptmann a. D. Für ein solches Vorgehen kann ich nur ein durchaus verächtliches „Hui“ haben. Auch infolge der Konzentration unserer Betriebe und der sogenannten Saisonarbeiten müssen zahlreiche Arbeiter vorübergehend feiern, während welcher Zeit ihre Rentenansprüche ruhen. Ueber den Vorschlag, statt dessen einfach jedem Arbeiter, der 70 Jahre alt ist oder der erwerbsunfähig geworden ist, das Zutrauen zu schenken, daß er gearbeitet hat — wovon hätte er denn sonst gelebt? — und nicht mehr den Beweis der Arbeit zu verlangen, liebe sich reden. Der Staatssekretär wies das scharf zurück, weil das die reine Armenfürsorge sei. Weiter ist es auch jetzt nicht. Das Gesetz hat nur die Armenpflege von den dazu verpflichteten Gemeinden auf die Beiträge der Arbeiter und der Arbeitgeber und den Reichszuschuß verschoben. In vielen Fällen bleiben die hier gewährten Summen sogar noch hinter der Armenpflege zurück. Ein konservativer Redner bezeugte die Rentenleistung als eine Liebesgabe. Es lobt sich aber garnicht, über die Höhe der Renten irgend welches Aufheben zu machen. Vorläufig haben wir nur Liebesgaben für Reiche, für den Großgrundbesitz in Form der Getreidepremie, der Spiritusprämie, der Judenprämie und der neuen Prämie, die der Reichszankler den Konserativen, um mit ihnen zum Frieden zu kommen, in Aussicht gestellt hat durch die Aufhebung des Identitätsnachweises, die auch nur eine Ausführrprämie bedeutet. Die soziale Gesetzgebung legt allerdings den Gemeinden und dem Unternehmertum einige Arbeit auf, aber überlastet sind die Gemeinden nicht. Herr Nichtblicher empfahl statt der Zwangsversicherung die freiwillige Versicherung, die Landwirthe würden ihr Gesinde selbst darin einlaufen. Die freiwillige Versicherung möchte ich sehen, wo die Unternehmer bereit sind, alle Lasten aus Humanität zu gunsten ihrer Arbeiter zu tragen. Dieser Vorschlag wird auch in der bayerischen Landwirtschaft kaum Boden finden. Leider muß bei uns alles im Interesse der arbeitenden Bevölkerung mit außerordentlichen Anstrengungen den Vertretern der Besitzenden im Parlament erzwungen abgerungen werden. Der Reichszankler wollte alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie auf die Sozialdemokratie wirken. Ebenso kann ich sagen, die ganze soziale Gesetzgebung ist nur durch die Furcht vor der Sozialdemokratie veranlaßt. Herr Dr. Sigl meinte, das Gesetz müßte abgeschafft werden, weil das Centrum so schlechte Erfahrungen damit gemacht hätte, daß sämtliche Aristokraten nicht wiedergewählt worden seien. Wäre dies wahr, so würde ich von meinem Standpunkt nur wünschen können, daß schleunigst noch ein solches Gesetz gemacht würde, damit die Herren nicht wieder ins Centrum hineinkämen. (Heiterkeit.) Bei den Etatsberathungen werden wir noch eingehender auf diese Materie zurückkommen und namentlich auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Rechtsprechung auf dem Gebiete der Versicherungswesen hinweisen. Der Erlaß einheitlicher, für alle Theilnehmenden geltenden Vorschriften ist vor allem in bezug auf die Festsetzung der Renten notwendig. Den Ansturm Süddeutschlands gegen dieses Gesetz haben wir nicht mitgemacht. Wir sind die Allerleichten, die Ursache haben, mit diesem Gesetz zufrieden zu sein, wir sind aber auch die Letzten, die Ursache haben, die mühsam errungenen Anfänge auf diesem Gebiete wieder preiszugeben, weil sie angeblich eine zu starke Belastung des Unternehmertums, der Industrie, der landwirtschaftlichen Unternehmer mit sich führen. Wir bestreiten das letztere. Es muß im Gegentheil eine Vermehrung der Leistungen der Alters- und Invaliditätsversicherung geschaffen werden, eine einheitlichere, gerechtere Organisation. Dem Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung muß größerer Raum gegeben, mit einem Wort, das Gesetz ausgebaut und erweitert werden. Die Angunstheiligkeit des Unternehmertums kann uns nicht veranlassen, ein Gesetz zu beseitigen, das wir nicht im Interesse der Unternehmer, sondern der arbeitenden Klasse geschaffen haben. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bötticher (nll.): Nachdem die Regierung selbst eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz in Aussicht gestellt, brauchen wir uns mit diesem Theile des Nichtblicher'schen Antrages angeht, unserer Geschäftsloge nicht mehr zu befaßen. Bezüglich der Invalidenversicherung haben wir gewünscht, daß wir den Sprung ins Dunkle thaten und wußten auch voraus, daß die Klagen über das Gesetz schließlich zu den schärfsten Verdammungsurtheilen für uns werden würden. Wenn man den großen Entrüstungssturm gegen das Gesetz erlebt hat, dann muß man sich über die Rube der heutigen Berathung wundern, es scheint doch, daß das Interesse an der Frage nicht mehr brennend ist. (Heiterkeit.) Herr Nichtblicher wollte die Landwirtschaft aus dem Gesetze herausnehmen und dafür eine freiwillige Versicherung einführen. Gegen das Gesetz an sich hat er sich also nicht ausgesprochen. Gegen das Gesetz selbst hat auch Herr von Staudy nichts vorgebracht, sondern nur von Mißstimmungen über die einzelnen Punkte gesprochen. Mißstimmungen sind vorhanden und eine

offene Rücksprache darüber ist durchaus am Platze. Hauptsächlich fühlt sich die Landwirtschaft belästigt, namentlich wegen ihrer ohnehin schwierigen Lage. Aber man wird doch nicht darauf hinauskommen wollen, den landwirtschaftlichen Arbeitern die Vortheile der Versicherung zu verjagen. Hätte man im Wege der freiwilligen Versicherung die Vorlage durchführen können, dann brauchte man den Zwang nicht einzuführen. Aber der Zwang hatte sich als nothwendig herausgestellt und es ist mir überaus zweifelhaft, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter leichten Herzens diese Versicherung aufgeben würden. Würde die Landwirtschaft ausgeschlossen von der Versicherung, so würden die Arbeiter noch mehr als bisher in die Städte wandern. Der Reichszuschuß kommt wesentlich den ländlichen Kreisen zu gute, weil er bei den niedrigeren Renten der ländlichen Arbeiter einen größeren Theil ausmacht, als bei den höheren Renten der industriellen Arbeiter. Diese Fürsorge für die Arbeiter entsprang nicht einem Träumen der Sozialdemokratie, sondern einem Gefühl der Pflicht. Die Sozialdemokratie hat allerdings durch ihre Agitation auf die Schäden, welche vorhanden waren, aufmerksam gemacht. Was Herr v. Staudy im Auge hatte, daß die Reichen zu den Kosten der Invalidenversicherung beitragen müßten, ist vollständig erfüllt durch den Reichszuschuß. Was Herr v. Staudy vorgebracht hat gegenüber der Beitragszahlung seitens der Arbeiter und Arbeitgeber, das ist eine Grundlage des Gesetzes, die unerschütterlich bleiben muß; denn die Beitragszahlung wahrt den Versicherungscharakter gegenüber der bloßen Staatshilfe, die sonst eintreten würde. Die Einführung der Lohnklassen war ein weiterer Schritt zur Wahrung des Charakters der Versicherung durch Berücksichtigung der verschiedenartigen Lohnbezüge. Die Einführung einer einheitlichen Lohnklasse und einer einheitlichen Rente, wie sie Herr Gamp vorgeschlagen, können wir durchaus nicht billigen. Daß die angeammelten Kapitalisten die Summen übersteigen, welche man vorher berechnet hat, ist richtig; man wird erwägen müssen, ob man die Beiträge herabsetzt oder die Renten erhöht. Ich hoffe, daß man sich in der Gesamtheit der deutschen Bevölkerung bald mit diesem Gesetz versöhnen wird; Anzeichen dafür sind schon vorhanden. Man sagt: Ihr schafft alle diese Lasten, die der Industrie die Konkurrenz erschweren; aber wo werden sie euch gedankt? Dank können wir nicht erwarten. Es wird hier ein Rechtsanspruch für die Arbeiter geschaffen. Die Mitläufer der Sozialdemokraten gehen, wenn es ernst wird, durch die Lappen. (Abg. Liebknecht: Das sind keine Nationalliberalen!) Die Arbeiter werden schließlich erkennen, welche Wirkungen das Gesetz hat. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie haben wir das Gesetz nicht geschaffen. So fürchterlich sind die Sozialdemokraten nicht; sie scheinen sich vielmehr vor sich selber zu fürchten, als die Welt sich vor ihnen fürchtet. (Heiterkeit.) Wir haben das Gesetz eingeführt, aus dem Bewußtsein der Pflicht des Staates, welcher auf der Basis christlicher Anschauung steht, und wir werden an diesem Bewußtsein der Pflicht festhalten; und wenn der Zusammenbruch der Gesellschaft kommen sollte, dann können wir ihn in dem Gefühl der erfüllten Pflicht erwarten. (Zustimmung bei den Nationalliberalen; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müllers (wildliberal): Trotz aller Klagen ist wohl niemand der Meinung, daß das Gesetz im ganzen abgeschafft werden soll; es kann sich immer nur um die Abschaffung einzelner Mißstände handeln. Bei den Klagen um das Gesetz handelt es sich um zwei Dinge: Der eine Theil will nicht zahlen, der andere Theil bekommt nicht genug. Beides zusammen läßt sich aber schwer vereinigen. Die Klagen kommen meist aus den landwirtschaftlichen Kreisen, in den seltensten Fällen aus den Kreisen der Industrie. Herr v. Staudy findet es ungerechtfertigt, daß die Bauern mehr bezahlen müssen als der Millionär. Das ist richtig; aber findet man das nicht in anderen Verhältnissen ebenso, z. B. bei den indirekten Steuern oder bei der Unfallversicherung. Ein Fuhrmann z. B. muß für seinen Kutsch 11 M. Unfallbeiträge zahlen, während der Inhaber einer großen Spinnerei vielleicht nur 2 M. für jeden Arbeiter entrichtet. Es wird manches in dieser Beziehung übertrieben. Ich habe erst neulich in den „Neuesten Nachrichten“ einen Artikel gelesen von einem Landwirth, der sich über die Lasten der Invalidenversicherung äußert und über die ungerechte Vertheilung der Lasten klagt, ein Gutsbesitzer sollte 1500 pCt. seiner Einkommensteuer für Marken ausgeben. Der Herr wird wohl in der Einkommensteuer viel zu gering eingeschätzt sein. (Zuruf: Verschuldet!) Im übrigen sind die Verwaltungskosten sehr gering, sie können kaum verringert werden, namentlich nicht durch die Einrichtung einer Reichs-Versicherungsanstalt, welche doch eine Dezentralisation nach unten haben müßte. Das Markenleben wird wohl nicht zu umgehen sein; aber die Einführung von Marken für längere Zeiträume wäre um so mehr zu empfehlen, als eine Quittungskarte für mehrere Jahre ausreichen würde. Bezüglich der Novelle zum Unfall-Versicherungsgesetz ist ja eine Vorlage dem Bundesrath gemacht worden. Es hat mich gefreut, daß man jetzt dem Unfall-Versicherungsgesetz so großes Lob zollt, früher war der Ton ein anderer. Vielleicht wird das auch bezüglich der Invalidenversicherung anders werden. Ich freue mich, daß die Regierung dem Andrängen, die berufsgenossenschaftliche Organisation abzuschaffen, nicht nachgegeben hat. Wenn die Industrie damit zufrieden ist, so sollte doch niemand anders etwas an den Berufsgenossenschaften auszufragen haben. In Oesterreich ist man mit der dort beliebten territorialen Organisation nicht zufrieden, sondern wünscht die berufsgenossenschaftliche Organisation nach deutschem Muster. Ein Zusammenwerfen aller Versicherungen würde bezüglich der Krankenversicherung gar nicht möglich sein, bezüglich der beiden anderen Versicherungen würde es aber jedenfalls nicht nothwendig sein; man könnte höchstens fragen, ob nicht für die Unfall- und für die Invalidenversicherung der Landwirtschaft die Schiedsgerichte einheitlich gestaltet werden könnten. Die Kosten werden dadurch nicht erheblich vermindert werden. Zu Klagen haben die Arbeiter vielleicht in einem Punkte, nämlich bezüglich des § 85 des Unfallversicherungsgesetzes, wenn eine Rente wegen veränderter Umstände geändert werden soll. Die Arbeiter können mit Recht darüber klagen, daß diejenigen, welche die Zahlung zu leisten haben, auch gleichzeitig die Entscheidung treffen sollen. Würde aber die Entscheidung dem Reichs-Versicherungsamt übertragen, so würde sich herausstellen, daß die Urtheile nicht so gut für die Arbeiter ausfallen. Denn in den bureaukratischen Kreisen würde man nicht so leicht geneigt sein, das Gefühl der Humanität mitzuspüren zu lassen. Im übrigen kann man die von der Regierung in Aussicht gestellte Novelle abwarten.

Abg. Richter (Fr. Vg.): Ich bin durch die ganze Debatte nicht klüger geworden und werde deshalb gegen alle Resolutionen stimmen. Herr v. Bötticher hat mich privatim über die Verminderung der Armenlasten auf die Schrift von Freund verwiesen, wonach festgestellt ist, daß in Berlin die Armenpflegekosten sich nicht vermindert haben. Die Behauptung der Regierung, daß wirklich eine Erleichterung der Armenlast eintreten würde, ist also nicht erwiesen. Herr Bötticher ist erfreut, daß Niemand die Aufhebung des ganzen Gesetzes beantragt hat. Das ist doch wirklich natv. Wir haben doch jetzt etwas anderes zu thun, als die Aufhebung dieses Gesetzes zu verlangen. Der Entrüstungssturm gegen die Invalidenversicherung ist nicht von

irgend einer Partei-Organisation gemacht worden. Eine Änderung des Gesetzes ist nicht möglich, wenn man die Grundlagen derselben nicht ändern will. Man möchte die Lasten auf andere Schultern wälzen. Herr v. Blöb nicht dazu verständlich. Die Regierung wird jetzt wohl noch nicht einem Vorhölge zustimmen, der dem Wunsche des Herrn v. Staudy entspricht. Wir wollten von vornherein von diesen bedenklichen Konsequenzen nichts wissen. Herr v. Staudy hat sich am 9. Dezember dagegen erklärt, daß die Konservativen verantwortlich gemacht werden für dieses Gesetz. Ich wundere mich, daß Sie (die Konservativen) sich jetzt zurückziehen von der Verantwortung. Wir würden uns unserer Mitwirkung nicht schämen. Jetzt wird gegen das Gesetz gekämpft und man hat es sogar so darzustellen gesucht, als ob wir, die linke Seite des Hauses, an diesem Gesetze schuld sind. Sehen Sie wohl, meine Herren, das gefällt mir nicht an Ihrer Politik. Herr v. Mantuffel ist einer der Hauptträger des Gedankens gewesen, er war der Referent über das Gesetz. Die Konservativen haben mit 9 Ausnahmen für das Gesetz gestimmt; Herr v. Staudy hat ohne Entschuldigung gefehlt; er war im Hause anwesend, um eventuell gegen das Gesetz zu stimmen. Herr v. Hammerstein hat damals große Bedenken gegen das Gesetz geltend gemacht; er hat vorausgesehen, daß es Unzufriedenheit erregen wird und trotzdem dafür gestimmt. Das nennt man konservative Politik. Wenn die Unzufriedenheit nachher vorhanden ist, dann macht man Zivilis und bringt dem Urheber der Unzufriedenheit ein Hurrah, und Graf Caprivi macht man zur Zielscheibe der Angriffe. So schwer das Geschick der Herren von Hammerstein u. s. w. außerhalb des Hauses war, angesichts der Verhandlungen über das Invaliden-Versicherungsgesetz bin ich der Meinung, wenn die Regierung Ernst macht, werden die Konservativen den Handelsverträgen zustimmen. (Unruhe rechts.)

Abg. Richter (frei. Vp.) spricht seine Bewunderung darüber aus, daß gerade die bayerischen Zentrumsmitglieder diese Frage angeregt haben, während die bayerischen Mitglieder des Zentrums damals die Annahme des Gesetzes herbeigeführt haben und während der Widerspruch gegen das Gesetz hauptsächlich von den Freisinnigen in Bayern ausgegangen ist. Die Nachteile des Gesetzes, welche in der Entziehung der Kapitalien durch die Ansammlung der Reservefonds liegen, werden sich von Jahr zu Jahr steigern. Die Einführung des Umlageverfahrens würde nicht möglich sein, weil dadurch die Lasten nur auf die Zukunft abgemälzt würden. Man stellt es so dar, als ob das Markensystem etwas Zufälliges wäre. Das Markensystem ist einfach die Form, in welcher die Leistung und Gegenleistung zum Ausdruck kommt. Ich kann mir gar nicht denken, wie die Sache anders eingerichtet werden soll, wenn man eine richtige Kontrolle will. Man will den Rentenanspruch nur dann abweisen, wenn der Beweis dafür vorhanden ist, daß jemand im Zuchtlande gefessen oder vögabundiert hat. Es handelt sich aber doch darum, daß jemand als Arbeitnehmer gearbeitet hat, nicht als Arbeitgeber. Viele Personen, die versicherungspflichtig sind, sind ja beides zugleich. Die Marke ist der Beweis und zugleich die Form der Erhebung der Beiträge. Es kommt schließlich alles darauf hinaus, daß das Reich oder der Staat mehr zahlen soll. Das würde bedeuten, daß der Beitrag, der ein Teil des Arbeitslohnes ist, aus der Reichskasse bezahlt wird. Das würde dasselbe bedeuten, wie ein Zuschuß zur Grundrente durch die Getreidezölle oder ein Zuschuß zur Schuldentilgung durch Münzverschlechterung. Wenn man den Reichszuschuß erhöht, warum denn nur für die Arbeitnehmer? Man begreift es schon jetzt nicht, warum die Arbeitgeber, welche viel schlechter stehen als die Arbeiter, an dieser Versicherung keinen Teil haben sollen. Wenn man so weit geht, dann kann man schließlich auch die Witwen und Waisen versorgen von Reichswegen, und auch die Kindererziehung kann man auf den Staat übernehmen. Dann kommen wir über den vulgären Staatssozialismus sehr bald hinaus. Herr Grillenberger sagte schon bei der Beratung des Gesetzes: Das Gesetz ist kein sozialistisches, aber schon ein sozialistisches. Und Herr v. Staudy ist schon sehr weit darüber hinausgegangen. Man kann nicht einfach betretieren: das Gesetz ist aufgehoben, sondern es müssen Uebergangsbestimmungen getroffen werden. Ich habe den Vorschlag des Herrn Nibbichler von der freiwilligen Versicherung als einen solchen Uebergangsvorschlag aufgefaßt. Diejenigen Personen, welche versicherungspflichtig geworden sind, müßten in der Lage sein, freiwillig die Versicherung fortzusetzen. Je früher man einen Anfang mit der Einschränkung der Versicherungspflicht macht, desto besser wäre es. In diesem Sinne würde ich für den Antrag des Zentrums stimmen.

Abg. Ulrich (Soz.): Auf den ersten Blick scheinen die Anträge der Abg. Nibbichler und v. Staudy ganz annehmbar zu sein, sobald man über dieselben insbesondere deren Begründung genauer ins Auge faßt, kommt der Wunsch so deutlich heraus, daß man dagegen stimmen muß. Wir sehen in den Anträgen nur den Versuch, die bisherige Größe der Versicherungspflicht einzuschränken und auf diesem Wege eine Verschlechterung des bisherigen Modus herbeizuführen. So verstehe ich es auch, daß Abg. Richter sich für einen Teil der Anträge erwärmt; er sieht darin einen Schritt in die Mauer der Versicherungspflicht. Das hätte auch demjenigen Vertreter des Zentrums, die sich mit Vorliebe als besonders arbeiterfreundlich zu zeigen gesucht haben, bedenklich sein müssen. Der Abg. Nibbichler hat entgegen den Ausführungen der Abg. Nibbichler und von Blöb gesagt, die Klagen seitens der Unternehmer über die Beschwerden des Gesetzes seien keineswegs bei den Industriellen so stark, wie bei den landwirtschaftlichen. Die Industriellen sollen vielmehr mit ganz besonderer Freude die Beiträge zahlen. Ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, daß bei den Unternehmern in der Industrie die Abneigung gegen das Gesetz genau so stark ist, wie bei den landwirtschaftlichen. Ich habe hier eine kleine Broschüre Mitteilungen aus dem Zentralverband deutscher Industrieller. Wenn der Abg. Nibbichler diese zur Hand nehmen wollte, so würde er ganze Seiten in derselben finden, die wesentlich mit Klagen darüber ausgefüllt sind, wie die Herren Unternehmer in die Tasche greifen müssen, um die Kosten der Sozialgesetzgebung zu tragen. Weiter möchte ich den Ausführungen des Abgeordneten Nibbichler entgegenstellen, daß gerade die Arbeiter ein außerordentlich lebhaftes Interesse hätten an der Aufrechterhaltung dieser sozialen Gesetzgebung, die angeblich in ihrem Interesse gemacht ist. Ich bleibe dabei, daß die ganze Verwaltungseinrichtung ein Schlag gegen die Selbständigkeit der arbeitenden Klasse ist. Der Abg. Nibbichler meint, bei einer Vereinigung aller Versicherungen in eine Zentrale würden die Arbeiter weit schlechter fortkommen, denn die Berufsgenossenschaften ließen sich häufig bei der Abweisung der Invalidität mehr von der Humanität leiten, als von ihrer pflichtmäßigen Ueberzeugung. Ich weiß nicht, woher der Abg. Nibbichler sein Material geschöpft hat; schon ein Blick auf die unzähligen schiedsgerichtlichen Entscheidungen beweist deutlich, daß das, was Herr Nibbichler sagt nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist, daß die Regel die Hintanzetzung aller Humanität ist. Interessant sind die Fälle, in denen den Rentenberechtigten ein Teil des Lohnes abgezogen wird. Das Eisenbahn-Betriebsamt Berlin-Halle beschäftigt zwei Arbeiter, beide 71 Jahre alt. Der eine hat 18, der andere gar 40 Jahre bei der Betr. Bahn gearbeitet. Sie erhalten seit kurzem die Altersrente. Man hat ihnen nun gekündigt und ihnen erklärt, wenn ihr Alter für 2,90 für 2,50 M. für die Folge arbeiten wollt, dann wollen wir Euch weiter beschäftigen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Schlechte Beispiele verderben gute Sitten und bei den Privaten ist es nicht anders als bei diesem Staatsinstitut. Es ist heute von nationalliberaler Seite beivirt worden, daß man aus Furcht vor den Sozialdemokraten diese soziale Gesetzgebung eingeführt habe. Herrn Nibbichler's Freund, Bueck, hat aber in einem Werte offen zugegeben, daß alle diese Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung wesentlich deshalb eingeführt wurden, um damit die sozialen Gräueltaten zu verdrängen. Leider seien aber

alle diese Opfer vergeblich gewesen. Die Sozialdemokratie trete im Reichstage mit einer Unversöhnlichkeit, ja Frechheit auf, wie sie früher kaum erreicht worden sei. Merkwürdig, wie die Ansichten auseinandergehen. Einmal sollen wir jahrgewordene Revolutionäre gemordet sein, dann die personifizierte Frechheit. Wir haben nicht solche Mitläufer, wie die Herren Nationalliberalen. Die große Masse der Arbeiter, die Klassenbewußten Arbeiter haben eingesehen, daß das Heil nur aus dem Kampf der eigenen Klasse zu holen ist. Die Nationalliberalen gleichen einem wogenden Meere, in wenigen Stunden sind sie Antisemiten und dann Konservative, daß es eine Freude ist. Unsere Arbeiter wissen was sie wollen. Lösen Sie doch den Reichstag auf und Sie werden dann erleben, daß wir in viel stärkerer Anzahl hier einziehen. Gewiß, „irgend etwas“, wie Herr Nibbichler sagt, taugt dieses Gesetz und wir wollen es darum verbessern und erweitern. Nicht bloß das Sozialistengesetz, auch die Sozialreform sollte zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen. Mit dem Sozialistengesetz wollte man unsere Partei tödlich schlagen, mit der Sozialreform die Arbeiter einfangen: Zuckerbrot und Peitsche. Was bietet man den Arbeitern mit diesen Gesetzen? Nur eine veränderte Form der Armenpflege. Wir aber wollen nicht bloß an die Verunglückten, an die Invaliden und Kranken denken, sondern eine Sozialgesetzgebung, die es den Gesunden ermöglicht, anständig leben zu können. Eine Rückwärtsbewegung des Alters- und Invaliditätsgesetzes wollen wir nicht, sondern eine Erweiterung und Verbesserung zum Besten des arbeitenden Volkes.

Abg. v. Mantuffel: Die Gesetze sind nicht nur angeblich, sondern in Wirklichkeit für die Arbeiter gemacht. Die Sozialdemokraten reden immer von der Fürsorge für die Arbeiter und stimmen gegen alle Gesetze, welche für dieselben gemacht werden (Sehr richtig! rechts). Wenn die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sich vermehrt, so liegt das an der Agitation der Sozialdemokraten, nicht an den Leistungen derselben. Herr Singer hat auf Vorgänge in meinem Wahlkreise hingewiesen, wo Arbeiterentlassungen stattgefunden haben. Die entlassenen Arbeiter hatten sich sozialdemokratischer Agitationen schuldig gemacht und jeder Arbeitgeber hat das Recht, Agitatoren aus seinem Betriebe zu entfernen. Man weiß ja nicht, ob es nicht vielleicht anarchistische Agitationen gewesen sind. (Widerspruch links.) Aber diese Arbeiterentlassungen wären auch vorgekommen, wenn das Invaliden-Versicherungsgesetz nicht erlassen worden wäre. Diese Dinge gehören also zur heutigen Verhandlung nicht. Herr Richter hat den Konservativen die Verantwortung für dieses Gesetz zugeschoben und behauptet, daß wir dieselbe ablehnen. Das ist durchaus nicht der Fall. Wir haben nur erklärt, daß dieses Gesetz ein sehr verbesserungsfähiges sei und daß hauptsächlich das Markensystem verbesserungsbedürftig ist. Bei der dritten Lesung habe ich damals gesagt, daß man erst in der Praxis Erfahrungen machen müsse, um nach einigen Jahren Verbesserungen zu machen. Ich brauche kein Wort von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen. In einzelnen Teilen des Landes ist das Gesetz ein unpopuläres (Zuruf: verhaßtes), meinetwegen auch verhaßtes Gesetz. Im Königreich Sachsen wird so gut wie gar keine Klage geführt, sondern das Gesetz mit großer Sympathie aufgenommen.

Abg. Weck (frei. Vp.) weist darauf hin, daß der Petitionssturm gegen die Invalidenversicherung nicht einer Agitation seinen Ursprung verdanke, sondern lediglich eine Folge der praktischen Handhabung des Gesetzes gewesen sei; die Verwirklichung war in der Stadt und auf dem Lande und auf Seite aller Parteien gleichmäßig. Die Mißstimmung gegen das Wappergesetz entspringt in Bayern hauptsächlich dem Markensystem. Die Sozialdemokraten sind für die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Gesetzes, welches ihren Tendenzen Vorhieb leistet. Deshalb kann den Anträgen, welche eine Verbesserung und damit eine Erhaltung des Gesetzes wünschen, nicht zugestimmt werden. Durch die Entwidlung der Gesetzgebung ist das Sparen außer Gebrauch gekommen (Lachen bei den Sozialdemokraten); in sozialdemokratischen Versammlungen ist immer ausgeführt worden, man solle nicht sparen, der Staat müsse für die Arbeiter sorgen. Das Gesetz belastet nicht bloß die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeiter, nicht bloß die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie. Als verbesserungsfähig kann das Gesetz durchaus nicht bezeichnet werden; das Gesetz würde trotz aller Verbesserung nur Fick- und Stückerl bleiben. Heßen kann man nicht; das Einzige ist: Fort mit dem Gesetz!

Staatssekretär v. Bötticher: Das Urtheil des Vorredners wird doch in weiten Kreisen der Nation nicht getheilt. Herr v. Mantuffel hat schon gesagt, daß man in ganzen Landstrichen durchaus mit dem Gesetz einverstanden ist. Seit der Diskussion vom 9. Dezember sind bei mir Direktoren der verschiedenen Versicherungsanstalten gewesen und haben mich dringend gebeten, mich durch die abfälligen Urtheile nicht beeinflussen zu lassen. Es sind autoritative Auslassungen bekannt geworden, die sehr viel günstiger urtheilen als der Vorredner. Schon bezüglich der großen Zahl der Unterschriften habe ich gesagt: Wer von den Unternehmern ist denn im Stande zu beurtheilen, ob das Gesetz sich bewährt hat oder verbesserungsfähig ist. Ich besitze, daß die Unzufriedenheit sich darauf zurückführen läßt, daß das Gesetz eine ungewöhnliche Organisation eingeführt hat. Aus dem Bericht einer Versicherungsanstalt, der mir vorliegt, geht hervor, daß das Gesetz sich immer mehr einlebt und nach und nach allgemeine Anerkennung findet. Eine Abneigung mache sich nur bemerkbar unter den ländlichen Arbeitgebern der Gegenden, denen die Vorteile des Gesetzes zugute gekommen sind (Zuruf: Altersrente!). — nicht bloß Altersrente, sondern auch die Invalidenrente. Von hundert Altersrentnern entfallen zweiundfünfzig, von hundert Invalidenrentnern entfallen fünfzehn (unabhängig auf das Land. Auch über das Markensystem sind unberechtigte Klagen erhoben worden, während nach dem Berichte, den ich zitiert habe, diese Art der Leistungsfähigkeit für Beiträge die bequemste Form ist; jede andere Vorgehensweise würde mehr Unstände machen. Das Hebungsverfahren, wie es in Ultona und Hildelheim eingeführt ist, würde für die betreffende Anzahl 75 000 M. Mehrausgabe verlangen und nicht eine so gute Kontrolle gewähren. Ich bin bereit, dazu mitzuwirken, daß die Durchführung des Gesetzes erleichtert wird und ich habe den Gedanken erwogen, ob es sich nicht empfehlen würde, Marken für längere Zeiträume einzuführen. Auch der Gedanke ist nicht zurückzuweisen, an die Stelle der Quittungskarten das Quittungsbuch einzuführen, wie die Regierungsvorlage es wollte; es werden sich Kartellen (Kassen) bilden, um einen Mißbrauch des Quittungsbuches zu verhindern. Grundsätzlich sollte man aber an diesem Gesetz nicht rütteln. Es ist leicht ausgesprochen, jedem invaliden Arbeiter eine Rente zu geben, die durch indirekte oder direkte Steuern aufgebracht wird. Aber wird denn das nicht erst recht die perhorreszierte Armenunterstützung werden? Und welche Summen müßten aufgebracht werden, wenn für jeden Deutschen, ohne Rücksicht darauf, ob Arbeiter oder Arbeitgeber, eine Rente gezahlt werden müßte. Ich hoffe, daß die heutige Debatte das Volk auflären und die Freunde des Gesetzes vermehren wird. Den letzten Vorredner will ich um so dringender bitten, sich mit dem Gesetze zu beschäftigen und dem Volke nachzuweisen, welche Vortheile den Arbeitenden gegenüberstehen. Dann wird er mehr Segen stiften als durch seine heutige Rede.

Abg. v. Stumm (Soz.): Ich bin der Meinung, daß das Markensystem das beste und einzige Bemeismittel ist; denn die Knappschaffstassen und die sonstigen besonderen Versicherungsanstalten führen den Beweis für die Beitragszahlung anders. Das die Wohlthaten für die Arbeiter erst der Industrie hätte abgerungen werden müssen, ist eine seltsame Behauptung der Sozialdemokratie, die gegen alles stimmt, was vorgebracht wird. Wer hat denn Unfallversicherung angeregt? Das Zentrum. Die Invalidenversicherung nach dem Muster der Knappschaffstassen habe ich beantragt, als von Sozialdemokraten noch wenig hier die Rede war. Furcht vor der Sozialdemokratie hat jedenfalls damals

kein Mensch gehabt. Hätte die Regierung das Vorbild der Knappschaffstassen nachgeahmt, dann wäre die ganze Unzufriedenheit nicht entstanden. Dann hätte man alle die Gebäude nicht aufzuführen brauchen, in welchen jetzt die Quittungskarten aufbewahrt werden müssen. Nicht der hochgelohnte Arbeiter müßte die höchste Rente bekommen; er kann sich etwas zurücklegen; sondern die niedrigst gelohnten müßten zuerst berücksichtigt werden. Die einzige Verbesserung, welche der Reichstag herbeigeführt hat, ist die Einführung des Umlageverfahrens, anstelle des Umlageverfahrens. Wenn sich bis jetzt eine Wirkung der Invalidenversicherung nicht gezeigt hat, so liegt das daran, daß noch für die alten Invaliden gesorgt werden muß und schon im Voraus für die zukünftigen. Diese doppelte Belastung wird natürlich unangenehm empfunden. Redner erklärt sich schließlich für die Anträge.

Abg. Enneccerus (nat.) erkennt an, daß in manchen Landesteilen eine erhebliche Unzufriedenheit besteht, daher sei es nöthig, zu untersuchen, ob durch irgend welche Veränderungen eine Verbesserung herbeigeführt werden könne. Deshalb schließt Redner sich dem Antrage v. Staudy an. Der Antrag Nibbichler ist so zu verstehen, als ob er eine allmähliche Abbröckelung des Gesetzes herbeiführen will. Deshalb will Redner gegen den Antrag stimmen. Ein Theil seiner Freunde saßt den Antrag anders auf und wird für denselben stimmen in dem Sinne, daß nicht eine Einschränkung des Gesetzes, sondern nur eine Verbesserung eintreten solle.

Abg. Ulrich (Soz.) wendet sich in einer mehr persönlichen Bemerkung gegen den Abg. von Stumm und weist darauf hin, daß die Invalidenversicherung zuerst von dem Präsidenten des Allgemeinen Arbeitervereins v. Schweizer angeregt ist und Arbeiterkongresse wurden in allen Arbeiter- und Volksversammlungen schon verlangt, als er (Redner) noch ein ganz junger Bursche war. Das nur die Furcht vor der Sozialdemokratie die sozialpolitische Gesetzgebung veranlaßt hat, dafür ist Herr Bismarck Zeuge, welcher dies in den achtziger Jahren ausdrücklich anerkannt hat. In den sechziger Jahren hat Herr Bismarck die Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Gesellschaft ausgepielt, um die letztere in die Arme der Regierung zu bringen. Das jedem Arbeitsfähigen eine Rente gewährt werden soll, sei eine Idee des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, meint Herr von Bötticher. Für dieses Zeugniß sind wir ihm sehr dankbar.

Abg. v. Stumm: Das Herr v. Schweizer einmal von der Versorgung der Arbeiter gesprochen hat, ist möglich, aber er hat hier keinen Antrag gestellt mit praktischen Vorschlägen. Ich habe hier einen Vorschlag gemacht. Uebrigens handelt es sich hier um die Unfall- und Invalidenversicherung, nicht um Arbeiterschutz-Gesetze; gegen die letzteren beiden haben die Sozialdemokraten gestimmt.

Abg. Ulrich: Das haben wir gethan, weil die beiden Gesetze nicht das erfüllten, was die Arbeiter verlangen konnten.

Damit schließt die Debatte. Das Schlusswort erhält von Seiten des Zentrums der Abg. Nibbichler, welcher sich in längerer Rede gegen die sozialdemokratischen Reden wendet, und von Seiten der Deutschkonservativen der Abg. v. Staudy, welcher gegen das Markensystem spricht und die Regierung bittet, sich durch die Berichte des einen Direktors nicht beeinflussen zu lassen, andere Direktoren von Versicherungsanstalten würden sich gegen das Markensystem erklären.

Die Anträge Nibbichler und v. Staudy werden angenommen. Der erste von den Konservativen, dem Zentrum, der Mehrzahl der Freisinnigen und einigen Nationalliberalen, der zweite von den Konservativen, dem Zentrum und den Nationalliberalen.

Schluß nach 6 Uhr.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Handelsprovisorium mit Spanien und erste Beratung der Tabaksteuer.)

## Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission, welche heute ihre erste Sitzung hielt, begann mit der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Der Referent bemängelte die Forderung der Regierung, welche eine Stellenvermehrung verlangt. Es sollen ein Direktor und ein vortragender Rath eingestellt werden, weil die Arbeitskräfte zur Bewältigung des Arbeitspensums nicht ausreichen.

Der Referent Abg. Graf von Limburg-Stirum verlangte aus Sparmaßregeln die Streichung einer Stelle, während der Korreferent Abg. Singer sich für die Vermehrung der Arbeitskräfte im Reichamt des Innern aussprach, weil namentlich die soziale Gesetzgebung und deren Aufrechterhaltung vom Reichsamt des Innern besorgt werde, und durch Mangel an Arbeitskräften nicht lahmgelegt werden dürfe.

Nach eingehender Diskussion, an der sich alle Parteien beteiligten, wurde die Stelle des Direktors mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt, die Stelle des vortragenden Rathes dagegen einstimmig bewilligt.

Die übrigen der Budget-Kommission überwiesenen Titel des Etats des Reichsamts des Innern wurden ohne Diskussion genehmigt. Die Kommission ging darauf über zur Beratung des Etats des Reichs-Gesundheitsamts. Auch hier wird die Schaffung von 2 Mitgliedsstellen verlangt. Der Direktor W. Köhler, welcher diese Regierungsforderung begründete, gab eine umfassende Darstellung der dem Reichs-Gesundheitsamt obliegenden Aufgaben, welches neben statistischen, gutachtlichen und experimentellen Arbeiten auch vielfach Reisen zur Untersuchung sanitärer und hygienischer Verhältnisse zu leisten habe.

Die Forderung auf Vermehrung der dem Reichs-Gesundheitsamt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte fand die Genehmigung der Kommission, welche wegen des Beginns der Plenarberatung ihre Beratung abbrechen mußte und dieselbe Morgen Donnerstag Vormittag weiterführen wird.

## Parteinachrichten.

Volgeiliches, Gerichtlichcs etc.

— Zehn Tage Gefängniß soll der Vorsitzende des Arbeitervereins in Dohua (Sachsen) abtun, weil er sich gegen das Verordnungsverfahren verhalten sollte. Diese Strafe war ihm einfach durch amtlicher Strafbefehl zudittirt worden. Die ganze „Strafthat“ bestand darin, daß er auf dem Platze eine andere und zwar frühere Stunde für Anfang der Versammlung angegeben hatte, als in der polizeilichen Anmeldung. Außerdem war die Wanderversammlung des Vereins durch Platats als eine öffentliche bekannt gemacht worden. Da sich aber in dem betreffenden Nachbarort, wo die Versammlung tagen sollte, ein Einberufer nicht fand (was nach sächsischem Vereinsgesetz nöthig ist), so überlebte man nachträglich die Platats und machte eine Vereinsversammlung daraus. Einige Platats nur waren nicht überlebt worden und so mußte auch dies mit gerochen werden. Hoffentlich hat der Genosse gerichtlichen Entscheid beantragt, denn die Polizei kann wohl kaum das Recht haben, die Art und die Zeit der Einladung zu bemängeln, sondern, wenn die Versammlung bei der Behörde als Vereinsversammlung angemeldet war, so hatte sie wohl nur darüber zu wachen, daß sie seitens der Einberufer auch als solche und nicht als öffentliche behandelt wurde.

— Genosse Jean Martin, ehemaliger Redakteur der „Mittelsächsischen Ztg.“, ist wegen eines Artikels, durch welchen die Polizeidirektion in Straßburg beleidigt sein soll, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden, welche Strafe mit der am 19. Oktober u. J. gegen Martin erkannten viermonatlichen Gefängnißstrafe in eine solche von fünf Monaten umgewandelt worden.

— Genosse Otto Friedrich, Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, wurde zu einem Monat Gefängniß ver-

urtheil, weil er den Gefängnis-Inspektor beleidigt haben soll. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Briefe, den Friedrich während seines mehrmonatlichen Aufenthalts im Breslauer Gefängnis an seine Braut geschrieben hatte und in welchem er sich bitter über die ihm zu Theil werdende Behandlung im Gefängnis beklagte. Die Selbstbeleidigung, die ihm vorher zugebilligt gewesen war, wurde ihm plötzlich, und zwar um jenen Zeitpunkt entzogen, als die „Altenentwendung“ Kunnert's bekannt geworden. In besagtem Briefe hatte er die Behandlung eine „Gicandse“ genannt und behauptet, alles das geschehe nur aus Parteilichkeit gegen ihn als Sozialdemokrat. Der Brief wurde zurückgehalten und Anklage erhoben. In einer früher stattgefundenen Verhandlung hatte der Gefängnisarzt Dr. Gräbisch die Behauptung des Angeklagten, daß der Gefängnisdirektor ihm (dem Arzt) mitgetheilt habe, es geschehe alles dies auf Grund einer Ministerialverordnung, in welcher gesagt sei, allen im Gefängnis stehenden sozialdemokratischen Redakteuren sei die Selbstbeleidigung zu erziehen, als der Wahrheit entsprechend bestätigt und beides zur Vernehmung des Gefängnisdirektors, der mittlerweile verstorben, war der neue Termin anberaumt. Der Gefängnisarzt hatte mittlerweile das Zeugniss gegeben; es wurde von Sachverständigen bezeugt, daß er die letzte Zeit an Gedächtnisschwäche gelitten habe, sein früher abgegebene Zeugnis verworren und friedlich somit unzuverlässig. — Es bleibt doch zum mindesten auffallend, daß ein Gedächtnisschwacher Mann in einem so verantwortungsvollen Amte, wie es das eines Gefängnisarztes ist, belassen wurde.

**Todtenliste der Partei.** Der Genosse Phil Brähmer, Zigarrenmacher in Schwet a. O., ist am 7. Januar verstorben.

Der Genosse Josef Levenbeker, Mainz, ist am Montag unter zahlreicher Theilnahme der dortigen Parteigenossen beerdigt worden.

## Zur Nothstands-Aktion in Berlin.

Der Nothstandsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung setzte am Dienstag Abend die Verhandlung des Antrages Singer und Genossen fort. Der Magistratsvertreter gab eine Uebersicht über die Leistungen der Armenkommissionen und über die Einnahme der Armenverwaltung. Aus der Darlegung geht hervor, daß eine Staatsüberschreitung von etwa 250000 M. für die Zwecke der Armenverwaltung in Aussicht steht.

Der Stadtv. Singer beantragt in Rücksicht hierauf für den Fall der Ablehnung seines Antrages (Erhöhung der Almosen und Pflegegelder) dem Magistrat 500000 M. zu außerordentlichen Unternehmungen zur Verfügung zu stellen.

Die Magistratsvertreter stellten eine Vorlage über Nachbewilligung der bis zum Schlusse des Etatsjahres erforderlichen Summen in Aussicht.

Alsdann gab der in dieser Sitzung erscheinende Vertreter des Magistrats für die Hochbau-Abtheilung eine Uebersicht über die Arbeiten, die innerhalb seiner Verwaltung vorliegen, und erklärte, daß alle genehmigten Projekte in Angriff genommen seien und, soweit dies im Winter möglich, fortgeführt werden. Nach Ansicht des Magistratskommissars kann die Hochbau-Verwaltung nicht viel zur Beschäftigung Arbeitsloser beitragen. Ein ordentlicher Schneefall gebe mehr Arbeitslosen Beschäftigung und Verdienst, als die Bauverwaltung in Wochen schaffen könne.

Große Bauten hätten im letzten Jahre nicht stattgefunden und was etwa noch an Arbeiten in Angriff genommen werden könne, sei wegen der dadurch erfolgenden Vertheuerung nicht im Winter zu beginnen.

Stadtv. Singer wies darauf hin, daß die zur Erbauung eines städtischen Krankenhauses bewilligten Mittel für Vorarbeiten zur Einhebung des Terrains keine Verwendung gefunden haben und daß es wohl möglich wäre, im Winter, wenn auch nicht die Außenarbeiten, so doch die Arbeiten im Innern der Gebäude fortzuführen und dadurch nach Möglichkeit Arbeit zu schaffen. Dadurch, daß ein Magistratsmitglied auf eine das Submissionswesen betreffende Resolution aus der vorigen Sitzung zurückgriff, entspann sich eine lebhafteste Diskussion über die Frage, ob die Stadt ihre Arbeiten im Submissionswege verdingen oder in eigener Regie ausführen solle.

Die Magistratsvertreter treten energisch dafür ein, daß Erstes geschehe und betonen, daß die Verträge, welche die Stadt mit den Unternehmern schließt, vielfach zu Verlust für dieselben führen, weil die Unternehmer sich gegenseitig unterbieten und die Stadt dadurch finanzielle Vortheile habe. Dieser Weg entspreche den finanziellen Interessen der Gemeinde und ein Verlassen desselben zu Gunsten städtischer Regie-Arbeiten sei nicht empfehlenswerth. Der Antragsteller Singer wandte sich gegen das herrschende Submissionswesen und betonte, daß, wie die Vorgänge in London und anderen englischen Städten bewiesen, die Gemeinden, trotzdem sie den von ihr direkt beschäftigten Arbeitern höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit bewilligen als die Privatunternehmer, Regie-Arbeiten billiger herstellen als wenn sie diese Arbeiten an Submittenten vergeben. Die Stadt könne aber auch dadurch schon viel helfen, daß sie ihren Unternehmern die Verpflichtung auferlege, den Arbeitern bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Dadurch würde der Konkurrenz der Unternehmer untereinander, soweit dieselbe auf der Ausbeutung der Arbeiter basire, ein Riegel vorgehalten, weil dann alle Unternehmer die gleichen Verhältnisse in Anbetracht zu bringen hätten.

Was in England und auch zum Theil schon in deutschen Städten geschehe, sei auch in Berlin durchführbar, und nach dem Spruch: „Wo der Wille ist, findet sich auch der Weg“, könne man die Schäden des Submissionswesens zu Gunsten der Arbeiter beseitigen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion äußerte derselbe Magistratskommissar Stadthauptmann Dobrecht: Man solle sich hüten, einen Nothstand öffentlich anzukündigen, weil dadurch nur die Arbeitsscheu und die Begehrlichkeit gesteigert werde. Seine langjährigen Erfahrungen — so meinte der Herr Baurath — sprächen dafür, daß das Niveau der Menschen im Allgemeinen und der Arbeiter speziell herabsinkt, wenn sich eine übermäßige Hilfsbereitschaft gegenüber Arbeitslosigkeit u. s. w. geltend macht.

Zu Stadtv. Singer entgegnete, daß man durch Ableugnen des Nothstands diesen nicht aus der Welt schaffen, daß es eine Vogel Strauß-Politik sei, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse nicht sehen wolle und statt alle möglichen und gangbaren Versuche zur Milderung des Nothstands zu machen, sich der Konsequenzen wegen dagegen sträube, den Nothstand anzuerkennen.

Von einer Seite wurde über die unserem Submissionswesen anhaftenden Mängel Klage geführt und empfohlen bei der Vergabe der Arbeiten die Berliner Unternehmer mehr zu berücksichtigen. Ein anderes Ausschussmitglied wiederholte die Klage über die Einwanderung fremder Arbeiter, welche es schwer, die einheimischen Arbeitslosen mit Beschäftigung zu versorgen. Von dritter Seite wurde beantragt, dem Antrage auf Anagnahme und Hebung der im Etat genehmigten Arbeiten einen Zusatz zu geben, wonach namentlich ordnungsgemäße Arbeiter bei Einstellung berücksichtigt werden sollen.

Der Ausschuss wandte sich nunmehr zu dem Punkte des Antrages, welcher die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden verlangt, um entsprechend mehr Arbeiter einstellen zu können.

Ein Magistratskommissar hatte schon vorher die Ansicht ausgesprochen, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden unthunlich sei, weil erstens die Arbeit dadurch vertheuert werde und zweitens die Stadt kein Recht habe, die Arbeiter zu längerer Arbeitszeit zu zwingen. Der deutsche Arbeiter sei ein *reiner Mann* (so du himmelsdruer See) dem niemand Vorschriften machen dürfe, wie lange Zeit er arbeiten solle. Außer-

dem stehe neben jeder Arbeitszeitverkürzung der Streik und schon heut sei kein Arbeitgeber im Stande, zu verhindern, daß die Arbeiter nach ihrem Belieben aufhören zu arbeiten. Ihm, dem Magistratsredner, sei es lieb, daß die öffentlichen Arbeitsplätze von der Polizei überwacht werden, damit die revidirenden Baubeamten wenn nöthig Schutz vor den widerspenstigen und auffässigen und zu Gewaltthätigkeiten geneigten Arbeitern fänden. Eine mit rother Tinte oder — wie der Redner bemerkte — gar mit Blut geschriebene Postkarte, welche Drohungen gegen einen Kusseher enthielt, diene dem Herrn Baurath als Beweis für seine diebstahligen Ausführungen.

Der Stadtv. Singer hielt es für überflüssig, die letzten Bemerkungen bezug des Drohkarte zu widerlegen. Ueber solche Anfechtungen könne man doch unmöglich ernsthaft diskutieren. Was den Streik anlangt, so sei derselbe ein unter Umständen sehr wirksames und vor allem berechtigtes Kampfmittel, man brauche sich also über die Anwendung desselben nicht zu wundern.

Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden sei das beste Mittel, um Beschäftigungslosen Arbeit zu schaffen und sie vor der bürgerlich degradirenden Armenunterstützung zu bewahren. Der Redner machte auf die literarischen Arbeiten über den Achtstundentag aufmerksam, legte dem Ausschuss einen Bericht über die Verhältnisse einer Anzahl von englischen Städten in dieser Beziehung vor und wies auf die in allerneuester Zeit gemachten Mittheilungen des englischen Kriegsministers hin, wonach in den seiner Zeitung unterstehenden Vertriebenen die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und dadurch für etwa 20000 Menschen Arbeit geschaffen wird.

Alles dies beweihe hinlänglich, daß sein Antrag durchführbar sei, und von den erwünschtesten Folgen begleitet sein würde, weshalb er im Interesse einer wirksamen Bekämpfung des aus Arbeitslosigkeit resultirenden Nothstandes um Annahme desselben erlaube.

Von mehreren Seiten des Ausschusses wurde den vorgelegten Ansichten widersprochen und aufgeführt, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht den Zweck habe, mehr Arbeiter zu beschäftigen, sondern den Arbeitern eine kürzere Arbeitszeit zu schaffen.

Außerdem könne die Stadt keine außerhalb der herrschenden Maxime liegenden Arbeitsbedingungen gewähren und solle die Privatindustrie nicht dadurch schädigen, daß städtische Arbeiter in bezug auf Arbeitszeit besser gestellt werden, als die in Privatbetrieben beschäftigten Personen. Da die Zeit zu vorgerückt war, um die Abstimmungen noch vorzunehmen, so wird der Ausschuss erst am nächsten Dienstag über den Antrag Singer Beschluß fassen und demgemäß an die Stadtverordneten-Versammlung berichten.

## Lokales.

**Bauarbeiter**, richtet euch für einige Jahre auf Hungern ein! Wie bürgerliche Blätter allgemein berichten, wird die im kommenden Frühjahr bevorstehende Bauhätigkeit gering bleiben, wenn sie sich nach den bestehenden Verhältnissen richtet, denn die Zahl der leerstehenden Wohnungen betrug am 1. Oktober noch über 31 000, ohne die eng mit Berlin zusammenhängenden Vororte. Uebrigens hat die Bauhätigkeit in Berlin — ohne Vororte — seit 1890 stetig abgenommen. Auch die Zunahme der Bevölkerung ist seit 1890 stetig zurückgegangen: 1890 betrug dieselbe 49 000, 1891 47 000, 1892 33 000, 1893 32 000 Seelen — Eine noch geringere Aussicht, als das Baugeschäft dürfte in der bevorstehenden Bauperiode das Terraingeschäft haben.

Also, den Hungerriemen angespannt, Bauarbeiter; aber auf jeden Fall Steuern weiter gezahlt.

**Unser Preßgesetz**, das, wie alle „Erzungen“ im Reich der Gottesgüt und frommen Sitte, nichts an reaktionärem Inhalt zu wünschen übrig läßt, hat dennoch einen Paragrafen, in dem sich die persönliche Freiheit nach Gebühr und über Gebühr ausleben kann. Es ist dies der berühmte § 11, der Berichtigungsparagraf, der denn auch amtlich und nicht-amtlich fleißig in Anspruch genommen wird. Ueber die private Benützung dieses Paragraphen bringt die „Voss. Zig.“ einen sehr bezeichnenden Beleg.

In dem ihr zugegangenen Briefe eines auswärtigen chemischen Laboratoriums wird zunächst aufgeführt, keine ungünstigen Artikel gegen das von dem Laboratorium vertriebene Fabrikat aufzunehmen. Die Folge wäre selbstverständlich Entziehung der Anzeigen. Dann heißt es weiter: „Erscheinen solche feindseligen Artikel in Zeitungen, in denen wir nicht inseriren, so ist uns dies nicht gleichgültig, sondern sogar angenehm; wir lassen dann solchen Artikeln unter dem Schutze des Preßgesetzes einfach eine Berichtigung folgen. Dadurch wird für unser Ego ein kleiner Gewinn erzielt, die nicht kostet.“

Wesähe die deutsche Presse neben ihrer Inseratengier auch ein bißchen Respekt vor sich selber, so hätte sie die Pflicht, Anzeigen von Leuten, die mit derartigen Mitteln operiren, überhaupt zurückzuweisen. Aber Ehrgefühl und sechs bis acht Annoncenbeilagen sind zwei Dinge, die vertheilt schlecht zu einander passen.

**Die Direktion der Stadtbahn** hat sich — unglücklich, aber anscheinend wahr — bestrahlt gezeigt, den andern Berliner Verkehrsvereinigungen ein gutes Beispiel in der Fürsorge für die Sauberkeit des Publikums und in zweiter Linie für die Gesundheit der Beamten zu geben. Angesichts der strengen Kälte der letzten Tage hat sie verfügt, daß, sobald das Thermometer unter 10 Grad Celsius sinken sollte, auf dem Bahnhöfen die Beamten stündlich abgelöst werden sollen, damit sie dann in einem tüchtig durchheizten Zimmer eine Viertelstunde pausiren können. Ob sich die Verwaltungen der Privat-Verkehrsinstitute an dieser überraschenden Verfügung ein Beispiel nehmen werden, bleibt abzuwarten. Lebendes Menschenfleisch ist ja billig und kreipirt ein Arbeiter infolge übermäßiger Anstrengungen, so melden sich gleich zehn andere zur Verrichtung der gesundheitschädlichen Arbeit. Also, wozu da „human“ sein?

**Zur Wärmeheilefrage** wird uns von zuständiger Seite geschrieben:

In bezug auf die in der letzten Nummer des „Vorwärts“ berührte ungewöhnliche Art der Vertheilung der eingelegten Gaben in der Wärmeheile ist zu bemerken, daß die Vertheilung seitens der Verwaltung mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit geschieht. Vor Eingang der in allerleichter Zeit zugestellten reichen Gaben konnten unter Berücksichtigung der durch den Ausbau und die Einrichtung des neu hinzugebauten Stadtbahnhöfen verursachten Kosten, die mit der Miete für denselben ca. 7000 M. betragen, nur die Bedürftigsten berücksichtigt werden, wobei jeder einzelne Fall der Zustimmung beider Inspektoren unterlag. Danach haben nun die allgemeinen Vertheilungen stattgefunden, wobei die Gaben geschloffen gehalten werden, um die ordnungsmäßige Vertheilung an je ein Einzelnen zu ermöglichen. Darüber vergehen 1 bis 1 1/2 Stunden, während welcher Zeit, besonders des Nachmittags, die dranhin auf Einlaß Wartenden sich anhäufen. Allerdings trotz des an der Kasse, wo die Speisekarten verkauft werden, befindlichen Plakats, trotz aller dagegen auch mündlich gemachten Verstellungen kommt der Fall vor, daß von den zahlreich die Wärmeheile besuchenden Wohlthäter Einzelne es sich durchsich nicht nehmen lassen wollen, persönlich Speisekarten auszugeben. Dann ist die Ordnung nicht aufrecht zu erhalten. Alles fängt von den Säulen auf den Betreffenden, wobei es vorkommt, daß Einzelne eine größere Zahl von Marken erhalten.

Die Verwaltung ist ängstlich bemüht, das große ihr aus allen Schichten der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen. Wünsche, um sich von dem Gefogien persönlich zu überzeugen, wobei nicht unterlassen werden sollte, die gereichten Speisen und Getränke in der Küche zu prüfen, sind stets sehr willkommen.

Die Gesundheitsverhältnisse Berlins sollen sich nach der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 9 vom Sonnabend Abend) seit einer Reihe von Jahren fortgesetzt verbessert haben. Als Beweis dafür führt das Blatt an, daß die Sterbeziffer für Berlin immer weiter gesunken sei und im Jahre 1893 sogar den niedrigsten Stand dieses Jahrhunderts erreicht habe. Wir haben diese Erscheinung bereits in Nr. 296 vom 17. Dezember vorigen Jahres besprochen. (Definitive Angaben lagen damals erst bis zum Jahre 1891 vor.) Die „Vossische Zeitung“ erklart die hauptsächlichste Ursache des Sinkens der Sterbeziffer in der Ausführung der Kanalisation. Daß diese einen günstigen Einfluß auf die gesundheitlichen Verhältnisse Berlins ausgeübt hat, ist richtig. Aber der Artikelschreiber der „Voss. Zig.“ irrt, wenn er die Kanalisation für die Hauptursache des Sinkens der Sterbeziffer hält. Wir haben in unserem oben erwähnten Artikel ausgeführt, daß die Sterblichkeit in Berlin wesentlich durch die Höhe der Kindersterblichkeit bedingt wird, und daß das weitere Sinken der Sterbeziffer sich zum großen Theil aus dem unmittelbar vorhergegangenen weiteren Sinken der Geburtenziffer erklärt, deren Stand z. B. im Jahre 1890 ebenfalls zu den tiefsten dieses Jahrhunderts gehörte. Wenn verhältnismäßig immer weniger Kinder geboren werden, müssen natürlich auch verhältnismäßig immer weniger Kinder sterben, wodurch selbstverständlich die Zahl aller Sterbefälle vortheilhaft beeinflusst und deren Verhältnis zur Bevölkerungsziffer immer günstiger gestaltet wird. Darauf weist auch das „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ in seinem neuesten Jahrgange, ebenso wie in mehreren früheren, ausdrücklich hin, und selbst der sonst von Lob und Preis unerer „Musterstadt“ Berlin überfließende Bericht über die Gemeindeverwaltung in den Jahren 1882-88“ giebt (auf Seite 130 des 1. Theiles) zu, daß das Herabgehen der Sterbeziffer in diesem Zeitraum nicht nur überwiegend der nach weiter fortgeschrittenen Verbesserung der hygienischen Verhältnisse“ zuzuschreiben sei, sondern auch „genüßig zum Theil mit der Abnahme der Geburtenziffer zusammenhänge“. Das „Jahrbuch“ weist auch nach, daß die aus der Sterblichkeitstafel abgeleitete Sterblichkeit für Berlin thatsächlich höher liegt, als es den Anschein hat, und daß bei Berücksichtigung des Sinkens der Geburtenziffer sich ergibt, daß das Sinken der Sterbeziffer zum mindesten immer mehr nach läßt. In dem Artikel der „Vossischen Zeitung“ ist alles das mit keinem Worte erwähnt. Wir wagen nicht anzunehmen, daß die Ermähnung mit Absicht unterlassen worden ist. Aber selbst wenn es sich nicht um Unehrlichkeit, sondern nur um Unwissenheit handelt, bleibt der Artikel immer noch ein starkes Stück. Wir empfehlen dem Verfasser, in dem neuesten Jahrgange des „Jahrbuchs“ nachzulesen, was dort (z. B. auf Seite 65 und 68) wiederholt über die „oberflächliche Art der Behandlung statistischer Daten“ gesagt ist. Mit den falschen Voraussetzungen des Artikels fällt natürlich auch ein Theil seiner Schlussfolgerungen in nicht zusammen, und die Behauptung, daß sich der Gesundheitszustand Berlins so außerordentlich gebessert habe, erleidet zum mindesten eine harte Abmüdung. Die „Vossische Zeitung“ hat an dieses aus unverständnem Zahlenmaterial herausbewiesene Ergebnis diesmal nicht, wie sonst wohl in solchen Fällen, die Schlussfolgerung geknüpft, daß die Gemeindeverwaltung Berlins eine „Musterverwaltung“ sei, sondern nur, daß der Gesundheitszustand Berlins weniger durch eine strenge Bauordnung als durch eine gute Kanalisation gefördert werde; denn der Gesundheitszustand habe sich ja gerade bei gleichzeitiger rasider Zunahme der Miethkasernen so gebessert. Der Artikelschreiber meint sogar, daß der Erlaß von Bauordnungen auf den Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung überhaupt keinen erkennbaren Einfluß gehabt habe. Das mag sein; aber das liegt am Ende daran, daß die Bauordnungen noch zu milde waren, und auch sein in u s t e n, wenn anders sie nicht der mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unzertrennlich verknüpften Ausbeutungsfreiheit wenigstens auf diesem Gebiete kapitalistischer Unternehmungslust und Profitwuth den Todesstoß versetzen wollten. Wir werden auf dieses Thema nächstens noch einmal zurückkommen, um uns mit der Tante Voh etwas eingehender darüber zu unterhalten, ob der Einfluß der Miethkasernen auf den Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung wirklich so gering ist.

**Der Kirchhoffskandal**, den der berühmte Radiker Max Klinger am Dienstag Abend in der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ aufgeführt hat, wird nach den eigenen Angaben des Künstlers wie folgt dargestellt:

Der Ueberfall sei nicht hinterrücks geschehen, sondern Klinger hat die Schläge in das Gesicht des Gegners verabfolgt. Herunterverwahrt sich Klinger dagegen, daß er die Dunkelheit, die durch das unbeabsichtigte Zertrümmern der elektrischen Lampen hervorgerufen wurde, hat zur Flucht benutzen wollen. Klinger erklärt zur Sache Stauffer-Welti: Brahm habe in seinem Stauffer-Buch seinen Verhältniß zu Stauffer und Frau Welti ein entstelltes Ansehen gegeben. „Ja habe“, so äußert Klinger, „bereits anderthalb Jahre vor Stauffer's Tod ihm die Thüre geöffnet, und zwar in dem Augenblicke, als er eines Morgens mein Atelier in Rom mit der Bemerkung betrat, daß er Frau Welti entführt habe. Abgesehen von der Entrüstung über die Persidie Stauffer's gegen seinen Wohlthäter, sah ich, daß ich von ihm in die erstverlässliche Weise zu Zwecken mißbraucht war, die ich später durchschaute. Am Dienstag Abend fiel mir durch Zufall der Artikel des „Berliner Tageblattes“ in die Hand, in dem Professor Bindwanger in der fraglichen Angelegenheit über mich den Stab bricht. Da nun der Berliner Korrespondent des „V. Tagebl.“ angezogen war, so elkte ich in einiger Aufregung in die Redaktion des Blattes, um den Redakteur nach dem Namen seines Berliner Korrespondenten zu befragen. Als mir immer wieder vorgehalten wurde, daß derartige Auskünfte im Interesse des Redaktionsgeheimnisses nicht ertheilt werden könnten, übermannte mich die Wuth, und ich schlug mit dem Stock nach Engel. Ich bin dann nach der Wache des 30. Polizeireviers zur Feststellung meiner Persönlichkeit durch einen herbeigerufenen Schutzmänn gebracht worden.“

Wie dem auch sei, so geben wir Herrn Klinger doch zu bedenken, daß ihn seine Ehre als Künstler und Mensch davor hätte schützen sollen, zu den Praktiken mordpatriotischer Madanhelden zu greifen. Ein Mann von Ehre überläßt den Gebrauch des Knüttels und des Schießpräpels besser Leuten, die Gesundheitsgemäß ihre Ehre“ nur durch blutige Madanhandel wieder in Fagon bringen können, und deren Ehre daher auch nicht mehr als ein Schuß Pulver werth ist. Leute von Anstand und wirklich ehrlicher Gesinnung sollten daher selbst im Affekt nie zu solcher erbärmlichen That der Vergeltung herabsinken, wie sie von professionellen Praktikern des Militarismus zur Schande des Volkes, denn diese Helden leider angehören, in den erwähnten Schießpräpels- und Knüttelkämpfe Affären kundgegeben wird. Das schloß noch, daß Männer, die durch künstlerisches Können sich einen Platz erobert haben, Arm in Arm mit der Quintessenz aller Pöbelhaftigkeit, dem Geiße des modernen Militarismus, ihr Jahrhundert in die Schranken fordern.

**Kapitalistische Harmonieklänge!** Die „Vossische Zeitung“ wehllagt darüber, daß wir in unserer Besprechung der Freundschaftsvorschläge das Kind beim rechten Namen genannt und klipp und klar dargelegt haben, was es mit der „Unparteilichkeit“ in der Führung eines Arbeitsnachweises für einen Haken hat. Man sollte doch bedenken, überhaupt das factische Vorkommen und Kapitalistenblatt, daß gerade die Mitwirkung der Arbeitgeber für die Existenz des Arbeitsnachweises von a u s f i a g e b e n d e r (!) Bedeutung ist, daß aber die Arbeitgeber nur eine u n p a r t e i l i c h organisierte und geleitete Einrichtung unterliegen können und werden. Die Vossin spottet mit diesen Worten ihrer selbst und weiß nicht wie. Daß sie schon einmal von zwei sich bis aufs Blut bekämpfenden Gegnern eine Waffe unparteilich führen sehen? Und der öffentliche Arbeitsnachweis, wie sie selbst zugeht, ist eine Waffe, die in Besitz zu nehmen, vorausgesetzt, daß

die Freundlichen Vorschläge zu entsprechender Bedeutung gelangten, sich die natürlichen Feinde der Arbeiter, die Unternehmer kraft ihrer heutigen Machtstellung schon angelegen sein lassen werden. Daß die Sache einmal so liegt, erkennt auch die Berliner Arbeiterschaft mit klaren Augen und daher wird, trotz des außerordentlichen Bedauerns ihrer verehrten Organen, der vom „Vorwärts“ vertretene Standpunkt auch der Berliner Arbeiter sein. Die Arbeiterschaft müßte einfach zur fössilen Harmonie zurückkehren, wenn sie anders handelte.

**Die Direktion der städtischen Straßeneinigung in Berlin** sorgt mit dem reichlichen Eifer, der den Beamten unseres manchesterlichen Magistrats zukommt, neuerdings, zur vermuthlichen Freude dieses Magistrats dafür, daß die Frage der Einstellung von Arbeitkräften im städtischen Regime nicht außer Acht kommt und auch im magistratischen Sinne gelöst wird. Wohl um den Ansichten von der Freiheit des deutschen Arbeiters in betreff der Arbeitszeit, die der in der letzten Stadtverordneten-Ausschuss-Sitzung so sehr beachtet gewordene Magistratskommissar zum Besten gab, eine tatsächliche Unterlage zu geben, hat die Direktion in einzelnen Arbeiterabteilungen die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde erhöht. Die Arbeitszeit, die früher von Morgens 7/8 bis Abends 7/8 Uhr gedauert hat, ist plötzlich bis 8 Uhr verlängert worden.

Wir denken, daß diese Probe städtischer Fürsorge für das Wohl und die „Freiheit“ der Arbeiter dem Berliner Proletariat genügen wird. Nur immer weiter so, die Sache wird schon schief gehen.

**Eine fernere Folge des Streiks der Tagameter-Droschkenkutscher** ist, daß bis jetzt zwei Droschkenbesitzer, welche im ganzen circa 40 Droschken im Betriebe haben und von denen 15 ungefähr mit einem „Tagameter“ versehen waren, die letzteren von ihren Droschken haben entfernen lassen. Sie haben diese Droschken dann dem Kommissar für das öffentliche Fahrwesen wieder als einfache Droschken I. Klasse vorgeführt und auch die diese geltenden Tarife wieder erhalten. Derselben befinden sich seit vorgestern bereits wieder im Betriebe und werden von den alten Kutschern auch gefahren. Wenn die Bekanntmachung über die Einführung des weissen Hutcs nicht bald aufgehoben wird, so steht zu erwarten, daß die weniger bemittelten Droschkenbesitzer diesem Beispiele sehr bald folgen werden. Der Tagameter wird dann ebenso schnell wieder aus Berlin verschwinden, als er gekommen ist. Im Falle nun also die qu. Bekanntmachung des Polizei-Präsidenten vom 10. November v. J. nicht aufgehoben wird, soll über diejenigen Droschkenbetriebe, deren Besitzer sich weigern, den Tagameter aus ihren Droschken zu entfernen, die Sperre verhängt werden. Selbstverständlich sind dann alle in dem betreffenden Betriebe vorhandenen Droschken dieser Sperre unterworfen.

**Im christlichen Hospiz zu Potsdam** erschien am Sonnabend der Richtsvollzieher Harnisch, um das gesammte Inventar abzuwägen und fortzuschaffen zu lassen. Dieses christliche Hospiz, das seit etwa 6 Jahren dort in der Alten Louisestraße bestand, hatte schon öfter von sich reden gemacht, u. A. durch eine Gerichtsverhandlung, die zu Tage förderte, daß in dem Hospiz nach Feierabend recht lustige Szenen sich abspielten. Das Hospiz nebst Grundstück gehörte einem ehemaligen Magistrats-Rathen Rosenberger, welcher es selbst mittellos, verstanden hatte, sich die thaltrastige Hilfe der Geistlichen der Friedenskirche und einiger adeliger Damen zu verschaffen. Im Laufe der Jahre hat Rosenberger aber diese Gunst verloren und so kam es, daß er nunmehr von der Gräfin Blumenthal, einer Mitbegründerin des Hospizes verlagert wurde, wodurch schließlich am Sonnabend die Auswägung erfolgte. Das Fortschaffen der Möbel u. s. w. aus den Fremdenzimmern dauerte den ganzen Tag. In einigen Zimmern wohnten Pensionäre und Fremde, u. a. auch die Schwiegermutter eines Generals A. D., welche die Mietten schon im Voraus gezahlt hatten, was aber nicht daran hinderte, das auch aus deren Zimmern die Mobilien entfernt wurden. Auch die Utensilien aus dem Verkauf ließ der unheilvolle Richtsvollzieher fortbringen, so daß am Sonntag der fromme Stadtmissonar keine Sonntagschule halten konnte. Am Montag wurde das Grundstück gerichtlich verkauft.

**Zerschmettern** wollte am Dienstag Nachmittag ein Mann auf der Eisenbahn an der Köpenicker Chaussee alle Leute, die ihm in den Weg traten und nicht auf dem Bauche vor ihm rutschen wollten. Es stellte sich heraus, daß der sonderbare Schlittschuhläufer an Größenvahn litt und man mußte ihn daher an einen sicheren Ort bringen. Mit einiger Schwierigkeit gelang es auch endlich, den gemeingefährlichen Verrückten dahin zu schaffen, wohin er gehörte.

**Polizeibericht.** In der Nacht zum 9. d. M. wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Friedrichstraße, erhängt vorgefunden. — Am 9. d. M. Vormittags wurde in der Lindenstraße vor der Markthalle II eine Frau durch einen Pferdebohrer umgehauen und eine Strecke weit mitgeschleift; sie erlitt anscheinend innere Verletzungen, so daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhause erforderlich wurde. — Mittags erschoss sich ein Handlungsgehilfe in seiner Wohnung, in der Schönhauser Allee. — Im Laufe des Tages fanden 10 Brände statt.

## Gerichts-Beitung.

Die Frage, wie weit das Verteidigungsrecht eines Angeklagten zu begrenzen ist, beschäftigte gestern die siebente Verfassungs-Kammer des Landgerichts I. Der Schankwirt Voigt war polizeilicherseits wegen einer Gewerbeübertretung in Strafe genommen worden. Er beantragte richterliche Entscheidung, hatte aber keinen Erfolg. Die zweite Instanz wurde mit demselben Mißerfolge in Anspruch genommen. Im Termine trat der Kriminalbeamte Große als Belastungszeuge auf. Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde dem Angeklagten das letzte Wort gestattet. Er hat um seine Freisprechung und gebrauchte mit Bezug auf die Befundung des Belastungszeugen die Äußerung: „Es ist doch meistens nicht wahr, was die Kriminalbeamten sagen.“ Wegen dieser Bemerkung stellte der Zeuge Große den Strafantrag wegen Verleumdung. Das

Schöffengericht faßte die Sache ernst auf, es verurtheilte Voigt zu vierzehn Tagen Gefängnis. Im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer aus, daß sich das erste Erkenntnis unmöglich würde aufrecht erhalten lassen. Nach verschiedenen Reichsgerichts-Entscheidungen müsse ein Angeklagter sogar straffrei ausgehen, selbst wenn er wesentlich falsche Thatsachen behauptet, um die Glaubwürdigkeit eines Belastungszeugen zu erschüttern. Es würde eine arge Beschränkung der Verteidigung sein, wenn eine solche Äußerung, wie die in Rede stehende, strafbar sein sollte. Ein Angeklagter müsse doch das Recht haben, die Befundungen eines Belastungszeugen zu kritisieren, da er sich in einem Zustande befinde, der ihn gewissermaßen zur Abwehr eines seiner Meinung nach unberechtigten Angriffs nötige.

Der Gerichtshof war ebenfalls der Ansicht, daß der Angeklagte sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen befinden habe und deshalb straffrei sei. Das erste Urtheil wurde deshalb aufgehoben und ein freisprechendes Erkenntnis gefällt.

**Der Mann des Gesetzes.** Schwere Unbill hat wegen des Mißgriffs eines Nachwächters der Kutscher Pahlke erdulden müssen, der heute vor dem Schwurgerichte am Amtsgericht II stand. Derselbe ist verheiratet, gefesselt, verhaftet und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt worden und mußte trotz sein, daß er nicht am Ende noch verurtheilt wurde. Der Angeklagte steht als Kutscher im Dienst des Bauunternehmers Wädde in Neu-Weihensee. Der heute als Zeuge vernommene Dienstherr befandete unter seinem Eide: „Ich war am 2. Pfingstfeiertage mit meinem Gespann ausgefahren und kam erst gegen 11 Uhr nach Hause. Mein Kutscher, der überaus pflüchtig ist — ich habe nämlich noch niemals einen so tüchtigen, ruhigen und nüchternen Kutscher gehabt, wie diesen — hatte auf meine Rückkehr gewartet, Wagen und Pferd nach dem auf einem sonst unbesetzten Grundstücke befindlichen Stalle gebracht und das Pferd gefüttert. Nach einer Stunde ist er wieder nach dem Stalle gegangen, um dem Pferde noch einmal Wasser zu geben, da ist der Nachwächter Härtel von dem Grundstück gekommen. Mein Kutscher hat ihn gefragt, was er auf dem verschlossenen Grundstück zu suchen hätte und in der That, der Wächter hatte nichts da zu suchen, ich habe ihm keinen Auftrag dazu gegeben. Bald darauf kam Härtel zu mir und sagte mir, er hätte meinen Kutscher verhaftet. Am nächsten Morgen ging ich zum Wächter, um die dem Kutscher abgenommenen Schlüssel zum Stalle zu holen. Der Wächter mußte gar nicht, wo er die Schlüssel gelassen hätte und fand sie endlich in seinen Hosentaschen.“ Aus der übrigen Beweisaufnahme ergab sich, daß der Kutscher thatsächlich dem Nachwächter Vorhaltungen gemacht hatte, was er unbefugter Weise in das verschlossene Grundstück eindringte. Daraus hat der Wächter Härtel den im Nachbarrevier angestellten Nachwächter Hartwich herangeholt. Beide haben gewartet, bis der Kutscher wieder vom Grundstück kam. Alsdann hat Härtel denselben nach Namen und Geburtsort gefragt. Der Kutscher nannte zwar den Namen, nicht aber den Geburtsort, worauf er angefaßt und als Arrestant erklärt wurde. Der Kutscher widersetzte sich der Abführung, indem er einen Baum umklammerte. Ein dritter Mann kam den Wächtern zu Hilfe, dieser schlug den Kutscher so lange in das Gesicht, bis er den Baum losließ. Die Wächter duldeten dies nicht allein, sondern legten nun auch dem Arrestanten Fesseln an, daß dieser blutige Striemen an den Handgelenken davon trug. Am anderen Tage wurde der Kutscher wieder aus der Haft entlassen, doch kam er statt des Wächters Härtel auf die Anklagebank. Das Schöffengericht war aber mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Hlatow, der Ansicht, daß die beiden Wächter nicht in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes waren, es liege daher ein Widerstand nicht vor, weshalb auf Freisprechung zu erkennen sei.

Was geschieht jetzt dem Wächter?  
**Mit welcher Gewissenlosigkeit** bei dem Verkauf von Nahrungsmitteln zweifeln Leben und Gesundheit des ärmeren Publikums in Gefahr gesetzt wird, lehrt eine Anklage wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz (Verkauf verdorbener Nahrungsmittel), welche vor einigen Tagen die Frau Schlächtermeister Marie Emilie Brunzell, geborene Serbermann, aus Friedrichsberg, vor das Schöffengericht am Amtsgericht II führte. Die Angeklagte hat am 31. Mai vorigen Jahres an die Arbeiterfrauen Vogler und Leiffan je ein Pfund Schweinefleisch mit dem Bemerkten verkauft, das Fleisch sei nicht mehr ganz frisch, aber zum Essen gebe es noch. Mit Rücksicht auf die Quantität des Fleisches hat sich die Angeklagte auch nur 10 Pfennige pro Pfund bezahlen lassen. Die Käuferinnen erklärten auf die Frage des Vorstehenden, ob sie sich an dem niedrigen Preise nicht geföhnt hätten, sie hätten geglaubt, das Fleisch werde schon noch genießbar sein, wenn es auch etwas anrüchig sei. Arme Leute dürften nicht so penibel sein (freilich nicht, sonst würde man ja an manchen Orten auf der Freibank kein Fleisch kranker Thiere öffentlich verkaufen. D. R.). Da das Fleisch daheim aber die ganze Wohnung verpestete, wanderte es zum Amtsvorsteher und von diesem zum Gerichtshemiker Dr. Wein. Dieser gab vor dem Schöffengericht sein Gutachten dahin ab, daß ihn die grau-grüne Farbe des Fleisches sofort veranlaßte, nach dem Vorhandensein von Gift zu forschen. Mit Leichtigkeit vermochte er das faulige Gift festzustellen, wie man es in menschlichen und thierischen Leichen, in verdorbenen Fischen und Austern findet. Wäre das Fleisch gegessen worden, so wäre sicher schwere Erkrankung, wahrscheinlich noch der Tod die Folge gewesen. Die Angeklagte vermochte nur anzugeben, daß sie das Fleisch am Tage zuvor in gutem Zustande von einem Engroschlächter auf dem städtischen Viehhofe gekauft und daß es höchstens unter der Hitze gelitten haben könne. Das Urtheil des Schöffengerichts lautete auf 40 Mark Geldstrafe.

## Veranstaltungen.

**Musik-Verein 2.** Donnerstag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, Romantischer 20 (Arminhallen) Vortrag des Herrn Sperling über: Annahmungsformen des Malochverfahrens.  
**Schulchor des Berliner Arbeiter- und Arbeiterinnen** zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 11. Januar, Abends

8 1/2 Uhr, bei Holz, Alte Jakobstr. 75, Lehr- und Übungsstunde unter Leitung des prakt. Arztes Herrn Dr. Ehrlicher.

**Verband deutscher Gelehrter, Feisur- und Verleumdungsmacher-Gesellen.** Zweigverein Berlin (Hilke Süd-Ost). Versammlung am Donnerstag, den 11. Januar, Abends 10 Uhr, bei Grottel, Wallstraße 4. Tagesordnung: Uebersicht über die Verhältnisse.

**Arbeiter-Ladefahrer-Verein „Gevirt.“** Donnerstag, den 11. Januar, Generalfammlung im Restaurant „Zur Gleichheit“ Abends 8 Uhr. Tagesordnung: Uebersicht über die Verhältnisse.

**Arbeiter-Bildungsverein.** Donnerstag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, Unterricht in Deutsch (ant.) D. H. Schule, Markthalle 21; Unterricht in Gesundheitslehre. Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 11; Unterricht in kaufmännischem Rechnen, Korrespondenz und Geschichte (alt).

Bei allen Unterrichtsstunden können Schüler und Schülerinnen auch selbst im Laufe des Semesters eintreten.

**Leser- u. Diskutirkreise.** Donnerstag, den 11. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Grottel, Wallstraße 4. Tagesordnung: Uebersicht über die Verhältnisse.

**Leser- u. Diskutirkreise.** Donnerstag, den 11. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Grottel, Wallstraße 4. Tagesordnung: Uebersicht über die Verhältnisse.

**Arbeiter-Sängerband** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße 11 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80.

**Sänger-Verein** Berlin und Umgegend. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Platanenallee 49, d. 3. Z.

**Donnerstag.** Uebersicht über die Verhältnisse. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Weg. — Kornblume, Blumenstr. 24, bei Wuttke. — Frühlingstr. 59, bei Werner. — Regelmäßig, Annenstr. 18, bei Ehrenberg. — Weiße Rose, Reinholdstr. 9, bei Grottel. — Morgenrot, Rummelsburg, Berlinstraße 9, bei Grottel. — Dorfstraße 11, Wilmersdorf, Berlin- und Auguststr. Ecke der Schul- u. Gunglstr. (Gutmacher), Gunglstr. 24, b. H. Reinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Grottel. — Ost- und Westpreussischer Männer-Sänger-Verein, Neue Königstr. 75, bei Grottel. — Edelweiß 2, Potsdam-Brandenburger Kommunikation 18 bei Grottel. — Vortag, Grünauerstr. 16 bei Trügelmüller. — Freie Sängler, Krauthofstr. 6, bei Wuttke. — Zukunft 3, Berlin, bei H. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Felsenstraße 52-53, Kurth's Salon. — Morgenstrahlen, (Wader), 5-5 Uhr Nachm., Gipsstr. 3 bei Wuttke. — Steiniger, Sängerkorps „Hannover“ Nr. 25 bei Wuttke. — Liedes Echo, Weidenbergerstraße Nr. 145-146 bei Wuttke. — Liedertafel „Held“, Platanenallee 49 bei Wuttke. — Vortag 11, Charlottenburg, Bismarckstraße 80. — Abendrot in Deutsch-Wilmersdorf bei Wuttke. — Sängerkorps der Studenten Berlin und Umgegend, Schulstr. 29 bei Wuttke. — Arbeiter-Sängerkorps Spandau, Donathstraße

## Eine Reichsenquete über die Arbeitsverhältnisse der Kellner

ist mittels schriftlicher, von der Polizei verteilter Fragebogen über Weihnachten im ganzen Deutschen Reich veranstaltet worden. Jetzt mögen die Antworten wieder alle eingesammelt sein und wir haben bis zu diesem Augenblick mit unserer Besprechung gewartet, um nicht das Wenige, was bei der Sache herauskommen wird, durch unsere Kritik der Erhebung auch noch zu gefährden. Es verdient ja auch Anerkennung, daß man sich auf das langjährige Drängen der Kellnerbewegung hin wenigstens jetzt noch entschlossen hat, solche amtliche Feststellungen der unbeschreiblichen Mißstände zu versuchen, unter denen das gesamte Wirtschaftspersonal leidet. Die Schaffung der Reichskommission für Arbeiterstatistik, in der wir durch Genossen Mollenhuth vertreten sind, hat die Sache etwas gefördert. Aber damit ist auch so ziemlich alles Lob erschöpft, das man dieser Reichsenquete soßen kann; immer wieder der alte bürokratische Stiefel! In Einzelheiten hat unsere Kritik gefruchtet; der Geist der neuen Enquete ist aber derselbe, wie derjenige der verfehlten früheren. Das kann jetzt nur so offener ausgesprochen werden, als sich Genosse Mollenhuth bei den Vorbereitungen der Erhebung die ernstlichste Mühe gegeben hat, zu retten, was zu retten war. Die bei G. Heymann in Berlin erschienenen „Protokolle der Reichskommission für Arbeiterstatistik“ (Juni/Juli 1893, 3 Stück) bringen den urkundlichen Beweis dafür.

Der Reichskommission für Arbeiterstatistik war eine Denkschrift des Reichskanzlers vom 15. Juni 1893 zugegangen, welche die Kommission aufforderte, sich über eine Kellnerenquete gutachtlich zu äußern. Der Vorsitzende und andere Mitglieder erwähnen dieselbe in den Protokollen, mitgeteilt wird sie aber beiseite nicht. Jedenfalls sollten nach dieser Denkschrift die Erhebungen wieder durch Vermittlung der Polizeibehörden erfolgen. Hiergegen wandte sich Genosse Mollenhuth ganz richtig zu allererst. Er betonte, daß bei diesem Verfahren das sich ergebende Bild keinen Anspruch auf besondere Zuverlässigkeit haben könnte; es müßte eine andere Art der Enquete ausfindig gemacht werden. Das veröffentlichte Protokoll ist viel zu lakonisch; Genosse Mollenhuth wird den Herren schon gefaßt haben, daß Polizisten keine Leute sind, die Arbeiterverhältnisse richtig beurteilen können, daß die Ausfüllung schriftlicher Fragebogen eine ganz unpraktische Sache ist, und daß die Polizeibehörden, da sie gewohnheitsmäßig keine Berufsorganisation darum fragen, kaum diejenigen Betriebe finden dürften, deren Verhältnisse vor allem der Aufklärung bedürften. Als die Erhebung bereits im Gange war, also hieß es nach der Entscheidung über diese wichtigen Vorfragen, hat sich ja sogar ein bürgerliches Blatt zu einer scharfen Kritik dieser Dinge aufgerafft. Die „Münchener Allg. Ztg.“ schrieb damals:

„In diesen Tagen findet die von Reichswegen angeordnete statistische Erhebung über die Verhältnisse der im Kellnerberufe beschäftigten Personen statt und eine Wolke von amtlichen Fragebögen hat sich über jenen, dem Deutschen theuren Stätten, wo Bachus und Gambinus walten, entladen. Die Fragebogen enthalten 25 Fragen (viel mehr, mindestens 70 mit allen Unterfragen! Red.)... Alles dies ist recht gut und hübsch ausgedacht, „glücklich ist die Form (resp. das Formular) gefaßt“; aber „wird auch schon zu Tage kommen, daß es Fleisch und Knochen vergilt?“ Nach dem Plan des Reichsamtes sollen die Fragebogen für einen Teil der Betriebe von den Prinzipalen, für einen anderen von den Kellnern oder Kellnerinnen schriftlich beantwortet werden. Die armen Kellnerinnen! Wir fürchten, daß manche Hebe, gewohnt den Bierkug, nicht die Feder zu führen, bei dem Anblick der 25 (70!) Fragen einen tödlichen Schrecken bekommen, manches minder zart angelegte Wesen über die „neugierige Fragerer“ in einen hellen Zorn geraten wird. Und doch besleibt sich das Reichsamt einer anerkennenswerten Diskretion; es fragt nur nach den persönlichen Verhältnissen, nicht nach den sonstigen „Verhältnissen“ der Lobung spendenden Damen, auch nicht nach den Trinkgeldern und ähnlichen Beisagen. Ob es aber nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die Erhebung durch Vertrauenspersonen — Männer und eventuell Frauen —, welche sich in den größeren Städten finden lassen, oder durch persönliche Einnahme der Beihilflichen zu bewirken, lassen wir dahingestellt; bei diesem Anlaß hätte auch eines der wichtigsten Momente, die Wohnungsverhältnisse der Wirtschaftsbetriebe, näher geprüft und durch Augenschein festgestellt werden können.“

Wenn man von dem schmebdrigen und kindischen Ton dieser Auslassung absteht (bürgerliche Blätter können ja nun einmal Arbeiterfragen nicht ernst nehmen!), so wird hier von der Bourgeoisie genau derselbe Zweifel und Tadel erhoben, der von jeder für und das Erste und Letzte diesen verfehlten Enqueten gegenüber war. Aber man will es nicht besser machen! Obgleich der babische Fabrikinspektor in der Sitzung der Reichskommission vom 8. Juli mitteilte, daß sich bei der ähnlichen Mäkerenquete in Baden nicht weniger als 80 Prozent der schriftlichen Fragebogen als „ungenügend beantwortet“ herausgestellt hätten (ein Wunder!), ein Argument, das von Dr. Wörtschkeier selbstamerweise für das schriftliche Verfahren gebraucht wurde, blieb man hübsch auf der platten Straße der Bürokratie, statt endlich einmal die einzig richtige, lebendige mündliche Befragung von vornherein zu beschließen, redete die Zeit unnütz tot mit Betrachtungen über die Benutzung der Post und geschlossener Umschläge für die Fragebogen und lehnte den Antrag Mollenhuth, ein anderes Verfahren als die polizeiliche Verteilung schriftlicher Fragebogen zu beschließen, einfach ab. Dem Küchenpersonal ging es ebenso wie dem mündlichen Verfahren. Es wurde beiseite geschoben, weil man dann noch mehr Fragebogen hätte ausgeben müssen, obgleich sich einige Kommissionsmitglieder beinahe lieber für diese Papierschulden entschlossen hätten, als für ein kontradiktorisches Verhör nach englischem Muster, das allen Fragebogen-Verlegungen ein Ende gemacht hätte. Als einziges Ergebnis der Mollenhuth'schen Anregungen ist zu verzeichnen, daß den Beihilflichen die Zusicherung geworden ist, es solle polizeilichersseits aus der durch den Inhalt der Fragebogen etwa erlangten Kenntnis von Ueberschreitungen der Polizeistunde kein Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten genommen werden. Was das besten wird! In Berlin hat man nun nach polizeilichem Befinden ganze hundert, in Leipzig auscheinend noch weniger, in Breslau in sechs, in Frankfurt a. M. nur in zwei Polizeireviere, in München nach einer Einie (!), die man mit dem Lineal auf dem Stadtplan zog, Fragebogen verteilt, und in den kleineren Orten mag es noch schöner hergegangen sein. In Berlin und Leipzig haben die Kellner bereits eingesehen, daß sie beinahe so weit sind als vorher, und sie haben infolge dessen vollständiger Erhebungen durch die eigenen Organisationen beschlossen. Es ist eine Lust, Sozialstatistik zu treiben mit der Reichskommission für Arbeiterstatistik!

Was sodann den vom Reichsamt des Innern entworfenen Fragebogen selbst anbetrifft, so mußte er in der Kommission sehr erheblich abgeändert werden. Beispielsweise handelte er, obgleich der selbster schon bei der Handenquete gemacht worden war, unzulänglich nur von der regelmäßigen Arbeitszeit, nicht von der Ueberarbeit; die Lohnsätze waren nur sehr unvollständig; der Beschäftigt u. s. w. Das wurde wesentlich auf Betreiben des

Genossen Mollenhuth verbessert. Dagegen wurden die von demselben beantragten Fragen nach dem Alter, nach der vorhergegangenen Arbeitslosigkeit, nach den Einzelheiten der Wohnungsverhältnisse, nach den Strafgeboten u. s. w. einfach abgelehnt. In der Schönmalerei der Kellner- und Kellnerinnenverhältnisse that sich besonders der Zentrums-Abgeordnete Viehl als Kommissionsmitglied hervor, was gerade hier ganz nützlich zu betonen ist, weil sich die Christlich-Sozialen neuerdings besondere Mühe um das Kellnerpersonal geben und dasselbe in mehreren Städten thatsächlich für fromme Vereinigungen eingefangen haben. Der Zentrumsmann Viehl bestritt die vom Genossen Mollenhuth geschilderten Schlafstellenmißstände der Kellner und Kellnerinnen sehr hartnäckig; er behauptete, die große Sterblichkeit der Kellner sei eine Folge ihres unregelmäßigen Lebens und gab dabei halb zu verstehen, daran seien sie selbst schuld. Daß die Kellner im Interesse des Geschäftsaufgebens machen müßten (für Zeitungen und Kebab!), kommt „nach seinen Erfahrungen nur ganz vereinzelt“ vor. Die Lage der Kellnerinnen „dürfte in Süddeutschland nicht als eine besonders unglückliche bezeichnet werden“, denn „manche“ hätten sich „durch Fleiß und Sparsamkeit“ soviel Geld erworben, daß sie später einen anderen Lebensberuf ergreifen könnten, und was der Schönfärberei noch mehr war. Die mitgetheilten Proben mögen die Kellner über ihre christlich-sozialen „Freunde“ aufklären!

Was somit bei der ganzen Sache herauskommen wird, kann man nach den Erfahrungen bei den früheren Enqueten heute schon voraussetzen. Diese erste bürokratische Erhebung wird als' das Elend der Proletarier, die im Wirtschaftsgewerbe beschäftigt sind, an der Oberfläche freilegen, sie wird im Statistischen Bureau des Deutschen Reiches fein sauber bearbeitet werden und ergeben, daß „einerseits“ allerdings „manche“ Mißstände vorhanden sind, daß aber „andererseits“ sehr vieles von den Sozialdemokraten „übertrieben“ worden ist und daß die Verhältnisse lange nicht so arg liegen, als sie „von dieser Seite“ geschildert worden sind. Das wird und natürlich nicht abhalten, immer wieder auf unsere Forderungen zurückzukommen, sowohl im Interesse des Wirtschaftspersonals wie anderer Arbeiterschichten, deren Verhältnisse „untersucht“ werden. Man wird dann Zufahrten veranlassen, hier klettern und dort leben — bis man gründlich dazu mitgehört hat, daß alles arbeitende Volk, auch die Kellner, als gewaltige unüberwindliche Macht in unserem Lager ist. Und dann machen wir die Enqueten!

## Soziale Ueberlicht.

**Arbeiterbudget.** Ein der besten Mittel, der herrschenden Klasse den Nachweis zu erbringen, wie erbärmlich die Verhältnisse der Arbeiter im allgemeinen sind, muß seitens der Arbeiter darin gesucht werden, daß sie ihre Ausgaben und Einnahmen genau buchen. Ein Tagelöhner, welcher 2 Jahre lang in einer Eisengießerei in Nürnberg gearbeitet hat, stellt der „Münchener Post“ seine Aufzeichnungen zur Verfügung.

Der Mann arbeitete und verdiente sich 1892 im:

Januar	185 1/2 Stb. à 23 Pfg.	= 41,61
Februar	226 1/2 " " 23 " "	= 52,10
März	240 " " 23 " "	= 55,20
April	202 1/4 " " 23 " "	= 46,63
Mai	293 " " 23 " "	= 67,39
Juni	240 " " 23 1/2 " "	= 56,40
Juli	297 " " 23 1/2 " "	= 69,78
August	240 " " 23 1/2 " "	= 56,40
September	242 " " 23 1/2 " "	= 56,87
Oktober	306 1/2 " " 23 1/2 " "	= 72,03
November	296 " " 23 1/2 " "	= 68,46
Dezember	107 1/4 " " 23 1/2 " "	= 25,32

2816 1/4 Stb. 655,19 M.  
Im November und Dezember mußte der Mann einige Male ausziehen, verdiente aber beim Eisenfahren 14,50 M. und hatte einen Jahresverdienst von 669,69 M. Hiervon gehen ab für Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung 14,56 M., für Miete 90 M., verbleiben 565,13 M. oder in 865 Teile pro Tag 1,55 M. zur Befriedigung sämtlicher Lebensbedürfnisse, für einen Mann, Frau und zwei kleine Kinder. Die Frau hatte keinen Verdienst, weshalb das Budget für den Kopf der Familie pro Tag und Kopf 88 Pfg. betrug. Ein 3 1/2 Jahre altes Kind starb, was eine Extra-Ausgabe von etwa 15 M. verursachte.

Das Jahr 1893 gestaltete sich für den Mann folgendermaßen:

Januar	192 Stb. à 23 1/2 Pfg.	= 45,12
Februar	292 " " 23 1/2 " "	= 68,52
März	240 " " 23 1/2 " "	= 56,40
April	277 1/4 " " 23 1/2 " "	= 65,27
Mai	207 1/4 " " 23 1/2 " "	= 48,52
Juni	175 " " 23 1/2 " "	= 41,22
Juli	80 " " 26 " "	= 7,80
August	239 " " 26 " "	= 62,14
September	120 " " 26 " "	= 31,20
Oktober	142 " " 25 " "	= 35,50
November	195 " " 25 " "	= 48,75
Dezember	202 " " 25 " "	= 50,50
Dezember	104 " " 25 " "	= 26,—

2846 1/2 Stb. 573,14 M.  
Für Miete zahlte der Mann 1893 nur noch 60 M., für Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung 15,60 M., so daß eine Jahreseinnahme von 497 Mark 54 Pfennige verblieb oder in 865 Teile pro Tag 1,95 M. oder pro Kopf und Tag 84 Pfg. Von dieser Summe soll nun Nahrung, Kleidung, Heizung, Steuern u. s. w. bezahlet werden. Für eine Zeitung, ein Buch wird kaum etwas übrig bleiben. Richt dann ein unvorhergesehener Unglücksfall über die Arbeiterfamilie herein, eine Krankheit, ein Todesfall, wird der Mann arbeitslos, dann tritt an Stelle des langsamen Verhungerns die akute Hungersnot, und zwar vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit an, denn der Verdienst hat immer nur gerade hingereicht, den Hunger zu stillen. Aber selbst, wenn der Mann weiter in Arbeit bleibt, so bedeutet das Leben der Kerntzen doch weiter nichts als ein Vegetieren. Wie das alte Jahr beendet, so beginnt für sie das neue, aus einem Jahre hungern sie sich hinüber in das andere. Das sind die Aussichten eines heutigen Lohnflavens.

**Zur Lage der Volksschullehrer.** Die Lehrergehälter im Großherzogthum Oldenburg sind nach Angabe des Schulblatt' so dürftig, daß man verwundert fragen muß, wie es möglich ist, daß für derartige Stellen sich überhaupt noch Bewerber finden. Nebenlehrerstellen II. Klasse sind 128 vorhanden, davon gewähren 53 ein Baargehalt von 95 M., 75 ein Baargehalt von 315 M. Nebenlehrerstellen I. Klasse sind 43 vorhanden. Auf der West sind 108 Hauptlehrerstellen, die theils 700 oder 750 M., theils 800 oder 870 M. bringen, höchstens aber 900 M. baar, vorhanden; in der Marsch sind 98 Hauptlehrerstellen mit 1000—1200 M. 68 Organistenstellen sind da welche

1200—1500 M. Gehalt bringen; einige Stellen davon, etwa 25, bringen mehr. Diese Zahlen sprechen deutlich. Es sind also kaum 25 Lehrer vorhanden, deren Gehalt ein gutes genannt werden darf, ein weiterer kleiner Bruchtheil ist knapp im Stande, sich mit einer Familie zu erhalten, während der weitaus größere Theil mit einem wahrhaften Hungerlohn abgefunden wird. Gerade das geringe Gehalt der Lehrer ist bezeichnend für unseren sogenannten Kulturstaat.

**Welche Anstrengungen seitens der Unternehmer gemacht werden, um dem Arbeiter sein geringes Recht zu verkrümmern, geht wieder recht deutlich aus nachstehendem Fall hervor:** Im Jahre 1890 entließ die Hessische Ludwigsbahn den Weichenwärter Schmitt aus Bodenheim, welcher seit 1880 in ihrem Dienste gestanden und weigerte sich, ihm Pension zu zahlen, weil er sich weigerte, einen Wasserbruch, den er sich in jenem Jahre im Dienste der Bahn zugezogen, operiren zu lassen. Durch Dr. Jourdan klagte Schmitt gegen die Bahn auf Pensionszahlung, vor Gericht erklärten verschiedene Ärzte zeugeneilich, die Operation, welche der Kläger nicht machen lassen wollte, sei leicht und nicht gefährlich, die Operation würde den Kläger wieder diensttauglich gemacht haben. Das Landgericht Mainz und das Oberlandesgericht Darmstadt wiesen nun die Klage ab, da sich der Kläger nach früher ergangenen Entscheidungen des Reichsgerichts der angeforderten Operation habe unterziehen müssen, durch seine Weigerung sei er der Pension verlustig gegangen. Das Reichsgericht erklärte dieses Urtheil für unrichtig und verwies es an das Oberlandesgericht zurück. Die von den anderen Gerichten angefügten Entscheidungen seien bei Klagen auf Schadenersatz ergangen, in diesem Falle handele es sich um Klage auf Erfüllung vertragmäßiger Verpflichtungen. Das Oberlandesgericht verurtheilte nunmehr die Ludwigsbahn dem Klageantrag entsprechend zur Pensionszahlung. Und dies von Rechts wegen!

**Der beste der Staaten.** Die neueste Salanzenliste für Militärämter bringt wieder eine reiche Zahl von feilen Stellen. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es liegt thatsächlich in der Liste: für die Stadt Limburg an der Lahn wird ein Schuldiener für ein Jahresgehalt von 250 Mark gesucht! Alle Achtung, das nennen wir nobel. Viele hohe Staatsbeamte bekommen ebenso viel Taxend und haben dafür nur einen krummen Buckel zu machen. Aber auch in anderer Hinsicht ist die Liste sehr lehrreich. Da wird gesucht: ein Stadtwachmeister für 480 M., für Krone an der Brache ein Magistratsbote und Polizeibeamter für 380 M. Dafür muß der Mann auch noch polnisch sprechen können. Bei dem Gesuche nach einem Hausdiener für das Landgericht I in Berlin heißt es: Die Behörde hat das Recht der sofortigen Entlassung, der Angenommene hat dagegen 14 Tage vorher zu kündigen. Natürlich! Wegen eine Zahlung von 108 M. läßt sich das Amtsgericht auch herbei, besagtem Hausdiener eine standesgemäße Dienstwohnung zu überlassen, für 27 M. liefert sie ihm sogar sein Brennmaterial und für die Benutzung der Wasserleitung muß er jährlich 5 M. zahlen. Ob er für die Benutzung eines Klosets und für das Recht, einen Hauschlüssel führen zu dürfen, auch noch seinen Beamten abladen muß, steht nicht dabei. Für einen Sicherheitsbeamten für Heddorf leistet sich der Staat monatlich 46,50 M. Im Falle der „Würdigkeit“ (so steht da) erhält der Mann nach 3, 6, 9 und 15 Jahren Gehaltszulagen! Ein Nachtwächter für Thorn soll 89 M. monatlich, ein Nachtwächter für Kappeln 80 und ein Lohnschreiber für ein Amtsgericht 20 und 30 M. erhalten.

**Sechs Anis hat man in Dortmund, wie unser dortiges Bruderorgan mittheilt, von seiten der Stadtverwaltung zum Straßenreinigen angestellt. Fehlt es dort an weißen Arbeitslösen oder soll bei den Schwarzen der Anfang gemacht werden mit der Fürsorge für alle Erwerbslose? Die Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung haben gewiß alle gleichem Anspruch auf Berücksichtigung. Wir haben indes leider genügend Grund zu bezweifeln, daß die Stadtverwaltung sich von diesem Gesichtspunkt leiten ließ, sie wird vielmehr die billigere Arbeitskraft gesucht und berücksichtigt haben.**

**Die Versicherungsfrage.** Das in den Anforderungen des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, genügen, ist folgenden Krankenkassen ertheilt worden: der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Lazarett- und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg (G. S.), der Kranken- und Sterbekasse der Tischler und im Tischlerfach beschäftigten Arbeiter für Hamburg und Umgegend (G. S.) in Hamburg, der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkschafts der deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen (G. S.) in Potsdam, der Kaufmännischen Krankenkasse von 1884 in Altona (G. S.).

**Die Opfer des Bergbaues.** Der soeben veröffentlichte Bericht des Allgemeinen Knappschaftsvereins über den Bezirk Dortmund weist uns in Zahlen nach, wie ungeheuer groß die Opfer sind, welche alljährlich von der Arbeit der Bergbau-Industrie gebracht werden. Der Ober-Bergamts-Bezirk Dortmund umfaßt im Jahre 1893 213 Betriebe gegen 210 im Vorjahre. Es gelangten im ganzen 15 726 Unfälle zur Anmeldung, 1881 mehr, als im Jahre 1892. Unter diesen hatten 451 tödlichen Ausgang und 2398 waren schwere Verletzungen, gegen 379 bzw. 2164 im Jahre 1892. Die Zahl der Todesfälle durch Wetterereignisse hat um 75 zugenommen. Die Zahl der Todesfälle hat sich erheblich gesteigert infolge der drei großen Schlagwetter-Explosionen am 1. Februar auf Zeche „General Blumenthal“ mit 20 Todten, 7 schwer und 10 leicht Verletzten, am 18. August auf Zeche „König Ludwig“ mit 10 Todten, 8 schwer und 2 leicht Verletzten, und jener großen Katastrophe auf Schacht „Kaiserstuhl“ der Zeche „Wesfalia“, bei welcher 62 Bergleute getödtet, 7 schwer und 8 leicht verletzt wurden. Auch im allgelaufenen Jahre war die Zahl der Rentenansprüche wegen angeblich durch Betriebsunfall entstandener Bruchleiden noch erheblich. Von 109 Fällen wurden 108 als nicht entschädigungspflichtig zurückgewiesen und nur ein Fall als rentenberechtigt anerkannt. Die Verwaltungskosten beliefen sich auf 163 411,23 M., gegen 175 054,23 M. im Vorjahre. Die Aufwendungen für das Beiljahr betragen 295 328,33 M. gegen 157 326,57 M. im Jahre 1892. Die Gesamtsumme der gezahlten Unfallentschädigungen läßt sich vor Abrechnung mit der Post noch nicht ziffermäßig feststellen. Zur Anweisung gelangten 2 543 777,75 M. gegen 2 118 151,22 M. im Jahre 1892, also etwa 20,2 pCt. im abgelautenen Jahre mehr. Die Gesamtumlage einschließlich Verwaltungskosten und Einlage zum Reservefonds beläuft sich auf 3 729 700,14 M. gegen 3 349 322,53 M. im Jahre 1892, also 380 377,59 M. oder etwa 11 pCt. mehr. An 136 Wittwen wurde eine Gesamt-Abfindungssumme von 91 043,47 M. oder im Durchschnitt für jede wieder-verheiratete Wittwe 669,43 M. gezahlt, 1892 betrug die Zahl der abgefundenen Wittwen 122 mit einer Abfindungssumme von 78 902,88 M., auf jede entfiel somit im Durchschnitt 648,72 M. Ferner wurden 10 Ausländer mit 6186,77 M., im Durchschnitt jeder mit 618,67 M. abgefunden, gegen 1892 13 Ausländer mit dem Gesamtbetrag von 12 654,04 M. und durchschnittlich 974,16 M. Rentenberechtigt waren am Schlusse des Jahres 1893 1031

Witwen, 3622 Waisen und 119 Apendenten und 5565 Verletzte, insgesamt 10 687 Personen gegen 9059 Rentenberechtigte im Jahre 1892. Von dem bedeutenden Geschäftsumfange giebt ein Bild die zur Abwendung gelangten Schriftsätze, nämlich 121 631 Stück oder täglich durchschnittlich 405 Stück gegen 1892 103 808 oder täglich 346 Stück. In dieser Hinsicht hat sich somit der Geschäftsverkehr um 17 pCt. gesteigert. Es fanden 58 Nachuntersuchungstermine statt, in welchen 2457 Rentenempfänger zur Vorstellung gelangten. Der Erfolg dieser Untersuchungen ergab eine Rentenersparnis an Jahresrenten von 184 367,50 M. Das Schiedsgericht der Sektion II hielt 112 Sitzungen ab, in welchen 975 Entscheidungen gefällt wurden; unter diesen fielen 135 gegen die Sektion aus. Rekurse wurden im ganzen 294 eingelegt gegen Schiedsgerichts-Urtheile; aus 1892 übernommen 120. Von diesen 424 wurden 246 zu Gunsten, 83 zu Ungunsten der Sektion entschieden, 3 wurden vor der Verhandlung zurückgezogen.

Welche Niefenprofite die modernen Industrie-Kartelle ihren Mitgliedern in die Taschen und Trüben werfen, zeigt folgendes Beispiel. Für die durch ein Kartell zusammengefügten Zuckerraffinerien Oesterreich-Ungarns stellte sich der Nutzen für Regie und Gewinn im Jahre 1890 auf 5,85 Gulden, 1891 auf 6,58 Gulden, 1892 auf 8,25 Gulden und 1893 im Oktober auf 10,02 Gulden für den Doppelzentner. Der Reingewinn, den die Fabriken allein durch Ausnutzung des Kartells erzielt, betrug im letzten Jahre rund 4 Gulden. In Oesterreich-Ungarn werden jährlich 2,8 Millionen Doppelzentner Zucker verbraucht; 11,2 Millionen Gulden also beträgt die jährliche Steuer, welche das Kartell den Konsumenten auferlegt. Aber auch das genügt dem Nimmermatt noch nicht. Es könnte ja eine neue Raffinerie entstehen und die Kreise des Kartells stören. Es soll deshalb noch eine neue Vereinigung geschaffen werden. Die Rohzucker-Fabriken in ihrer Gesamtzahl sollen sich verpflichten, ihre Produkte entweder für den Export oder für eine der Kartell-Raffinerien zu liefern; als Gegenleistung zahlt dafür das Kartell aus eigener Tasche an den Staat die Nachtragsteuer, welche bisher die Rohzucker-Fabriken entrichten müssen.

Gelingt der Plan — und ein Plener hindert ihn sicherlich nicht — dann ist die Neuerrichtung einer Zuckerraffinerie in Oesterreich auf Jahre hinaus unmöglich gemacht, und die Preissteigerung des Zuckers kann lustig ihren Fortgang nehmen.

Zur Pflege ihrer Aktionärsinteressen haben die Wiener Genossenschafts-Bankvereine, welche in einem Verband vereinigt sind, kürzlich einen Betrag von 40 000 Gulden bewilligt. Der Verband hat für diesen Zweck ein Haus mit Garten und Wiesenland um den Preis von 23 000 Gulden angekauft; das Grundstück befindet sich in sehr günstiger Lage, sodaß es für seine Zwecke sehr geeignet wird. Die Einrichtungs- und Abtransportkosten sind mit 1500 fl. veranschlagt; die laufenden Jahresausgaben wurden, wie folgt, berechnet: Verwaltungskosten 3650 fl., Ausgaben für Arzt und Medikamente 420 fl., Verpflegung 6300 fl., in Summa also 10 370 fl.

Die 48 Stundenwoche, welche, wie wir bereits mittheilten, fortan in den Kammverhältnissen Englands die übliche Arbeitszeit bilden soll und zwar ohne Verklärung der Löhne, bedeutet einen großen Sieg der Verfechter des 8 Stunden-tages. Ueber 20 000 Arbeiter werden von dieser Maßnahme betroffen. Wichtig ist das Eingeständnis des Kriegsministers, daß die angeführten Versuche ergeben haben, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag die Qualität der Arbeit sich ganz wesentlich verbessert habe, die Quantität aber nur in unmerklichem Grade verringert worden sei. Mit der Einführung dieser Reform dürfte aber auch mit dem System der Ueberzeit-Arbeit endgiltig gebrochen sein, so daß allmählich auch eine größere Zahl Arbeiter in diesen Staatsverhältnissen Beschäftigung finden können. Dem Vorgehen des Kriegsministers wird sich sein Kollege in der Admiralität wohl nachgeben müssen, und bei der durch die beabsichtigte Verstärkung der Flotten bevorstehenden regen Tätigkeit in den Schiffswerften eröffnen sich darum günstigere Aussichten für mehrere Tausende jetzt zur Unthätigkeit gezwungener Hände.

Eine solche Reform läßt man sich eher gefallen, als die unter der Firma „Sozialreform“ in Deutschland übliche. Ist die Maßnahme aber einmal in den Staatsverhältnissen eingebürgert und hat sie sich bewährt, so dürfte die Regierung auch der Forderung der Arbeiter, den Achtstundentag gesetzlich festzulegen, geneigter sein, so daß dies Gesetz nur noch eine Frage der Zeit sein kann — in England.

Wie die russischen Bauern leben. In „Free Russia“ (Frei Rußland) finden wir die Beschreibung eines russischen Statistikers, nach welcher eine Bauerfamilie von 8 Mitgliedern, wovon zwei voll arbeiten, in Rußland das Jahr durchschnittlich 108 M. braucht (5 Pfd. St. 7 Schillinge 8 Pence) oder nicht ganz 9 M. den Monat! Die größere Hälfte dieser Summe ist für Instandhaltung der Hütte und des Landes, die kleinere — 52 1/2 M. — für Nahrung, Kleidung und Steuern, mit Mische u. Mehrere Rubel nimmt fast die Hälfte der Summe in Anspruch: 24 1/2 M. Von den übrig bleibenden 28 1/2 M. hat die Familie sich das zum Leben Nötige zu kaufen, Kleidung und Viehfutter, soweit das hiesige Land es nicht liefert, eingeschlossen. Nimmt man nun auch an, daß die Lebensmittel-Preise im ganzen um ein Drittel bis die Hälfte niedriger sind, als bei uns, so erhält aus diesen Ziffern doch, in welcher erbärmlicher Lage der russische Bauer sich befindet.

Eine Kohlenkrise herrscht gegenwärtig in Rußland, hervorgerufen durch Arbeitermangel in den Kohlengruben. Die Lage der Kohlengruben in Rußland ist nämlich eine solche erbärmliche, daß selbst die anspruchsvollen russischen Arbeiter nur vorübergehend sich zu dieser Arbeit herbeilassen. Der Mangel an Kohlen ist so groß, daß verschiedene Eisenbahnen bereits ihre Mobilitätsvorräthe angriffen mußten. Bei jeder der regelmäßig wiederkehrenden Kohlenkrisen erinnert sich der Staat seiner Pflicht und das Ministerium erläßt dann regelmäßig „Warnungen und Anregungen“ an die Kohlenindustriellen, für ihre Arbeiter etwas zu thun, Wohnungen und Schulen zu bauen, was den Kohlenbaronen natürlich niemals einfällt.

Ver sammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 9. Januar seine vierteljährliche Generalversammlung ab. In der üblichen Weise ehrte die Versammlung zunächst das Andenken des kürzlich an der Proletarierkrankheit verstorbenen Genossen Rndtschke. Der Vorsitzende Bielick gab hierauf einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes bezw. des Vereins im verwichenen Jahr. Der Vorstand habe das Bewußtsein, im vollsten Maße seine Schuldigkeit getan zu haben, leider könne dasselbe nicht von allen Vereinsmitgliedern behauptet werden. Friß pflichtete letzterem bei und erwähnte die Genossen, im neuen Jahre vollzählig am Platze zu sein, wenn der Ruf bei Flugblattverbreitung u. an sie ergehe. Weiter wendete sich Friß gegen einen in der „Neuen Zeit“ enthaltenen Artikel des Genossen Borchardt, worin derselbe die glänzenden Erfolge bei der Reichstagswahl namentlich im 3. und 5. Kreis der eifrigen Agitation der Kaufleute zuschrieb. Die äußerst geringe Beteiligung der Kaufleute bei den Kommunalwahlen — zusammen in den drei Bezirken des 3. Kreises haben von 2262 eingeschriebenen kaufmännischen Wählern bei den letzten Stadtverordnetenwahlen 593 freimüthig und nur 60 sozialdemokratisch gewählt — rechtfertige diese Behauptung keineswegs. Schweizer billigte gleichfalls nicht, daß sich die Kaufleute derartig auf-

hohe Pferd setzen. Nicht die Agitation der Kaufleute, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse haben den Wählern die Augen geöffnet und unserer Partei zugeführt. Kpelt konstatierte, daß dem Wahlverein sehr wenig Kaufleute angehören. Köster, obgleich selbst Kaufmann, erhebt aus dem Artikel Borchardt's, daß die Kaufleute leider noch sehr viel Dunkel zu besitzen scheinen. Borchardt bestritt, daß aus seinem Artikel irgend welche Ueberhebung hervorleuchte. Er wollte damit lediglich seinem Kollegen Zürl zu Hilfe kommen, der auf dem Kölner Parteitag bei der Agitation besondere Rücksichtnahme auf das kaufmännische Proletariat verlangte und faste das in der „Neuen Zeit“ behauptete aufrecht. Köster äußerte noch, das Wissen vom Sozialismus sei leider beim Kaufmann geringer als beim ersten besten Fabrikarbeiter. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kräker, 2. Vorsitzender Baderwig, 1. Kassierer G. Schulz, 2. Kassierer Seegen; 1. Schriftführer Köster, 2. Schriftführer Mahle; Beisitzer Wartenberg. Zu Revisoren wurden Gashed, Kohlschardt und Alboldt gewählt. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, gegen Nachzahlung von 20 Pfennig das Protokoll des Kölner Parteitages durch die Jahrestellen an die Mitglieder zur Verteilung zu bringen. Ferner gelangte folgender Antrag Schweizer's zur Annahme: „Die Generalversammlung beschließt: Bei vorkommenden Differenzen zwischen Mitgliedern, wenn ein Antrag auf Untersuchung oder Schlichtung der Streitigkeiten gestellt ist, haben diese sich nur an den Vorstand zu wenden. Sollte hier das Urtheil nicht zur Zufriedenheit ausfallen, dann steht ihnen der Weg zur Generalversammlung offen. Unter keinen Umständen dürfen derartige Erörterungen in öffentlichen Mitglieder-Versammlungen stattfinden.“ Von Koch wurde bekannt gegeben, daß die in der vorigen Generalversammlung von Bielick gegen Heinrich erhobene Beschuldigung nach genauer Untersuchung sich als unwar herausgestellt hat. Zum Schluß wird bekannt gegeben, daß das Stiftungsfest des Vereins am 14. Januar in der Ressource stattfindet.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis hielt am 9. Januar seine Generalversammlung ab, zu der sich die Mitglieder zahlreich eingefunden hatten. Dieselben ehrten in der üblichen Weise das Andenken der verstorbenen Mitglieder, Genossen Karl Hoppe und Schürle. Genosse Vogt verlas dann folgenden Kassenbericht für die Monate Oktober, November und Dezember 1893: Einnahme 772,50 M., dazu Bestand vom vorigen Quartal 375,21 M., zusammen 1148,11 M. Die Ausgabe betrug 963,19 M., so daß in das neue Jahr 184,92 M. Bestand übernommen sind. Der Vorsitzende berichtete hierauf, daß im letzten halben Jahre 9 Versammlungen abgehalten und 3 Broschüren an die Mitglieder vertheilt sind. Ein Mitglied, den Tischler Chojnaki, schloß der Vorstand aus, weil er erwiesenermaßen im Dienste der Polizei stand. Genosse Böhm bedauerte im Vorstandsbericht des weiteren die geringe Beteiligung der Genossen an den Wahlvereinen; von 151 000 bei der letzten Reichstagswahl in Berlin für uns abgegebenen Stimmen sind in den Wahlvereinen nur etwa 5000 Mitglieder. In den Wahlvereinen Hamburgs, das 70 000 sozialdemokratische Stimmen hatte, sind dagegen 17 000 Genossen. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Bericht nicht. Es kam vielmehr sofort der Antrag Baumgarten auf Theilung des Vereins in zwei Vereine, einen für den Osten und einen für den Südosten, zur Verhandlung. Genosse Bengels begründete denselben und wies den Vergleich mit Hamburg zurück. In Flugblattvertheilung, Aufbringung von Parteigeldern und Erzielung hoher Stimmenzahlen bei den Wahlen ständen die Berliner Genossen den Hamburgern nicht im geringsten nach. Das Experiment des f. J. im „Vorwärts“ veröffentlichten Reorganisationsplanes sei nicht nöthig, da die Berliner Genossen in tausend Vereinen organisiert sind, was in Hamburg nicht der Fall sein werde. Man solle lieber zu der früheren Form zurückgreifen, wie es der vorliegende Antrag wolle, dann könne das Reorganisations-Experiment ja in dem Verein für den Südosten versucht werden, und wenn es dort Erfolg bringe, so werde selbstverständlich der Verein für den Osten nicht zögern, sich ein Beispiel daran zu nehmen. Genosse Böhm bekämpfte den Antrag Baumgarten und hob hervor, daß zwar Flugblattvertheilung und Ausbringen von Geldern Hauptfachen, aber doch nicht die einzigen seien. Unter der jetzigen Form biete der Wahlverein zu wenig, nicht einmal eine Bibliothek habe er; dabei sei doch Aufklärung, Verbreitung von Wissen der Hauptzweck der Wahlvereine. Um Referenten besche große Noth, hervorragende Kräfte seien kaum zu haben, und deshalb bleibe die Versammlung des Vereins im Allgemeinen spärlich besucht. Daher empfehle er Reorganisation, die sich im 6. Wahlkreis und in Hamburg bereits bewähre. Genosse Mattutat stimmt ihm bei und macht gegen die Theilung des Vereines geltend, daß sie nachtheilig, zersplitternd auf die Agitation wirken werde. Die Genossen Karl Scholz, Baumgarten, Vogt und Stein sprachen für die Theilung, die Genossen Dr. Heymann, Glöck und Jubel dagegen. Genosse Gadegast trat für Beibehaltung des jetzigen Zustandes ein und brachte einen entsprechenden Antrag ein. Genosse Jubel erklärte, eine Spaltung des Wahlvereines wäre tief zu bedauern. Er wendet sich auch gegen den Antrag Mattutat und meint, wenigstens sollte man noch mit der Reorganisation abwarten, wie sich die Sache im sechsten Wahlkreis bewähre. Letzteren Vorschlag formulirte Redner als Antrag. Genosse Baumgarten zog schließlich seinen Antrag zurück und die Versammlung lehnte den Eintritt in die Debatte über den Reorganisationsvorschlag der Genossen Böhm, Ledebor und Mattutat ab. Sie vollzog vielmehr sofort die Vorstandswahl und bestimmte die Genossen Dr. Heymann zum Vorsitzenden, Hermann Vogt zum Stellvertreter, Jubel zum ersten, Uebischer zum zweiten Schriftführer.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 9. d. M. im Kolberger Salon seine erste diesjährige recht zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Vereinsmitglieder Nebhun und Erdmann in üblicher Weise und hörte sodann einen Vortrag des Genossen Hoffmann über die Frage: „Wann beginnt die Revolution?“ Redner zeigte, daß der Tag der „friedlichen“ Revolution nicht erst anbrechen brauche, daß wir vielmehr bereits inmitten dieser Rehen. Die „blutige“ Revolution wünsche die Sozialdemokratie nicht, aber fürchte sie auch nicht. Ein eventueller Ausbruch einer blutigen Revolution hänge von der Gestaltung der Verhältnisse ab. Dem Vortrage folgte eine rege Diskussion. An die Mitglieder erging nochmals die dringende Aufforderung zur Abgabe ihrer genauen Adressen beim Hauptkassierer oder in den Jahrestellen bequämschneller Verbreitung der Protokolle vom Kölner Parteitage. Eine längere Erörterung fand die Kellnerfrage in dem Parteigenosse Lokale. Wie behauptet wurde, zahle Herr Pape mit die niedrigsten Kellnerlöhne. Auch sollte die beiden bei ihm arbeitenden Kellner nicht vom Arbeitsnachweis der organisierten Gastwirthschaftsbesitzer, sondern von einem Kommissionär bezogen worden sein, welcher für eine Stelle 10 M. gefordert und 8 M. erhalten habe. Diese Angelegenheit soll durch die Delegirten der Kellner der Gewerkschaftskommission unterbreitet werden.

Der Verband der Sattler und Tapezire tagte am 6. d. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Jahresbericht. Nach einer Uebersicht über die Zahl der Versammlungen und Sitzungen gab der Kassierer den Kassenbericht für das 3. Quartal, der in Einnahme 186,98 M. aufweist, dem eine Ausgabe von 154,30 M. gegenübersteht. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Blum; Kassierer Matschule; Schriftführer Förster; Beisitzer Pfeffer und Lange; Revisoren Standke und Stör und als Bibliothekare Bongray und Sikrski.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Vertheilung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie mahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt derselben identisch zu werden.

Zum Dank der Philharmonie. Genossen und Kollegen! Seit einigen Jahren ist der Dank über die Philharmonie verhängt und auch mit Erfolg ausreicht erhalten worden, denn keine Gewerkschaft, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, hält dort ihre Feste ab. Nur der Verein Berliner Hausdiener hält es für notwendig, am Sonnabend, den 27. Januar, in diesem Lokal seinen Maskenball abzuhalten, trotzdem besagter Verein schon zu wiederholten Malen behauptet hat, er stände auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, und der Berliner Lokalkommission gegenüber erklärte, nicht mehr gesperrte Lokale zu benutzen, hat der betreffende Verein es doch nicht unterlassen, im September v. J. im gesperrten Keller'schen Lokal, Köpnickstraße, und jetzt wieder, wie oben angeführt, nach der Philharmonie zu gehen. Genossen und Kollegen! Wir meinen, es muß hier thätigst vorgegangen werden, und zwar so, daß jeder zielbewußte Arbeiter in dem Lokal wo er verkehrt, vom Wirth verlangt, das Lokal u., welche Anzeigen von der Philharmonie enthalten, entfernt werden, widrigenfalls man solches Lokal einfach vermerkt und dort nicht weiter verkehrt, wir bitten die Genossen und Kollegen, in ihrem Kreise dafür zu agitiren, daß niemand die Philharmonie resp. die Feste des Vereins Berliner Hausdiener, welche in diesem Lokal stattfinden, besucht, oder jeder dafür Sorge trägt, daß den betreffenden Leuten der Besuch besperrter Lokale ein für allemal verleidet wird.

Also Genossen und Kollegen, beweist am 27. Januar, daß man Beschlüsse der organisierten Arbeiterschaft nicht ungestraft verlegt.

Die Agitationskommission der Haus- und Geschäftsdienner Deutschlands.

Eingelassene Druckschriften.

Zu dem Nachlaß Friedrich Albert Lange's haben sich wissenschaftliche Aufsätze über Erziehung und Erziehungsgeschichte vorgefunden, die beweisen, wie eingehend sich der berühmte Philosoph auch mit diesen Gegenständen beschäftigt hat. Der erste bezügliche Aufsatz ist vor kurzem in den „Monatsheften der Comenius-Gesellschaft“ veröffentlicht worden; weitere Beiträge werden folgen. Im Märzheft des kommenden Jahrganges wird O. A. Güssen, der Biograph Lange's, um Theil gefügt auf die neuen Beiträge, die Bedeutung des Verstorbenen für die Erziehungslehre darlegen, die bisher nicht genügend beachtet worden ist.

Die Waffen nieder. Das neueste Heft (12) der unter der Redaktion von Vertha von Suttner im Verlag von C. Pierzon in Dresden erscheinenden Zeitschrift hat wiederum einen mannigfaltigen und reichhaltigen Inhalt. Wir heben aus demselben Nachstehendes hervor: Dr. Robert Böhm: International und Anti-National. — M. G. von Suttner: Die Soldaten der Zukunft. — Eine Frage. — Moritz Adler: Das Ei des Kolombus. — M. Roda-Roda: Ein Jufar. — Joseph Perouz: Eucere Nationalitäten. — Karl Graf Coronini: Wälfrieden. — „Zeitschau.“ — „Für den Krieg.“ — „Gegen den Krieg.“ — „Vermischtes.“ — „Korrespondenz.“ — „Literarisches.“ — „Briefkasten“ u. s. w. — Bei reichem Inhalt kosten „Die Waffen nieder“ jährlich nur 6 M. bei vorzüglicher Ausstattung.

Die gefiederte Welt. Wochenchrift für Vogel-Liebhaber, von Dr. Karl Huß, Magdeburg.

Sozialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Karl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 250 M.). Die soeben erscheinende Nr. 15 hat folgenden Inhalt: Der Gesehentwurf betreffend die Abzahlungsgeschäfte. Von Amtsgerichtsrath Hermann Jastrou. — Intensifikation der Arbeit und Verkürzung der Arbeitszeit. Von Carl Girsch. Gesehentwurf gegen Güterschächtereien. — Abnahme der Landbevölkerung in Preußen. — Arbeitsnachweis in Rußland. — Die Akkumulation des Reichtums in Amerika. — Der Abschluß der Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in deutschen Ladengeschäften. Von Max Kuard. — Aenderungen der ortsüblichen Tagelöhne. — Kindliche und jugendliche Arbeiter in der deutschen Industrie. — Ländliche Arbeitsverhältnisse in Irland. — Schutzartell der braunschweigischen Kaliverke. — Schutz der Arbeiter in Töpfereien. — Die Größe der Unfallgefahren in der Industrie. — Siphonem für Pferdebahnturfscher. Von Georg Ledebor. — Universitäts-Ausdehnung in England. — Chantanooga.

Neue Revue. Wiener Literatur-Zeitung, Herausgeber: S. Dölen, Dr. Ed. Weingraf. Wien I. Verlag Wallnerstraße 9. Preis Ausland vierteljährlich 3 M. 50 Pf. (Erscheint wöchentlich.)

Briefkasten der Redaktion.

Conrad M. in Schenkubig. Das Buch enthält werthvolle, aber kritisch zu lesende Materialien zur Geschichte des Sozialismus, aber keine zusammenhängende Geschichte. Es ist keineswegs vollständig, soweit es sich nach den bisher erschienenen Lieferungen beurtheilen läßt. Uebrigens hat der „Vorwärts“ schon vor 4-5 Monaten eine Besprechung des Buches gebracht. V. Z. 97. Ist die Dauer des Miethvertrages auf 1 Jahr bis 1. April 1894 mit Kündigung 3 Monate vor Ablauf des Vertrags vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 31. Dezember in den Händen des Vermiethers sein. Gelangt die am 31. Dezember zur Post gegebene eingeschriebene Kündigung durch eine Verzögerung im Postbetriebe erst am 1. Januar in die Hände des Vermiethers, so muß der Miether diesen Zufall tragen. Wird aber der eingeschriebene Brief dem Vermiether durch dessen Verschulden, dadurch z. B., daß er am 31. Dezember nicht zu Hause war, erst am 1. Januar bestellt, so ist die Kündigung trotzdem rechtzeitig.

Ab. H. 1. Wenn ein Miethvertrag nicht innerhalb 14 Tagen nach dessen Abschluß gestempelt wird, so unterliegen Vermieter und Miether der Stempelstrafe. 2. Der ursprünglich auf 1 Jahr oder für eine jährliche Miethe auf einen längeren Zeitraum geschlossene schriftliche Miethvertrag hat sich dadurch, daß Sie nach Ablauf der Mietzeit wohnen geblieben, stillschweigend auf ein Jahr verlängert und verlängert sich jedesmal auf ein weiteres Jahr, wenn Sie bei Ablauf des betr. Jahres nicht ausziehen. Daß Sie keinen neuen schriftlichen Vertrag erhalten haben, ist gleichgiltig.

A. G. Der Empfänger der Neujahrskarte kann wegen Beleidigung Privatklage erheben. Die Erhebung der öffentlichen Klage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften oder Abbildungen ist, wenn die Neujahrskarte dem Adressaten unter verschlossenem Kouvert geschickt wurde, äußern unwahrscheinlich.

Karl Prochnow. 1. Konsumvereine dürfen nur an Mitglieder verkaufen. 2. Tabakarbeiter-Gewerkschaft Hamburg. Einbitttel, Schäferstr. 19.

O. M. Die Frage ist zweifelhaft. Sprechen Sie Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag Abend zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr in der Redaktion vor.

V. Z. 49. 1. In Berlin ist das Gewerbe wegen der Gewerbesteuer bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern, wegen der Unfallversicherung beim Polizeipräsidenten anzumelden. 2. Einmalige Meldung genügt. 3. Fragen Sie die genannten Behörden.

6000. Sch. W. Z. Ja, zulässig ist der Vermerk. Ob er rechtliche Wirkung hat, werden Sie aus der Entscheidung des Gerichts erfahren.